



# Plenarprotokoll

## 47. Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2006

**Zweite Lesung des Entwurfs eines  
Haushaltsstrukturgesetzes zum  
Haushaltsplan 2007/2008.....**

3379

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/910

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Finanzausschusses  
Drucksache 16/1103

Antrag der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1104

Änderungsantrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1105 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der  
FDP  
Drucksache 16/1144 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von  
CDU und SPD  
Drucksache 16/1146 (neu)

Günter Neugebauer [SPD], Be-  
richterstatter..... 3379  
Dr. Johann Wadehul [CDU]..... 3381  
Lothar Hay [SPD]..... 3388  
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 3394, 3419  
Karl-Martin Hentschel [BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3399  
Anke Spoorendonk [SSW]..... 3406, 3427  
Peter Harry Carstensen, Minister-  
präsident..... 3412  
Rainer Wiegard,  
Finanzminister..... 3421

Günther Hildebrand [FDP].....	3425		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3429		
Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 16/1104 und 16/1105 (neu)			
2. Ablehnung des Ände- rungsantrages Drucksache 16/1144 (neu) Nr. 67 und 74			
3. Ablehnung des Ände- rungsantrages Drucksache 16/1144 (neu)			
4. Annahme des Ände- rungsantrages Drucksache 16/1146 (neu)			
5. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/ 910 in der Fassung der Drucksache 16/1103.....	3436		
<b>Kinderförderung wichtiger als Ehegattensplitting</b> .....	3436		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1138			
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3436, 3442		
Frank Sauter [CDU].....	3437		
Anna Schlosser-Keichel [SPD].....	3438		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3439		
Lars Harms [SSW].....	3441		
Rainer Wiegard, Finanzminister.....	3443		
Beschluss: Überweisung an den Fi- nanzausschuss und den Sozialaus- schuss.....	3444		
Lothar Hay [SPD], zur Geschäfts- ordnung.....	3444		
<b>a) Vorfahrt für Kinder - Ausbau von Frühförderung und Einfüh- rung einer verbindlichen Vor- sorgeuntersuchung für Zweijäh- rige in Schleswig-Holstein</b> .....	3444		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/518			
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 16/1087			
		<b>b) Gesundheit von Kindern schüt- zen - Gesundheitsvorsorge ganz- heitlich und verbindlich organi- sieren</b> .....	3444
		Beschlussempfehlung des Sozial- ausschusses Drucksache 16/1089	
		Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatteerin.....	3444
		Ursula Sassen [CDU].....	3444
		Jutta Schümann [SPD].....	3445
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3447
		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3447
		Lars Harms [SSW].....	3449
		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Fa- milie, Jugend und Senioren.....	3450
		Beschluss: 1. Ablehnung des Antra- ges Drucksache 16/518 2. Annahme des Ent- schließungsantrages Drucksache 16/1089.....	3451

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr****Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, teile ich Ihnen mit, dass Frau Abgeordnete Sandra Redmann erkrankt ist. Ich wünsche der Kollegin von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Werner Kalinka und Peter Sönnichsen.

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler mit ihren begleitenden Lehrkräften der Ernst-Barlach-Realschule aus Wedel. - Herzlich willkommen in unserem Haus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 16/910](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

[Drucksache 16/1103](#)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 16/1104](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 16/1105 \(neu\)](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 16/1144 \(neu\)](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD

[Drucksache 16/1146 \(neu\)](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Landtag in seiner Sitzung am 13. September den ersten Doppelhaushalt in dieser Legislaturperiode in erster Lesung debattiert hat, sollen wir heute über das Ihnen vorliegende Haushaltsstrukturgesetz in zweiter Lesung beraten und

(Günter Neugebauer)

abstimmen. Ich verweise darauf, dass wir uns in den letzten Wochen und Monaten im **Finanzausschuss**, in den Fraktionen, aber auch als Abgeordnete in unzähligen Sitzungen, Gesprächen und - wie Sie sich erinnern, Herr Kollege Hay - in Schriftwechseln intensiv mit den Vorschlägen der Landesregierung für die Ansätze in dem **Doppelhaushalt** befasst und mit den Reaktionen der betroffenen Menschen und Verbänden in Schleswig-Holstein auseinandergesetzt haben.

Bereits vor der offiziellen Einbringung des Entwurfs durch die Landesregierung haben wir im Frühjahr den **Finanzwissenschaftler Professor Dr. Seitz** angehört, um uns aus externer Sicht die Lage der Landesfinanzen analysieren zu lassen. Als - wie Sie wissen - zur politischen Neutralität verpflichteter Vorsitzender des Finanzausschusses

(Heiterkeit)

steht mir wohl kaum eine Kommentierung darüber zu, ob die Ratschläge des Professors Seitz beim Haushaltsentwurf der Landesregierung und bei der Befassung durch die Koalitionsfraktionen umgesetzt worden sind,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sind sie nicht!)

zumal sie seinerzeit eine ungeteilte Zustimmung erfahren haben. Ich denke, Zweifel anzumelden, ist ein Teil meiner Verpflichtung.

Der Finanzausschuss hat vor den Herbstferien gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen die Einzelplanberatung durchgeführt und sich in der Beratung auf politische Schwerpunkte konzentriert. Die von den Fraktionen der Regierungsparteien und der Opposition frühzeitig eingereichten Fragen zum Haushalt wurden von den Ministerien rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Einzelplanberatung schriftlich beantwortet.

Dazu von dieser Stelle ein Lob an beide Adressen für die bekanntlich neue, aber doch effizientere Verfahrenseinheit. Dem Lob möchte ich einen Dank - sicherlich im Namen aller Mitglieder des Finanzausschusses - folgen lassen. Er gilt der Landesregierung und den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern insbesondere im Finanzministerium für die stets zeitnahe und aus unserer Sicht doch sehr zuverlässige und umfassende Beantwortung der während der Haushaltsplanberatungen aufgeworfenen Fragen.

(Beifall)

- Vielen Dank!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das gilt den Mitarbeitern!)

- Es ist gut, dass dieser Dank nicht nur von den Mitgliedern des Finanzausschusses ausgesprochen wird, sondern dass er ungeteilt die Zustimmung des Hauses findet.

Ich möchte mich aber auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, bedanken, dass wir trotz der bestehenden und bleibenden unterschiedlichen Auffassungen in vielen politischen Fragen stets fair, sachlich und konstruktiv haben zusammenarbeiten können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auch bei den Vertretern des Landesrechnungshofs für die stets hilfreichen, wenn auch nicht immer überzeugenden Anregungen bedanken.

(Heiterkeit)

Eine wesentliche Rolle bei den Beratungen im Finanzausschuss spielten die drei Kernpunkte des Doppelhaushalts: erstens die Senkung der Personalkosten um jährlich 100 Millionen € durch Kürzung beziehungsweise Streichungen bei den Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte, zweitens die Senkung des kommunalen Finanzausgleichs um jährlich 120 Millionen € und drittens die zusätzlich angestrebten Einsparungen in den Ministerien von jährlich 80 Millionen €.

Die Fraktionen haben sich intensiv mit diesen **Einsparungen** auseinandergesetzt und - wie eingangs von mir schon erwähnt - eine Vielzahl von Gesprächen mit den Betroffenen geführt. Aus diesem Grund haben die Koalitionsfraktionen auch den von der FDP, Kollege Kubicki, in der Ausschusssitzung am 9. November dieses Jahres eingebrachten Antrag abgelehnt, die von den geplanten Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs und der Kürzung beziehungsweise Streichung der Sonderzuwendungen betroffenen 21 Verbände noch einmal im Finanzausschuss mündlich anzuhören.

In der Sitzung am 23. November waren die Nachschiebeliste der Landesregierung und die Ergebnisse der November-Steuerschätzung Gegenstand unserer Beratungen, die dem Land - wie Sie alle wissen - zusätzliche **Steuereinnahmen** in dreistelliger Millionenhöhe signalisieren. Noch liegen sie ja nicht in der Kasse. Finanzausschuss, Finanzministerium und Landesrechnungshof bekräftigten unmissverständlich und in ungewohnter Einigkeit die Notwendigkeit, die Steuermehreinnahmen zur Senkung der Neuverschuldung einzusetzen und den Landeshaushalt damit nachhaltig zu konsolidieren, diesen Prozess zumindest fortzusetzen.

Obwohl - fast bin ich geneigt zu sagen: selbstverständlich - dem Landesrechnungshof und der Oppo-

(Günter Neugebauer)

sition die Anstrengungen der Regierung und der Koalitionsfraktionen nicht weit genug gehen, zum Beispiel bei den Personalausgaben, ist der Finanzausschuss in toto mit dem Finanzminister einig, dass zusätzliche Ausgaben grundsätzlich nur durch Minderausgaben und Aufgabenabbau an anderer Stelle in gleicher Höhe getätigt werden dürfen.

Denn die **Nettokreditaufnahme** liegt auch nach der Beschlussfassung des Finanzausschusses von letzter Woche mit einer Größenordnung von knapp 1,1 Milliarden € im Jahr 2007 und 1,2 Milliarden € 2008 doppelt so hoch, wie es die Grenze des Artikels 53 unserer Landesverfassung - Kollege Hay, Sie kennen den Text -

(Lothar Hay [SPD]: Auswendig!)

zulässt.

Wir alle bleiben aufgefordert, die Einnahmen des Landes zu stabilisieren, wobei wir wissen, dass wir darauf nur begrenzt Einfluss haben. Wir bleiben aufgefordert, die Ausgaben weiter nachhaltig zu begrenzen, um künftig wieder verfassungskonforme Haushalte beschließen zu können und um auch kommenden Generationen einen notwendigen finanzpolitischen Handlungsspielraum zu belassen. Angesichts der Ihnen bekannten Vorbelastung des Doppelhaushalts 2009/2010 durch globale Minderausgaben von 900 Millionen € in der mittelfristigen Finanzplanung stehen uns - ich sage absichtsvoll - gemeinsam noch Mut und kraftraubende und erfordernde Beratungen bevor. Zunächst aber geht es um den Doppelhaushalt für die Jahre 2007 und 2008.

Bei der Schlussabstimmung im Finanzausschuss letzten Donnerstag haben die Koalitionsfraktionen die Änderungsanträge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Es ist keine Überraschung, dass wir sie deshalb heute wieder zur Abstimmung vorfinden. Von den **Haushaltsanträgen** der Abgeordneten des SSW hat der Finanzausschuss drei Anträge angenommen. Die Änderungsanträge der Landesregierung, die von den regierungstragenden Fraktionen übernommen worden sind, wurden ebenso wie die Anträge von CDU und SPD mehrheitlich angenommen. Das kann niemanden überraschen.

Mit der Annahme der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen verändern sich die Eckwerte des Haushalts wie folgt: Im Haushaltsjahr 2007 steigen die Ausgaben um 1,4 %. Im Haushaltsjahr 2008 steigen sie gegenüber dem Vorjahr um 1 %. Die Investitionsquote liegt im nächsten Jahr bei knapp 10 % und bei knapp 9 % im Jahr 2008. Die Personalkostenquote liegt im Jahr 2007 bei 36 % und im Jahr 2008 bei 37 %.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich Sie im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitten, das Haushaltsstrukturgesetz und den Plan des Landeshaushalts für die Jahre 2007 und 2008 in der Fassung der Drucksache 16/1103 anzunehmen. Ich bedanke mich für die - wie ich sehe - geteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich auf der Tribüne recht herzlich unsere ehemalige Kollegin Frau Marlen Kruse. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul, hat das Wort.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich dem Dank des Herrn Berichterstatters an. Sein virtuoser Bericht vor diesem Hause hat wieder einmal deutlich gemacht, dass er ein wirkliches Nachwuchstalente der sozialdemokratischen Partei ist. Insofern darf ich nur ergänzen, dass die Koalitionsfraktionen zum Einzelplan 13 zwei weitere Anträge eingebracht haben, die wir heute verabschieden wollen.

Bevor wir in die Haushaltsdebatte eintreten, gestatten Sie mir ein Wort zu den Ereignissen des gestrigen Tages, an dem die Ministerpräsidentenkonferenz getagt hat. Es passiert nicht alle Tage: Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein hat sich nicht in der Lage gesehen, zu dem **Lotto-Staatsvertrag** Zustimmung zu signalisieren. Er hat sich damit an das gehalten, was er hier im Parlament zugesagt hat. In voller Übereinstimmung mit allen Fraktionen des Hauses hat er Rückgrat gezeigt und unsere Interessen vertreten. Dafür sage ich Dank und Anerkennung, lieber Peter Harry Carstensen!

(Beifall bei CDU, SPD und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Wadephul, wundern Sie sich, dass der Ministerpräsident einen Landtagsbeschluss umsetzt?)

Zweite Vorbemerkung: Gestern ist die **Föderalismusreform II** in Gang gesetzt worden. Der Vorsitz wurde bestimmt. Zunächst sollen die Bundesländer miteinander beraten. Alles, was uns von dort als

(Dr. Johann Wadephul)

Vorabinformation erreicht, erfüllt uns mit Sorge. Ich kann an dieser Stelle nur an die „reichen“ Bundesländer im Süden appellieren, von denen manch eines auch von der Union regiert wird, es an dieser Stelle nicht zu übertreiben. Wer diesen Bundesstaat zusammenhalten will, der muss daran denken, diejenigen zu berücksichtigen, die alle Anstrengungen unternehmen, um ihren Haushalt in Ordnung zu bringen.

Es kann nicht sein, dass alle Sparanstrengungen, die wir hier im Lande unternehmen, ad absurdum geführt werden oder nicht mehr wirksam werden, weil uns im Rahmen der Föderalismusreform II die notwendigen Mittel genommen werden. Wir als Schleswig-Holsteiner erwarten, dass die Föderalismusreform II durchgeführt wird und dass wir zu einem neuen Finanzverteilungssystem zwischen Bund und Ländern kommen. Wir erwarten aber auch, dass unsere Interessen gewahrt werden und dass auf unsere Situation Rücksicht genommen wird.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Die zentrale Botschaft zum heute zu verabschiedenden **Doppelhaushalt** 2007/2008 lautet: Diese Koalition setzt ihre Ziele konsequent um. Die Regierung unter Führung unseres Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen und die Regierung tragenden Fraktionen von SPD und CDU haben die Wende eingeleitet. Im Haushaltsjahr 2007 senken wir die Nettoneuverschuldung auf unter 1,1 Milliarden €; von 1,7 Milliarden € in 2005 und 1,5 Milliarden € in diesem Jahr. Wir erreichen damit mehr als ursprünglich geplant. Wir schaffen die Kehrtwende von einer unverantwortbaren jährlich steigenden **Neuverschuldung**.

Wir haben gegen alle Widerstände und Proteste Kurs gehalten. Diese Proteste erleben wir jetzt noch draußen vor der Tür. Wir haben bei der Verteidigung der heftigen Einschnitte Kurs gehalten und wir haben bei der Abwehr neuer Begehrlichkeiten Kurs gehalten, die bei sicher nicht geplanten Steuereinnahmen auf Kosten neuer Schulden zu bedienen wären.

Jeder Abgeordnete der Koalition hat diesen harten Kurs in seinem Wahlkreis mitgetragen und dafür auch Prügel eingesteckt. Jeder aber hat seinen Rücken gerade gemacht und diese Prügel ausgehalten und gleichzeitig die Notwendigkeit für diesen alternativen Weg aufgezeigt. Manch ein Projekt, das man als Abgeordneter gern verwirklicht gesehen hätte, musste zurückgestellt werden. Deshalb gebührt mein Dank den Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten und der Christlichen Demo-

kraten, die diesen Haushalt heute verabschieden wollen.

Jedem hier im Haus ist bekannt: CDU und SPD sind nicht von vornherein geborene Partner. Politikansätze und Grundüberzeugungen gehen nach wie vor oft auseinander. Wir haben aber zu gemeinsamen Zielen gefunden: Sparen, Investieren, Reformieren! Jeder muss dem anderen Partner Zugeständnisse machen und tut dies auch. Das Arbeitsverhältnis ist solide und vertrauensvoll. Gerade nach Abschluss der **Haushaltsberatungen** danke ich meinem Fraktionsvorsitzendenkollegen Lothar Hay ganz ausdrücklich für die vertrauensvolle, fruchtbare und konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollen und werden nichts beschönigen. Finanzminister Rainer Wiegard gibt den Kurs der Sachlichkeit, der Gradlinigkeit und der Ehrlichkeit unaufgeregt vor. Es gibt keine Zahlen, die mehr Wunsch als Wirklichkeit sind. Er liefert reale Steuerschätzungen, plant Risiken ein und wirbt beharrlich für solide Finanzpolitik. Das macht die **Haushaltspolitik**, die - so glaube ich - in dieser Zeit eine der schwierigsten Aufgaben ist, wieder berechenbar und glaubwürdig. Herr Finanzminister, ich sage Ihnen an dieser Stelle den ausdrücklichen Dank meiner Fraktion für Ihre hervorragende Arbeit in diesem Ressort.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die wichtigsten Eckdaten des Doppelhaushaltes machen die Veränderungen deutlich. Die Nettoausgaben steigen im Jahr 2007 gegenüber 2006 um lediglich 1,5 %. Das ist weniger als die Inflationsrate. Uns gelingt es, die **Nettokreditaufnahme** im Jahr 2007 auf unter 1,1 Milliarden € zu senken, weil wir konsequent umsetzen, was wir vereinbart haben. Wir stecken jeden nicht geplanten Steuercent in die Senkung der Nettokreditaufnahme. Die für die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts maßgeblichen eigenen Investitionen des Landes steigen im Jahre 2007 gegenüber 2006 um rund 70 Millionen € auf 584 Millionen €. Dies zeigt, dass die Tendenz richtig ist. Wir senken die Nettoneuverschuldung und steigern die Investitionsausgaben. Jedoch übersteigt die Kreditaufnahme die Grenze nach Artikel 53 der Landesverfassung um gut 500 Millionen €. Damit ist die Nettokreditaufnahme immer noch doppelt so hoch wie von der Landesverfassung erlaubt.

Im Jahr 2008 steigt dann die Nettokreditaufnahme auf 1,24 Milliarden € an. Damit liegen wir in unserem ursprünglich definierten Rahmen. Der Anstieg der Nettoausgaben beträgt im Jahr 2008 gegenüber

(Dr. Johann Wadephul)

2007 rund 1 %. Leider sinken die eigenfinanzierten Investitionen auf 532 Millionen €. Sie liegen aber dennoch über dem Niveau des Jahres 2006 und weit über dem Niveau des Jahres 2004.

Dieser Doppelhaushalt erreicht damit trotz aller Einschnitte in keinem Jahr die Verfassungsgemäßheit. Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen, das nehmen wir nicht hin. Ich empfinde diesen Zustand als unerträglich. Wir dürfen uns daran nicht gewöhnen. Dies ist ein Grund mehr, dass wir von unserem Kurs nicht abweichen dürfen.

Bedrohlich bleibt die Zins-Steuer-Quote in den Jahren 2007 und 2008. Sie liegt im Jahr 2008 bei fast 18 %. Diese Quote zeigt, wie viel Prozent unserer Steuereinnahmen für Zinsen und damit für die Vergangenheit aufgewendet werden müssen. Durch die konsequente Rückführung der **Neuverschuldung** mit der Nachschiebeliste ist es gelungen, die Zinsausgaben im Jahre 2007 um 25 Millionen € gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf abzusenken. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie wichtig und notwendig es ist, die Neuverschuldung abzusenken. So ersparen wir zukünftigen Generationen die Last der Zinseszinsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht nur eine Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen, die Schulden zu senken und ihnen weniger Schulden zu hinterlassen, sondern es ist einfach auch notwendig. Wir dürfen unsere Mittel nicht zur Vergangenheitsbewältigung verwenden, sondern müssen sie zur Gestaltung von Zukunftsaufgaben aufwenden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Der Weg, wie wir weitere Einsparungen erzielen, ist klar vorgezeichnet. Der größte Anteil unserer Ausgaben fließt nach wie vor mit 3,2 Milliarden € in den Personalkostenbereich. Insoweit müssen wir stärker auf Stellenabbau setzen. Bereits 2008 ist das Niveau der **Personalausgaben** des Jahres 2006 - also das Niveau vor Kürzung der Sonderzuwendungen - erreicht. Nur durch ein stärkeres Engagement auch in diesem Bereich wird es gelingen, die Ausgaben langfristig zu stabilisieren. Das funktioniert aber nur, wenn wir konsequent Aufgaben abbauen. Wir müssen also daran festhalten, den Aufgabenabbau und die Aufgabenkritik voranzutreiben. Unsere Mitarbeiter im Landesdienst verdienen nämlich nicht zu viel, sondern wir haben zu viele davon.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubickei [FDP]: So ist das!)

Die CDU-Fraktion ist mit dem, was wir mit diesem Doppelhaushalt bei den Personaleinsparungen erreicht haben, nicht zufrieden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In dieser Legislaturperiode muss mehr erreicht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Deshalb wird die CDU-Fraktion im Jahre 2007 ein Personaleinsparkonzept vorlegen, damit wir zum Ende der Legislaturperiode unsere Ziele erreichen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie doch auch vorsehen schon machen können! Ankündigungen und Verschiebungen sind das!)

Die Konsolidierung des Doppelhaushalts beruht im Wesentlichen auf fünf entscheidenden Kriterien im Haushaltsjahr.

Erstens. Die Kürzung von 100 Millionen € bei den **Sonderzuwendungen** der **Landesbeamten**. Bei den Sparzielen haben wir daran festgehalten, alle gesellschaftlichen Gruppen an den Lasten zu beteiligen. Die erforderlichen Kürzungen haben eine Größenordnung, die für jeden Bürger im Land spürbar wird. Wir wissen: Dazu gibt es keine Alternative.

Die Kürzung und Streichung der Sonderzuwendungen sind für die Betroffenen hart. - Sie demonstrieren nicht umsonst draußen. - Wir wissen: Mehr können wir unseren Beamtinnen und Beamten nicht zumuten. An dieser Stelle möchte ich allen Beamten, die Dienst für unser Land tun - ich darf besonders die Polizeibeamten erwähnen -, einen herzlichen Dank für ihre treue Dienstleistung aussprechen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben uns von Anfang an für eine soziale Komponente eingesetzt, um besondere Härten auszugleichen. Angehörige der Besoldungsgruppen A 2 bis A 10 erhalten eine Sonderzahlung in Höhe von 660 €. Alle Beamtinnen und Beamten erhalten ein Kinderweihnachtsgeld in Höhe von 400 € pro Kind. Zudem erhalten die Beamten wie alle Tarifbeschäftigten eine Gehaltserhöhung von 2,9 % ab dem 1. Januar 2008 und für die Jahre 2006 und 2007 eine sozial gestaffelte Einmalzahlung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke dem Herrn Finanzminister, dass er diesen Vor-

(Dr. Johann Wadephul)

schlag gemacht hat. Er findet ausdrücklich unsere Unterstützung. Wir müssen darauf hinwirken, dass die Schere zwischen Angestellten und Beamten nicht weiter auseinandergeht. Zukünftige Tarifverhandlungen müssen dies berücksichtigen. Ansonsten werden wir niemandem mehr erklären können, dass er Beamter dieses Landes werden kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zweitens. Die Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches um 120 Millionen €. Dieser Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** ist von uns stets mit der Forderung begleitet worden, eine volle Kompensation des Eingriffs zu erreichen. Hierfür haben wir die ganze Zeit gekämpft, weil wir es unseren Kommunen schuldig sind. Immer wieder wurden Listen, die von den Kommunalverbänden und aus dem Finanzministerium kamen, abgeglichen und auf Realisierbarkeit überprüft.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen, Herr Kollege Kubicki. Annähernd 50 Punkte konnten umgesetzt werden. Die CDU wäre, offen gestanden, an einigen Stellen noch weiter gegangen. Ich denke hier zum Beispiel an die hohe Zahl frei gestellter Personalräte. Allein in den kreisfreien Städten Kiel und Lübeck sind es 15. Dort hätten wir uns weitere Einsparungen vorstellen können. Dennoch sind heute zweifellos über 80 Millionen € an echter Kompensation erreicht. Es gibt sogar Stimmen, die von 100 Millionen sprechen.

Dazu gehören unter anderem die Entlastung bei der Lärmkartierung, die Änderung der Vergabeordnung, die Veränderung beim Berufsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz, die Erleichterung bei den Standards im neuen Landesnaturschutzgesetz, die Entpflichtung zur Einstellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten, die Entlastung durch Abbau von Sonderzuwendungen, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Kommunalbeamte, die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten und auch die Streichung beziehungsweise Veränderung einer Vielzahl verpflichtender Tätigkeiten, so beispielsweise die Erleichterung bei Agrar- und Jugendhilfestatistiken, der Verzicht auf jährliche Einwohnerversammlungen, der Zugang zu Vollstreckungsdaten, die Dauerpfändung im Vollstreckungsrecht, die Novellierung der Landesbauordnung sowie die Änderung im Datenschutzgesetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erfüllen an dieser Stelle nahezu alle Forderungen der kommunalen Landesverbände. Beide Fraktionen haben sich an dieser Stelle entscheidend bewegt, die Ministerien auch. Wenn es nun der Gemeinde-

tag für notwendig hält, eine Beflaggung auf Halbmast zu veranlassen, so kann ich nur sagen: Das verkennt nicht nur das, was das Land zugunsten der Kommunen tut, es ist in der Sache auch geschmacklos und ich weise es zurück.

(Lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Ich bin der Landesregierung dankbar, dass sie weitere Bundesratsinitiativen ergreifen wird, um bundes- und europarechtliche Verpflichtungen für die Kommunen abzubauen. Wir wissen, dass nicht alle Maßnahmen sofort greifen. Deswegen wird es in den Jahren 2007 und 2008 für die kommunale Ebene ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von 15 Millionen € geben. Dieses Programm dient gezielt dem Ausbau von **Ganztagschulen**, wissen wir doch - ich glaube, dies ist seit vielen Jahren einhellige Meinung des Hauses -, dass wir an dieser Stelle zur Verbesserung des Bildungsniveaus, aber auch zur dringenden Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr machen können. Schleswig-Holstein hat die Chance, Vorreiter zu werden. Dies steht uns gut an. Ich bin stolz und froh darüber, dass wir ein besonderes Engagement für mehr Ganztagschulen in Schleswig-Holstein aufbringen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Unabhängig von der Frage des kommunalen Finanzausgleichs werden die Kommunen in Schleswig-Holstein in diesem Jahr, also 2006, gegenüber der ursprünglichen Planung mit 182 Millionen Steuermehreinnahmen rechnen können. Wer mit Kämmerern in den Amtsverwaltungen und Stadtverwaltungen vor Ort spricht, der trifft dort Menschen, die sehr verschlossen sind, die sagen: Es sieht sehr viel besser aus, als wir je gedacht haben. Deswegen finde ich nicht nur Flaggeninszenierungen, sondern auch Anzeigenkampagnen und gewisse Briefwechsel völlig unangemessen. Die Kommunen müssen wissen, wie gut es aussieht.

(Beifall bei CDU und SPD)

Drittens. Einsparungen in der **Landesverwaltung** von 80 Millionen €. Ein elementarer Baustein der Sanierung sind die Konsolidierungsbeiträge der eigenen Verwaltung. Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung werden diese mit dem Doppelhaushalt bei einer Summe von über 204 Millionen € einschließlich der IT-Mittel im Einzelplan 11 mehr als erbracht.

Wir wollen die Nettoneuverschuldung im Laufe der Legislaturperiode mehr als halbieren. Dazu sind noch erheblich größere Anstrengungen notwendig. In den nächsten Jahren müssen der Aufgabenabbau

(Dr. Johann Wadehul)

auch durch die Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform, die Entbürokratisierung und der Verzicht auf freiwillige Leistungen deutlich stärker als bislang vorangebracht werden. Dies wird erneut schmerzliche Eingriffe und weitere Proteste mit sich bringen. Es gibt jedoch keine Alternative zu diesem Weg.

Viertens. Die **Steuermehreinnahmen** sollen konsequent zur Entlastung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden. Die Steuerschätzungen vom November haben uns erfreuliche Zahlen beschert. Es sollte aber nirgendwo der Eindruck entstehen, wir schwämmen jetzt im Geld. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Unsere Neuverschuldung bleibt mit über 1 Milliarde € jährlich dramatisch. Der Planungsüberschuss kommt nun unserer Entlastung entgegen. Für die Jahre 2006 und 2007 wird das Land die Nettoneuverschuldung um rund 400 Millionen € senken können, wenn die Einnahmen den Schätzungen entsprechen. Das bedeutet auch für kalkulierte Zinsausgaben eine Entlastung von 80 Millionen € bis 2010. Natürlich hoffen wir darauf, dass die wirtschaftlich positive Entwicklung anhält. Es wäre jedoch fahrlässig, Steuermehreinnahmen ohne fundierte Berechnungen für 2007 und 2008 bereits heute in die Planung einzustellen.

(Beifall bei CDU, SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fünftens. Es soll keine Neuverschuldung für zusätzliche Aufgaben geben, sondern die Mittel für diese Aufgaben sollen aus den vorhandenen Haushaltstiteln erwirtschaftet werden. Sobald die frohe Kunde von Steuermehreinnahmen - das gilt gerade für die FDP, Herr Kollege Kubicki - erschallt, beginnt das Konzert der neuen Forderungen: Die Kürzungen seien nun nicht mehr notwendig; lang gehegte neue Wünsche seien nun doch noch erfüllbar. Wer so denkt, springt viel zu kurz und hat die wahre Lage des Landes nicht erkannt.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solange wir auf die bestehenden 21 Milliarden € Schulden immer neue Schulden draufpacken müssen - heute betrifft dies jeden fünften Euro im Haushalt -, um unsere Aufgaben zu erfüllen, so lange werden wir keine neuen Begehrlichkeiten bedienen. Wir haben das verstanden. Die **Mehrausgaben** von zusammen rund 27 Millionen € für 2007/2008, die aufgrund der **Kürzungen** der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV durch den Bund, durch den zusätzlichen Personalbedarf für die Antiterrordatei und durch die zusätzlichen Inve-

stitutionsmittel für die Kommunen entstehen, müssen von den Ministerien erwirtschaftet werden. Ich glaube, das ist auch möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bedauerlicherweise fehlt den Oppositionsparteien häufig der Mut, unseren konsequenten Weg mitzugehen. Insbesondere die Freien Demokraten haben unter ihrem finanzpolitischen Sprecher, dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, bedauerlicherweise einen neuen Kurs eingeschlagen.

(Lachen bei der FDP)

Ich erwähne hier die Idee des Verkaufs der HSH Nordbank nach dem Motto „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Diese Idee trägt nicht dazu bei, unseren Haushalt auch strukturell zu verändern. Nein, der neue Weg der FDP beinhaltet: Wir machen die strukturell notwendigen Einschnitte nicht mit. Keine Streichung der Sonderzuwendungen, kein Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich, aber 8 Millionen € mehr für Kinderbetreuung. - Das bedeutet rund 500 Millionen € Mehrausgaben für den Doppelhaushalt. Wie löst die FDP dieses Problem? Ganz einfach: Es gibt ab sofort eine neue Steuerschätzung, nämlich die der FDP, und diese besagt: Die Steuereinnahmen wachsen in wunderlicher Art und Weise und lösen alle Probleme.

Was erklärt der Bund der Steuerzahler in der aktuellen Ausgabe von „Der Steuerzahler“ zu dieser fragwürdigen Kehrtwende der FDP? Dort heißt es wörtlich:

„Es handelt sich schlicht um eine Milchmädchenrechnung.“

Wir sagen dazu: Die FDP hat sich mit solchen Rechnungen von einer ernsthaften **Haushaltssolidierung** verabschiedet. Wir fordern die Freien Demokraten auf: Kehren Sie zur Realität zurück! Die von Ihnen vorgetragenen Vorstellungen sind bedauerlicherweise Luftbuchungen, die bei genauem Betrachten wie Seifenblasen in der Sonne zerplatzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was Sie machen wollen, ist wünschenswert. Die Einschnitte, die wir vornehmen müssen, sind schmerzhaft, aber alternativlos. Wir haben das Geld nicht, das Sie hier ausgeben wollen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Grünen haben den finanziellen Scherbenhaufen, für den sie eine Teilverantwortung haben, zwar anerkannt und stehen heute zu massiven Einschnitten, was ich ausdrücklich anerkennen möchte. Sie wollen aber ausgerechnet dort sparen, wo die Arbeit in den nächsten Jahren in besonderer Weise wirksam wird, nämlich beim Aufgabenabbau und

(Dr. Johann Wadephul)

bei der **Entbürokratisierung**. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landtagsfraktion der Grünen, Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten manch guten politischen Vorschlag gemacht. Sie haben insbesondere in der Umweltdebatte neue Sensibilität in die Politik hineingebracht. Sie haben aber bedauerlicherweise an vielen Stellen dazu beigetragen, dass es mehr Verordnungen und mehr Bürokratie gibt. Wir müssen dieses Dickicht lichten. Wir müssen Bürokratie abbauen. Deshalb ist Ihr Vorschlag an dieser Stelle sozusagen ein Schuss ins Knie. So lernen wir nicht das politische Laufen. Deswegen tragen wir dies nicht mit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

In den Einzelplänen des Doppelhaushalts spiegelt sich der politische Gestaltungswille der Koalition wider. Wir wissen, durch Sparen allein lösen wir die Probleme nicht. Wir benötigen **Wirtschaftswachstum** und neue **Arbeitsplätze** und fördern deshalb Investitionen und Innovationen der Wirtschaft im Land auf vielfältige Weise.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Seit dem Amtsantritt der CDU-geführten Großen Koalition geht es mit der Wirtschaft in Schleswig-Holstein - auch dank der neuen politischen Verlässlichkeit, dank eines starken Wirtschaftsministers - steil bergauf.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Wirtschaft wächst, die Zahl der Arbeitslosen sinkt und es entsteht - das ist beachtlich - eine Vielzahl neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Es sind über 35.000 in Schleswig-Holstein seit dem Regierungswechsel und der Mitverantwortung der CDU. Von der Opposition ist zu hören, das alles sei von selbst gekommen. In einem Punkt bin ich mir allerdings ganz sicher: Wenn die Zahlen schlecht wären, wären Sie von der Opposition die Ersten, die sagen, das liege an der Großen Koalition. Deshalb gilt es natürlich auch genau andersherum: Dass die Zahlen gut sind, liegt auch an der neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung in Schleswig-Holstein, die von CDU und SPD getragen wird.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Die Erfolge auf dem Umweltsektor können sich sehen lassen. Der Einzelplan 13 - ich hatte angekündigt, zu den Anträgen noch etwas sagen zu wollen - ist der einzige Einzelplan - dies soll hier ausdrücklich hervorgehoben werden -, der den Einsparvorgaben des Finanzministers von vornherein entsprochen hat. Im nächsten Jahr und im folgenden Jahr

sinkt das Volumen dieses Einzelplanes jeweils um 7,8 % auf rund 300 Millionen €. Mit der Novelle der Landesjagdzeitenverordnung, des Knickerlasses und der Kormoranverordnung wurden alte Forderungen meiner Fraktion endlich umgesetzt. Ideologischer Ballast ist praxisnaher und sachorientierter Politik gewichen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist Garant dafür, dass **Naturschutz** mit den Menschen und nicht gegen sie gemacht wird. Das heißt, die ohnehin schon strengen EU-Vorgaben werden nur 1:1 umgesetzt und nicht durch zusätzliche Regelungen, die für uns alle zum Wettbewerbsnachteil werden, noch verschärft.

Ich will hier auf zwei Änderungsanträge aufmerksam machen. Zum einen konnten wir die Zuschüsse für den Erlebniswald Trappenkamp wieder auf den alten Ansatz des laufenden Jahres erhöhen. Damit kann die im Lande einzigartige und vorbildliche Umweltbildungsarbeit ungehindert fortgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Zum anderen sind wir bereit, das Freiwillige Ökologische Jahr stärker zu fördern und dieses auch über hohe Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 2009 und 2010 haushaltsrechtlich abzusichern.

Als wichtigstes Vorhaben ist die Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes auf den Weg gebracht worden. Die Verbandsanhörungen des Ausschusses sind auf die Zeit gleich nach der Weihnachtspause terminiert. Noch im Februar - darauf haben wir uns verständigt - wird die zweite Lesung in diesem Hause stattfinden. Auch die Überarbeitung weiterer Gesetze schreitet, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, zügig voran. Die erste Lesung von Abfallwirtschaftsgesetz und Landesbodenschutz- und Altlastengesetz erfolgte bereits in der letzten Plenartagung. Weitere Gesetze folgen.

Im Koalitionsvertrag haben wir verabredet, die Verbesserungen im Bildungsbereich zu einem Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit zu machen. Wir alle wissen, dass solide Grundkenntnisse in den elementaren Bildungsbereichen das Fundament für den beruflichen und damit auch den persönlichen Erfolg sind. Gleichzeitig sind Wissenschaft und **Bildung** das Kapital unseres Landes für die Zukunft im globalen Wettbewerb. Unsere Bildungsministerin hat es gestern hier in der Debatte zu Recht betont: Wir räumen der Bildung höchste Priorität ein.

(Beifall bei CDU und SPD)

(Dr. Johann Wadehul)

Deshalb machen wir unser Bildungssystem fit für die Zukunft. Trotz aller Haushaltsprobleme geben wir in den nächsten Jahren nicht weniger Geld für Bildung aus, sondern mehr. Unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverlängerung führt dies rechnerisch zu 477 zusätzlichen Lehrerstellen 2007 und 399 Stellen im Jahr 2008.

Die Verabschiedung des Hochschulgesetzes und des neuen Schulgesetzes Anfang nächsten Jahres bilden wichtige Eckpunkte für die weitere Entwicklung. Wir haben einen Schulfrieden im Land geschlossen, der dafür sorgt, dass wir uns den Inhalten zuwenden und nicht beständig um Organisationsformen kämpfen. Die Einführung der Regionalschule sichert auch im ländlichen Raum Schulstandorte und ist unsere Antwort auf die demografische Entwicklung. In den nächsten 15 Jahren reduziert sich nämlich die Anzahl der Schüler um rund 20 %. Die wesentliche Stärke der Regionalschule liegt nach einer gemeinsamen Orientierungsstufe in der Differenzierung nach Bildungsgängen, jedoch mit erhöhter Durchlässigkeit, qualifizierten berufsvorbereitenden Abschlüssen und einem hohen Maß an individueller Förderung. Realschulabschluss und Hauptschulabschluss bleiben in Schleswig-Holstein erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus sorgen wir durch eine Vielzahl einzelner Maßnahmen für eine Stärkung der Bildungsqualität, von der Sprachförderung vor der Einschulung bis zum anspruchsvollen Abitur.

Die frühzeitige Sprachstandserfassung und eine verpflichtende Sprachförderung vor Schulbeginn sind dabei zu nennen. Sie sichern ausreichende Deutschkenntnisse vor Eintritt in die Grundschule für alle Kinder. Mit der sofortigen Einführung von Englisch an Grundschulen als Unterrichtsfach ab der dritten Klasse wird frühzeitig das sprachliche Leistungspotenzial der Kinder gefördert. Die Einführung der Profiloberstufe gewährleistet eine umfassende Allgemeinbildung und ist so die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Künftig können Schülerinnen und Schüler ihr Abitur nach 12 Schuljahren ablegen und somit endlich im nationalen und internationalen Vergleich bestehen.

Im Bereich der beruflichen Bildung erfolgt die optionale Weiterentwicklung zu Regionalen Berufsbildungszentren mit größtmöglicher Eigenständigkeit und somit der Verbesserung der Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft. Die Einführung zentraler Abschlussprüfungen und Vergleichsarbeiten an allen Schularten sichert die Vergleichbarkeit von

Leistungen und führt zum Qualitätswettbewerb unserer Schulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Summe vieler Maßnahmen und Veränderungen zeigt, dass wir uns in die richtige Richtung bewegen. Gern würden wir mehr Geld in die Hand nehmen, um noch mehr im Bereich Bildung zu bewegen. Hier warten wir auf konstruktive Vorschläge der Opposition.

Natürlich gibt es auch in diesem Bereich Differenzen zwischen den Koalitionsfraktionen. **Studiengebühren** sind nach Auffassung der CDU-Fraktion unverzichtbar, um ein leistungsfähiges Hochschulsystem in Schleswig-Holstein im Vergleich zu benachbarten Bundesländern zu garantieren. Deswegen glauben wir, dass wir möglichst bald auch in Schleswig-Holstein Studiengebühren einführen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es in dem Zusammenhang für einen Anachronismus, dass wir ein kostenloses Studium gewährleisten, aber für den Besuch von **Kindergärten** von den Eltern Geld nehmen.

(Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nach wie vor dafür, ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr einzuführen. Wir sollten gemeinsam Anstrengungen unternehmen, dass wir im nächsten Doppelhaushalt das dritte Kindergartenjahr in Schleswig-Holstein kostenfrei gewährleisten können. Meine Fraktion wird sich dafür einsetzen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach anderthalb Jahren Regierungszeit der Großen Koalition wird deutlich: Der Koalitionsvertrag wird Stück für Stück abgearbeitet. Wir kommen voran. Das Land kommt voran. Alle Skeptiker, Nörgler und Krisenschreiber haben sich geirrt. Diese Koalition hat den heißen Herbst überstanden und wird mit Elan auch die nächsten Gesetzesvorhaben im kommenden Jahr umsetzen. Wir setzen nach wie vor auf einen konstruktiven Dialog mit allen in diesem Land, mit den Beschäftigten, die manche Zumutungen haben hinnehmen müssen, mit der kommunalen Ebene. Wir hoffen nach wie vor auf konstruktive Vorschläge der Opposition, um bei der Haushaltskonsolidierung voranzukommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Dr. Johann Wadephul)

Wir sagen Ihnen zu: Auf diese Koalition ist Verlass. Wir setzen unsere Ziele um und bringen Schleswig-Holstein voran.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der CDU und erteile für die SPD-Fraktion dessen Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Lothar Hay, das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konjunktur in Schleswig-Holstein ist in diesem Jahr in Schwung gekommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im November deutlich gesunken. Wir alle werden in der Hoffnung übereinstimmen, dass sich diese Entwicklung im Jahr 2007 fortsetzt. Zumindest die Daten, die wir gestern von Kieler Wirtschaftswissenschaftlern in der Zeitung lesen konnten, machen das doch ziemlich wahrscheinlich. Allerdings möchte ich deutlich machen, dass die Grundlagen für das, was wir jetzt erleben, schon in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün gelegt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen jedoch nicht auf Hoffnung, weil wir festgestellt haben, dass das Prinzip Hoffnung für die Politik nicht taugt. Wir haben ein Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein, das einen wirtschaftspolitisch und einen sozialpolitisch ausgerichteten Teil beinhaltet. Mit unseren gezielten Investitionen aus dem Schleswig-Holstein-Fonds, mit moderner, aktivierender Sozialpolitik und mit erheblichen eigenen Anstrengungen zum Bürokratieabbau und zur Straffung der Verwaltung wollen wir diese positive Entwicklung weiter fördern.

Die Koalitionsfraktionen haben dem Finanzminister ihre Unterstützung bei seinem Kurs zugesagt, den Haushalt in den nächsten Jahren zu konsolidieren. Mit dem heute zur Verabschiedung anstehenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2007 und 2008 machen wir einen Schritt in diese Richtung. Wir bekräftigen noch einmal das Ziel, durch Reduzierung der Ausgaben eine deutliche Verringerung der Neuverschuldung zu erreichen. Alle Steuermehreinnahmen - ich freue mich, dass dies immer wieder gemeinsam von uns getragen wird - dienen der Reduzierung der Neuverschuldung. Das muss man auch den Menschen draußen im Lande erzählen. Die **Haushaltssituation des Landes** eröffnet keine andere Möglichkeit. Ich hoffe, dass irgendwann auch

der Gemeindetag und andere kommunalen Verbände dies verstehen werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir werden in den Jahren 2007 und 2008 die **Nettokreditaufnahme** um 300 Millionen € senken. Dies geschieht durch die Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich um 120 Millionen €, durch Kürzungen bei den Sonderzahlungen um 100 Millionen € und durch Kürzungen in den Einzelplänen um 80 Millionen €.

Trotz der voraussichtlich 255 Millionen € Steuermehreinnahmen im Jahr 2007 liegen wir immer noch um 509 Millionen € über der Verfassungsgrenze des Artikels 53. Für 2008 hat der Finanzminister die neueste Steuerschätzung noch nicht fortgeschrieben; ich unterstütze ihn ausdrücklich bei seinem konservativen, vorsichtigen Kurs, was die Planung der Landeseinnahmen betrifft. Die Erfahrungen, auch meine eigenen Erfahrungen aus der Vergangenheit, zeigen: Ein vorsichtiges Vorgehen ist hier die richtige politische Maßnahme, damit wir nicht ständig nachbessern müssen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Konkret heißt das: Die Nettokreditaufnahme sinkt 2007 auf 1.094 Millionen € und steigt im Jahr 2008 wiederum auf 1.239 Millionen € an - falls sich die erfreuliche Entwicklung bei den Steuereinnahmen nicht fortsetzen sollte.

Diese wenigen Zahlen machen aus meiner Sicht deutlich, wie kritisch die Situation unseres Haushaltes nach wie vor ist. Daran hat sich bisher nichts geändert. Wir haben im Sommer unseren Kurs festgelegt und es gibt aus meiner Sicht überhaupt keinen Grund, von diesem Kurs bis zum Ende der Legislaturperiode abzuweichen. Das bedeutet, die 120 Millionen € aus dem **kommunalen Finanzausgleich** werden benötigt. Wir sind uns bewusst, dass die Kommunen diese Entnahme schmerzt. Die zugesagten Kompensations- und Abfederungsmaßnahmen werden wir erbringen. Der Kollege Wadephul hat den ganzen Katalog genannt; insofern verzichte ich darauf, das zu wiederholen. Gleichzeitig ist die Lage für die Kommunen dadurch etwas erträglicher geworden, dass sie in diesem Jahr 182 Millionen € zusätzlich verbuchen können und auch im Jahr 2007 mit 112 Millionen € Steuermehreinnahmen zu rechnen ist. Damit erfüllt sich die Zusage, die von Innenminister Stegner mehrfach vorgetragen worden ist, dass die Kommunen in den Jahren 2007 und 2008 über mehr Mittel verfügen werden als im jeweils vorangegangenen Jahr.

(Lothar Hay)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auf ein Schreiben der kommunalen Landesverbände eingehen, das uns am Montag erreichte. Als ich es las, hatte ich zunächst gedacht, ich hätte die falsche Brille auf, und habe noch einmal nachgesehen, ob das wirklich meine Lesebrille war. Ich will einige Passagen aus diesem Schreiben vorlesen. Man wirft uns vor, wir würden uns politische Spielräume erhalten: dass wir keine Studiengebühren einführen, dass wir die Pflege in die Verfassung aufgenommen haben, dass Menschen in Heimen zu Weihnachten einmalig zusätzlich 36 € Weihnachtsgeld erhalten und dass Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden. All dies beklagen die kommunalen Landesverbände in diesem Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das macht unsere Politik aus, dass wir uns trotz der Haushaltssituation Spielräume erhalten, weil wir das Leben für die Menschen auch in Zukunft gestalten wollen, weil wir sehen, in welchen Feldern wir etwas machen wollen. Wer uns dies vorwirft, der betreibt eine Politik der sozialen Kälte und der sozialen Ausgrenzung. Das werden wir Sozialdemokraten in diesem Land nicht zulassen. Deshalb kann ich an die Adresse der kommunalen Landesverbände nur sagen: Prüfen Sie, was Sie geschrieben haben und nehmen Sie dieses Schreiben zurück! Es ist ein verheerender Politikstil.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was die Kritik des Landesrechnungshofs betrifft, die wir in einer südöstlichen Zeitung lesen konnten, sage ich, die Koalitionsfraktionen nehmen die Kritik des Landesrechnungshofs immer sehr ernst. Ich meine damit nicht die „Lauenburger Volkszeitung“, ich meine eine etwas größere Zeitung, die fängt auch mit L an. Ich lese die aber nicht regelmäßig.

Der vorliegende Haushalt verbindet klare Kürzungen mit absolut notwendigen Neuinvestitionen und einigen wenigen Steigerungen dort, wo es unabdingbar ist. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass der Präsident des Landesrechnungshofs uns auffordern will, einen Kurs zu machen, wie ihn einmal Reichskanzler Brüning mit all den Konsequenzen gemacht hat.

Für 2009 und 2010 werden wir die Voraussetzungen für weitere Kürzungen schaffen müssen. Dessen sind wir uns bewusst. Wir werden den Empfehlungen des Landesrechnungshofs natürlich nicht folgen, sondern wir werden dem Haushalt zustimmen. Das weiß der Präsident des Landesrechnungshofs auch, auch wenn er sich, was die Forderungen betrifft, in Einklang mit Interessenverbänden befin-

det, die draußen demonstrieren. Ich weiß nicht, ob das überhaupt zu den Aufgaben des Landesrechnungshofs gehört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Entscheidung des Koalitionsausschusses vom 4. Dezember, ein kommunales Programm im Umfang von 10 Millionen € für 2007 und 5 Millionen € für 2008 zum Ausbau von **Ganztagsangeboten** aufzulegen, kommen wir der kommunalen Familie einen weiteren Schritt entgegen. Damit nicht wieder die Frage kommt: „Wie sollen wir das finanzieren?“, heißt das, in diesen Beträgen sind auch die Betriebsmittel enthalten.

Der Innenminister hat zudem zugesichert, dass die durch die Kreisgebietsreform eintretende zeitliche Verschiebung bei der Entlastung durch geeignete Gegenmaßnahmen aufgefangen wird. Was bisher an Entlastungs- und Abfindungsmaßnahmen vorgestellt worden ist, ist zumindest von der sozialdemokratischen kommunalen Familie akzeptiert worden. Dem ist zugestimmt worden.

Es wird auch bei den Kürzungen der **Sonderzahlungen** für die Beamtinnen und **Beamten** bleiben müssen. Über Einzelheiten ist bereits in der ersten Lesung ausführlich gesprochen worden. Wir sind uns der Härte gegenüber den Beschäftigten bewusst und wir wissen auch, dass die Beschäftigten, anders als die Kommunen, nach dem Einschnitt weniger Geld in der Tasche haben werden als 2006. Der Anteil, den die Beschäftigten beisteuern, trifft sie hart. Unsere Alternative hätte nicht darin bestanden, irgendwo anders zu kürzen. Es gab schlichtweg keine Alternative. Das müssen wir in aller Deutlichkeit immer wieder betonen.

Um die Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen, haben wir in der November-Tagung des Landtages beschlossen, das Tarifiergebnis für die Angestellten, und zwar nach vielen Jahren erstmals zeitgleich, auf sie zu übertragen. Dies ist die erste tarifliche Anpassung seit dem Jahre 2004. In den Jahren 2006 bis 2008 bedeutet dies für den Haushalt eine Belastung von rund 90 Millionen €. Diese halten wir für gerechtfertigt, weil es zu verhindern gilt, dass die Schere zwischen den Tarifbeschäftigten und den Beamten noch weiter auseinandergeht. Diese und weitere notwendige Entscheidungen führen dazu, dass die Ausgaben im Jahre 2007 trotz aller Kürzungen um 1,5 % und im Jahre 2008 um 1 % steigen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, weil man ja immer auch etwas nach vorn sehen muss, auf die Risiken hinweisen, die in den Jahren 2007 und 2008 auf

(Lothar Hay)

uns zukommen können. Das ist das Thema Erhöhung der Mehrwertsteuer und vor allen Dingen das Thema Unternehmensteuerreform. Herr Kollege Wadephul hat schon auf das Thema **Föderalismusreform II** hingewiesen. Das Thema Föderalismusreform II macht mir zugegebenermaßen am meisten Sorgen. Wer einen Wettbewerbsföderalismus will, wie vor allem aus den süddeutschen Bundesländern vorgetragen, legt aus meiner Sicht die Axt an das derzeitige föderative System der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wir sind für einen solidarischen Föderalismus.

Was das Thema Mehrwertsteuererhöhung betrifft, bin ich optimistisch, dass die wirtschaftliche Dynamik nicht wesentlich gebremst wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir heute beschließen, ist der Anfang auf einem dornigen Weg. Nun weiß ich, weil ich dem Parlament schon etwas länger angehöre - wenn auch zwar noch nicht so lange wie der Vorsitzende des Finanzausschusses -, dass anstehende Wahlen immer wieder dazu beitragen, notwendige Entscheidungen zwischen Koalitionspartnern nicht gerade zu erleichtern. Aber das ist meine Erfahrung aus der Vergangenheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion, Sie können uns gemeinsam eine neue Erfahrung bescheren, dass wir trotz anstehender Wahlen diesen Kurs nicht verlassen, weil es keine Alternative dazu gibt. Das ist zumindest meine Hoffnung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Januar 2007 wird die Große Koalition das neue **Schulgesetz** verabschieden. Wir haben uns auf eine Weiterentwicklung verständigt. Das wird Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich nach vorn bringen. Wir gehen gemeinsam die entscheidenden Schritte zu mehr Bildungschancen und mehr Bildungsqualität für Kinder aus allen sozialen Schichten. Trotz sinkender Schülerzahlen insbesondere im ländlichen Raum werden wir mit Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges Schulangebot machen können.

Wer meint, der Koalition Zaudern, Zögern und Verschieben vorwerfen zu können, der sollte sich einmal intensiv mit dem Entwurf des Schulgesetzes beschäftigen. Ich weiß zumindest, dass das, was wir in Schleswig-Holstein machen, von anderen Bundesländern aufmerksam beobachtet wird, weil viele diesen Weg mit uns gemeinsam mit zeitlicher Ver-

zögerung gehen wollen. Das ist die richtige Antwort auf die verschiedensten Studien.

(Beifall bei SPD und CDU)

An dieser Stelle eine Bemerkung zu dem, was wir vor circa zwei Wochen hier vor dem Landeshaus erlebt haben, eine Demonstration eines Verbandes von Realschullehrern, von Schülerinnen und Schülern. Ich hatte den Eindruck, dass im Vordergrund Ständesdünkel stand.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei den Schülern?)

Ich will nicht darauf eingehen, welche Äußerungen dort angeblich oder tatsächlich gefallen sind. Wir müssen aber aufpassen, dass hier nicht eine Gruppe von jungen Menschen, die die Hauptschule besuchen, durch Wortwahl so weit ausgegrenzt wird, dass das Gegenteil von dem entsteht, was wir wollen: Wir wollen sie integrieren.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich erwarte auch von der FDP eine klare Aussage, wo sie steht. Wer nur dazu steht, dass alles so bleibt, wie es ist, ist nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei SPD, CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres erfreuliches Ereignis im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen - das wird nicht nur den Kollegen Baasch und den Kollegen Geerds interessieren - ist der Abschluss des Sozialen Vertrages II. Nachdem wir im Vorjahr bereits mit dem **Sozialen Vertrag I** den Wohlfahrtsverbänden für mehrere Jahre Planungssicherheit gewähren konnten, konnten nun die Bereiche Suchtkrankenhilfe und dezentrale psychiatrische Versorgung abgesichert werden. Die Verbände haben ihren Teil beigetragen, indem sie eine moderate Absenkung ihrer Mittel akzeptiert haben. Dafür danke ich ausdrücklich im Namen der Sozialdemokraten den Sozialverbänden im Lande.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben uns in der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses auf einen Fahrplan für die **Kreisgebietsreform** geeinigt. Es bleibt dabei, nach Vorlage eines Gesamtkonzeptes sind die Gesetzgebungsverfahren so zu gestalten, dass die Verabschiedung der Gesetze spätestens am 8. April 2009 erfolgt. Die Wahl zu den neu gebildeten Kreistagen findet parallel zur Landtagswahl 2010 statt.

(Lothar Hay)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Frage, die sicherlich die nächsten Wochen und Monate beherrschen wird, ist die Frage der Wirtschaftlichkeit einer Kreisgebietsreform. Schon heute darf man vermuten, dass die Bewertung von Wirtschaftlichkeit immer auf der Grundlage unterschiedlicher Interessen erfolgen wird. Ich konnte lesen, dass der Gemeindetag schon einen Gutacher infrage gestellt hat, weil dieser wohl zu nah beim Landkreistag sein soll.

Wir als Abgeordnete - das meine ich durchaus sehr ernst - werden dann trotz möglichen Widerstandes die notwendigen Entscheidungen treffen müssen. Ich glaube, wir tun alle gut daran, die Erfahrungen der letzten Kreisgebietsreform in Schleswig-Holstein, die 1970 und in Flensburg 1974 vollzogen wurde, noch einmal nachzuvollziehen. Was damals in Bezug auf das Verhältnis der Parteien untereinander und innerhalb der Parteien eingetreten ist, sollte sich nicht wiederholen. Manchmal sollte man aus der Geschichte lernen: auch aus der Geschichte einer vergangenen Kreisgebietsreform.

Im letzten Koalitionsausschuss haben wir uns mit der CDU in vielen Punkten einigen können, besonders erfreulich ist die Tatsache, dass wir das Thema **Studiengebühren** für diese Legislaturperiode gemeinsam zu den Akten gelegt haben, auch wenn die Christdemokraten eine andere Auffassung haben. Aber es sind auch zwei verschiedene Parteien.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich aus einem besonderen Grund darüber, gerade wenn man die Zahl der Studienanfänger ansieht. Ich bestreite nicht, dass wir, wenn wir im internationalen Wettbewerb mithalten wollen, mehr junge Menschen brauchen, die Abitur machen, und dass mehr von ihnen studieren müssen, vor allem Ingenieurwissenschaften, weil dort der Rückgang leider immer noch der gravierendste ist. Aber die aktuelle Entwicklung zeigt das Gegenteil: Zum dritten Mal in Folge sind die Zahlen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger zurückgegangen, nämlich um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteil von Studierenden - und das ist für uns Sozialdemokraten auch einer der entscheidenden Punkte, warum wir gegen Studiengebühren sind - aus mittleren und unteren sozialen Schichten ist von 57 % im Jahr 1982 auf 39 % im Jahr 2003 gesunken. Diese erschreckende Entwicklung wird durch die Einführung von Studiengebühren verstärkt. Deshalb sind wir dagegen. Studiengebühren sind ein Instrument der sozialen Auslese. Daran haben wir kein Interesse. Wir wollen mehr junge Menschen ins Studium bringen.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Kürzungen der Bundesregierung bei den Regionalisierungsmitteln sind Probleme beim **öffentlichen Personennahverkehr** und bei der Schülerbeförderung in der Fläche entstanden. Wir haben uns deshalb geeinigt, diese Kürzungen durch eigene finanzielle Anstrengungen so weit wie möglich aufzufangen - alles kann man nicht auffangen -, weil wir verhindern wollen, dass das Angebot in der Fläche - vor allem im Landesteil Schleswig, in Dithmarschen und in anderen Flächenkreisen - vermindert wird. Der Verkehrsminister wird gleichzeitig Verhandlungen mit den Verkehrsträgern über eine Reduzierung der Kosten führen, um hier noch einen weiteren Beitrag zu leisten.

Bei den Schullasten für die dänische Minderheit haben wir uns darauf geeinigt, den Zeitplan um zwölf Monate zu verschieben. Grundsätzlich halten wir Sozialdemokraten - besonders diejenigen, die aus dem hohen Norden kommen - eine vollständige Beteiligung der Kommunen an den Kosten für Schülerinnen und Schüler dänischer Schulen für gerecht, dies vor allem aus Gründen der Gleichbehandlung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine letzte Bemerkung dazu, die eigentlich von dem Kollegen Weber hätte kommen müssen, der Historiker ist: Die Besserstellung der betroffenen Kommunen mit den Bonn/Kopenhagener Erklärungen zu begründen, ist einen Versuch wert, historisch aber falsch. Das muss man an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Claus Ehlers [CDU], Tobias Koch [CDU] und Wilfried Wengler [CDU])

Aufgrund der gestiegenen Klagen infolge der neuen Arbeitsmarktgesetze haben wir uns entschieden, in Itzehoe einen weiteren **Sozialgerichtsstandort** zu schaffen. Die bisherigen Standorte Schleswig und Lübeck sind von der Westküste - und damit meine ich nicht nur Nordfriesland - schwer zu erreichen und die Wartezeiten auf Entscheidungen der Gerichte gehen zulasten der Beschäftigten ebenso wie zulasten der Betroffenen. Wer von Arbeitslosengeld II leben muss, braucht schnell eine Gerichtsentscheidung, denn die finanziellen Spielräume für monatelange Wartezeiten sind schlicht nicht vorhanden. Insofern ist das aus meiner Sicht und aus der Sicht der SPD-Fraktion eine richtige und notwendige Entscheidung.

(Lothar Hay)

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Vor zwei Jahren haben Sie genau das Gegenteil behauptet!)

- Herr Garg, Sie können sich zu einem Dreiminutenbeitrag melden. Ich bin immer gespannt, was Sie zu sagen haben, in der Hoffnung, dass es ein ernst gemeinter Beitrag ist.

Ich will jetzt meinen Blick nach Berlin und auf die Große Koalition richten. Ich sagte vorhin schon, dass es dort ein Thema gibt, das mir Sorgen macht. Das ist das Thema **Unternehmensteuerreform**. Wenn es bei den Zielen des Bundesfinanzministers und der Bundesregierung bleibt, werden große Teile unserer Konsolidierungsbemühungen wieder zu nichts gemacht. Steuermindereinnahmen im dreistelligen Millionenbereich wären nicht zu verkraften. Eine mittelfristig aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform verkennt vollkommen die derzeitige und sich auch in Zukunft nicht verbessernde Situation der meisten Bundesländer. Deshalb darf eine Unternehmensteuerreform nicht zu Steuermindereinnahmen auf Landesseite führen. Ich vertraue auch dort dem Ministerpräsidenten und seinem Kabinett, Schleswig-Holsteins Interessen im Bundesrat deutlich vorzutragen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Nun hat Herr Kollege Wadephul schon das Thema Kindergarten und **Kindertagesstätten** angesprochen. Vor kurzem hat der Bundestagsfraktionsvorsitzende Peter Struck das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr wieder ins Spiel gebracht. Die Richtung stimmt. Allerdings bin ich der Meinung, dass es hier ein koordiniertes Vorgehen auf allen Ebenen geben sollte, das heißt insbesondere auch mit der kommunalen Ebene. Zu prüfen ist, ob mit der Gebührenbefreiung als erstem Schritt tatsächlich die richtige Richtung eingeschlagen wird und ob ein Ausbau der Ganztagsbetreuung nicht vorrangig wäre, wenn ich an berufstätige Eltern, an berufstätige alleinerziehende Väter und Mütter denke. Mit diesem Thema müssen wir uns beschäftigen. Das ist ein weiterer, entscheidender Beitrag, um Schleswig-Holstein zukunftsfähig zu machen. Schleswig-Holstein: ein Land für Familien, ein Land für Kinder.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sehr viele Gemeinsamkeiten hat, darf man nicht vergessen, dass es natürlich auch Unterschiede zwischen den Koalitionsfraktionen gibt. Es ist nicht überraschend - der Minister für Umwelt blättert schon aufmerksam in meiner Erklärung -:

(Heiterkeit)

Die Umwelt- und Naturschutzpolitik hat für uns nach wie vor einen hohen Stellenwert.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Da sind die Unterschiede zum Koalitionspartner besonders deutlich. Wir machen auch kein Geheimnis daraus. Da kommen wir aus einer ganz anderen Tradition.

(Beifall bei der SPD)

Wir messen eine vernünftige und nachhaltige **Umweltpolitik** an den Maßstäben, die der frühere Umweltminister Professor Berndt Heydemann gesetzt hat .

(Zurufe)

- Nicht alles, aber die Grundsätze.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß natürlich auch, dass Professor Heydemann einmal über eine Grillverordnung nachgedacht hat. So etwas meine ich nicht.

(Heiterkeit)

Es geht hier um Folgendes: Die Grundsätze, die er geprägt hat - nachhaltige Umweltpolitik, Verantwortung für die nachfolgenden Generationen -, sind das, was wir meinen, und davon lassen wir uns auch nicht abbringen.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Detlef Matt-hiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Absicherung des **Freiwilligen Ökologischen Jahres** ist ein Hauptanliegen der SPD. Die CDU hat es dankenswerterweise unterstützt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU sowie Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Angesichts der Diskussion über die Folgen des Klimawandels kommt einer ökologisch ausgerichteten Politik eine immer größere Bedeutung zu. Dies ist eine Politik im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder, im Interesse der jungen Menschen, die dort oben sitzen. Dafür haben wir die Verantwortung. Deshalb muss sie noch stärker in diese Richtung gehen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Thema **Fehmarnbelt** - wir haben ihn schon mehrfach diskutiert und die Grünen sorgen auch dafür, dass der

(Lothar Hay)

Punkt jedes Mal im Landtag aufgerufen wird. Insofern kann ich mich kürzer fassen, nachdem ich in der letzten Sitzung auch sehr emotional geredet habe. Wenn sich die Bundeskanzlerin am 19. Dezember 2006 auf den Weg nach Kopenhagen macht, habe ich die Hoffnung, dass sie der dänischen Seite reinen Wein einschenkt. Es muss darum gehen, den dänischen Partnern klar zu sagen, ob wir uns zu gleichen Teilen an einer Finanzierung beteiligen wollen. Wenn wir in Deutschland glauben, dies aus irgendwelchen Gründen, die nur schwer nachvollziehbar sind, nicht tun zu können, dann sollten wir mit den Dänen über eine andere Finanzierungsform mit einem möglicherweise auch größeren Anteil auf dänischer Seite sprechen. Herr Austermann hat sich in ähnlicher Weise wie ich vor einigen Tagen im „Flensburger Tageblatt“ geäußert. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsminister und die SPD-Fraktion hier an einem Strang ziehen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen  
[CDU])

**Minderheitenpolitik** bleibt ein wichtiges Thema auch im vorliegenden Doppelhaushalt. Zuschüsse an die Minderheiten sind keine Subventionen. Sie sind für uns in Schleswig-Holstein selbstverständlich. Sie ergeben sich aus der Landesverfassung, aber auch aus unserem grundsätzlichen politischen Verständnis. Wir haben die Ansätze nicht gekürzt. Wir haben einige Vorschläge des SSW übernommen, da wir sie in der Sache für richtig halten. Das gilt insbesondere für die Förderung von Folk Baltica, eine auch in unseren Augen herausragende Veranstaltung, die sich parallel einordnen wird bei Jazz Baltica und dem Schleswig-Holstein Musik Festival. Insofern eine richtige Entscheidung. Ich freue mich natürlich besonders, dass der SSW, wenn die Ankündigung denn stimmt, am Ende in der GesamtAbstimmung dem Haushalt 2007/2008 zustimmen wird.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Lassen Sie mich kurz auf die **Haushaltsanträge der Oppositionsfaktionen** eingehen. Zunächst einige Worte an unseren ehemaligen Koalitionspartner. Ich kann auf jeden Fall eine in sich geschlossene Struktur erkennen, auch wenn ich den größten Teil der Vorschläge nicht mittragen kann. Was beispielsweise die Tarifsteigerung angeht, so ist für mich die Frage, ob die Grünen, Frau Heinold, wirklich, was ja die Folge für den Justiz- und Polizeibereich wäre, einen Abbau von Stellen durch Erbringung der Tarifsteigerung innerhalb des Personalbudgets vorschlagen. Ich kann mir dies beim besten Willen nicht vorstellen.

Lieber Karl-Martin Hentschel, ich habe mich über Ihre offensichtliche Abneigung gegenüber einer bestimmten Art von Musik gewundert. Sie haben ja zum wiederholten Male die Abschaffung des Polizeiorchesters gefordert. Das Polizeiorchester ist der beste Botschafter für die Polizei in Schleswig-Holstein und das muss so bleiben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Herr Kollege Wadehul, Sie sind ja etwas näher an der FDP als an der SPD. Die Vorschläge der FDP sind aus meiner Sicht populistisch. Sie sind unsolid. Die FDP hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Da gibt es Mehrausgaben gegenüber dem Ansatz in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro. Da gilt das Prinzip „und täglich grüßt das Murmeltier“. Der Verzicht auf die Kürzung von Sonderzahlungen und auf die Entnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich sind für mich Luftbuchungen. Das ist keine Konsolidierungspolitik. Wer versucht, so etwas dem Parlament vorzulegen, muss auf den harten Bänken der Opposition oder außerhalb des Landtages noch viel lernen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt ist der Haushalt 2007/2008 keiner, mit dem wir glücklich und zufrieden sein können. Wir haben gekürzt, haben Einschnitte vorgenommen und dennoch keinen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen können. Ich bleibe aber dabei: Der eingeschlagene Weg ist richtig, auch wenn es noch einige Jahre dauern wird, bis wir erst einen verfassungsgemäßen und später einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden können. Die begonnenen Reformen werden greifen; davon bin ich überzeugt.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede einen ausdrücklichen Dank an das gesamte Kabinett richten für die gute Zusammenarbeit, aber in erster Linie an unseren Koalitionspartner, die CDU-Fraktion, insbesondere - insofern gebe ich den Dank zurück - an Sie, Herr Dr. Wadehul, für die vertrauensvolle, sehr gute Zusammenarbeit. Das lässt mich hoffen. Das ist eine gute Grundlage für eine weitere gute Arbeit der Großen Koalition auch in Zukunft.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ein letzter Satz; der sollte auch Herrn Dr. Klug interessieren, wenn er etwas literarisch gebildet ist. Das ist der Leitspruch meines Handelns, nicht nur meines politischen Handelns. Ein Zitat von Hermann Hesse:

„Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.“

(Lothar Hay)

(Lebhafter Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion und erteile für die FDP-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte schon, die Debatte wird langweilig, weil ja, wie wir wissen, Haushaltsberatungen, auch in Finanzausschusssitzungen, immer ritualisiert sind nach der Devise, die Opposition, früher die CDU, jetzt die Grünen und wir, bringen Anträge ein, die dann in toto abgelehnt werden, auch abgelehnt werden müssen, weil die Politik der Großen Koalition wie früher der rot-grünen Koalition jeweils alternativlos ist. Aber die Redebeiträge des Kollegen Dr. Wadephul und des Kollegen Hay geben mir doch Anlass, auf einige dieser wunderbaren Argumente näher einzugehen.

Ich möchte beginnen mit einem ausdrücklichen Lob für die Regierung - der Kollege Wadephul hat es angesprochen -, einmal für den Ministerpräsidenten. Nicht dass ich nicht erwartet hätte, dass er sich so verhält, wie er sich verhält. Aber, Kollege Hentschel, es ist unglaublich schwierig, wenn sie in einer Gruppe von 16 Personen eine Exotenposition einnehmen müssen. Ich weiß, dass es auch in Ihrer Partei Leute gibt, die solche Erfahrungen machen.

(Heiterkeit)

Ich habe das in meiner Partei auch schon gehabt. Das dann konsequent durchzuhalten, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, verdient schon die Beachtung des ganzen Hauses.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Selbstverständlich stehe ich als Oppositionsführer nicht an zu sagen, was ich früher schon gesagt habe, dass ich in der Besetzung des Finanzministeriums durch den Kollegen Wiegard eine deutliche Verbesserung gegenüber früher erkennen kann

(Beifall bei FDP und CDU)

- es muss jetzt nicht jeder klatschen, das wäre zu populistisch -, und zwar deshalb - das ist unbestritten, das kann auch Kollege Neugebauer bestätigen -, weil wir jetzt mit Haushaltszahlen arbeiten können, die deutlich näher an der Realität dran sind, als das früher der Fall war.

(Beifall bei der FDP)

Ich stehe auch nicht an, den Wirtschaftsminister für seine quirlige Art zu loben, den Investitionsstandort Schleswig-Holstein tatsächlich zu einem solchen zu machen. Ich kann auch sagen, ich bin froh, dass der Kollege Döring das Justizressorts verwaltet, weil ich mir bei den Aufgaben, die auf uns zukommen, beispielsweise bei der Reform des Jugendstrafvollzuges, bei der Reform des Strafvollzuges insgesamt - das ist ja Landessache geworden - durchaus eine andere Konstellation vorstellen könnte, bei der ich nicht das Gefühl hätte, dass die rechtsstaatlichen Grundsätze in gleicher Weise gewahrt würden. Ich will jetzt nicht jeden einzelnen in der Regierung klassifizieren; das steht mir nicht an. Ich traue auch dem Herrn Innenminister zu, dass er in der neuen Rolle als Verfassungsminister doch gelegentlich über das Lesen hinaus die inneren Grundwerte dieser Verfassung begreift.

Aber Kollege Wadephul, daraus zu machen, die Politik dieser Koalition sei alternativlos, ist nicht nur merkwürdig. Ich will kurz zitieren: Sie haben die Opposition aufgefordert, zu dieser alternativlosen Politik konstruktive Alternativvorschläge zu unterbreiten. Das ist eigentlich schwer. Denn wenn die Politik, die hier betrieben wird, alternativlos ist, stellt sich doch die nächste historische Frage: Warum haben wir unterschiedliche Parteien? Bei der Politik von Peter Harry Carstensen haben wir keine Sorgen, Herr Stegner, dass die SPD über 2010 hinaus den Ministerpräsidenten weiter tragen wird.

Ich will nur sagen: Diese ganze Argumentation, das sei alternativlos, sollten wir uns eigentlich schenken, Herr Kollege Wadephul und Herr Kollege Hay. Uns zu erklären, unsere Vorschläge seien unsolid, beispielsweise im Bereich der Kindertagesstätten mit 8 Millionen € mehr, gleichzeitig aber zu erklären, dass die Koalition im Doppelhaushalt 2009/2010 Vorschläge dazu machen wird, das dritte Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen, spricht doch für sich.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Herr Kollege Wadephul, früher, als Sie noch gemeinsam mit mir in der Opposition saßen, haben Sie immer wieder die Formulierung der Grünen: „Wo ist die Gegenfinanzierung?“ mit der Frage quittiert: Was soll eine solche Aussage? Gegenfinanzierung bedeutet doch, dass sich eigentlich nichts ändert.

Ich bedauere auch, dass der Rechnungshofspräsident, der der FDP ja nicht sehr nahesteht, sondern anderen politischen Organisationen, nicht die Gele-

(Wolfgang Kubicki)

genheit hatte, auf Einwürfe dieser Art zu reagieren, die in diesem Haus bisher einmalig waren. Wir haben ja alle gehört, dass das, was Sie momentan machen, eigentlich keine Alternative zur Bewältigung der Situation ist. Die einzige Alternative zur Bewältigung der Situation ist der **Stellenabbau** - Herr Seitz hat uns das ins Stammbuch geschrieben -, ist der Abbau von Personal. Er hat gesagt, auch bei Wachstumsraten von 3 %, die wir möglicherweise erreichen könnten, wären die Sparbemühungen, die ich anerkennen will - wir haben in einigen Punkten andere Vorstellungen -, relativ wirkungslos, weil wir die strukturellen Probleme auf Dauer nicht änderten.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Wadephul, diese Große Koalition ist jetzt fast zwei Jahre im Amt. Sie haben eine Expertengruppe von mehr als 50 Personen eingesetzt, die uns Vorschläge unterbreiten soll, von welchen Aufgaben wir uns trennen, auch mit der Möglichkeit verbunden, uns zu erklären, welches Personal wir mittelfristig damit einsparen könnten, und zwar in der Größenordnung von 5.000 bis 6.000 Mann oder Frau. Fast zwei Jahre!

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Sagen wir anderthalb Jahre, Herr Wiegard. Ob wir bis März nächsten Jahres Vorschläge bekommen werden, werden wir sehen. In diesen anderthalb Jahren ist uns kein einziger Vorschlag dafür unterbreitet worden, wie Stellen abgebaut werden sollen, außer einem: das war eine 0,2-Stelle oder 0,4-Stelle.

(Günther Hildebrand [FDP]: Zweimal 0,2!)

- Zweimal 0,2 sind 0,4 Stellen. Das ist das Ergebnis der Vorschläge dieser Großen Koalition angesichts der strukturellen Defizite, die wir im Haushalt haben.

(Beifall bei der FDP)

Da sagen wir: Da machen wir nicht mit!

Ich komme zu den Alternativen - das haben wir schon vorgetragen - innerhalb des Rahmens, den uns die Landesregierung mit dem Haushalt vorgegeben hat, die wir vorschlagen. Wenn Sie sagen, Herr Minister, wir sollten eine komplette Alternative vorlegen, dann lassen Sie uns die Plätze wechseln, Sie treten zurück und ich komme dahin. Dann zeige ich Ihnen innerhalb eines Jahres, welche Alternativen da sind.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen:  
Das entscheide ich, wer dahin kommt!)

Den Anspruch, die Oppositionsfraktion solle - dazu war nicht einmal die CDU in der Lage, die mit einer deutlich stärkeren Manpower ausgestattet schien, als wir es waren - einen kompletten neuen Haushalt vorlegen, der die strukturellen Differenzierungen gegenüber den Vorschlägen des Ministeriums mit fast 200 Mitarbeitern aufzeigt, Herr Kollege Wadephul, können Sie nicht im Ernst erheben.

Ich komme jetzt zu den Punkten, die für uns von Bedeutung sind. Herr Kollege Wadephul, die Alternative zum Brechen von Zusagen ist das Halten von Zusagen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht bei den **Sonderzahlungen** an die Beamtinnen und **Beamten** um mehr als nur das Weihnachtsgeld, um mehr als nur die 100 Millionen €. Es geht darum, dass Sie mit der Art und Weise, in der Sie das ins Werk gesetzt haben, ein fundamentales Prinzip verletzt haben, nämlich das des grundlegenden Vertrauens zwischen Dienstherr und Arbeitnehmer.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich frage Sie, ob wirklich jemand in diesem Saal im Ernst glaubt - einige haben geglaubt, die Proteste werden sich legen, die Menschen werden sich daran gewöhnen -, dass man die Menschen, Kollege Hay, die man für Reformen braucht - die Sozialdemokraten sagen immer, wir müssen die Menschen mitnehmen -, mitnimmt, wenn man dokumentiert, dass man mit ihnen nicht einmal mehr redet, sondern von oben nach unten unter Wortbruch und Vertrauensbruch eine entsprechende Zahlung verweigert.

(Beifall bei FDP und SSW)

Kollege Hay, ich sage dies hier ausdrücklich, weil ich es auch bei den Gewerkschaften immer wieder sage: Selbstverständlich müssen auch die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes einen Beitrag leisten. Aber sie haben einen Anspruch darauf, dass wir das mit ihnen erörtern. Selbstverständlich, Kollege Hay, kann ich mir vorstellen, dass man mit den Interessenverbänden der öffentlich Bediensteten für die Jahre 2008, 2009 oder 2010 über Maßnahmen redet, die einen Konsolidierungsbeitrag beinhalten. Aber wogegen sich die Beschäftigten - wie ich meine - zu Recht wehren, ist, dass man in sie erst Vertrauen setzt, das Vertrauen bricht und sie anschließend noch dafür beschimpft, dass sie sich draußen hinstellen und sagen: Diese Form des Umgangs wollen wir uns nicht mehr gefallen lassen.

(Beifall bei FDP und SSW)

(Wolfgang Kubicki)

Ich komme zum Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich**. Ich erinnere daran, Kollege Wadephul, dass die Union mit uns gemeinsam erklärt hat - ich rede gar nicht vom Wahlprogramm und vom wunderbaren Begriff des Wahlbetrugs, auch das kommt mir locker von den Lippen, aber das ist mir etwas übersetzt; man müsste trotzdem einmal darüber nachdenken -: Als die rot-grüne Regierung in den KIF eingegriffen hat, hat die Landesregierung versprochen, dass das nach vier Jahren, in denen die Regierung das in Anspruch genommen hat, komplett mit Zinsen zurückgezahlt wird.

Darüber redet heute gar keiner mehr. Es geht um einen Eingriff von 120 Millionen in den kommunalen Finanzausgleich. Da sagen uns die Kommunen - was ich glaube -: Wir nehmen ihnen damit die Möglichkeit zu investieren, jedenfalls in weiten Bereichen. Wir können jetzt alle sagen, wir glauben das nicht, aber bei einigen der Kommunen stimmt das. Gleichzeitig fordern wir eine Ausweitung des Wirtschaftswachstums durch Investitionen. Dass das eine sinnvolle Politik ist, unabhängig von der Frage, ob wir das Verhältnis zwischen kommunaler Familie und Land auf die Art und Weise, in der es geschehen ist, überhaupt beschädigen dürfen und uns hier nach der Devise „Die da draußen demonstrieren, sind Ewiggestrige, Verirrte, Leute, die die Zukunft des Landes nicht im Auge haben“ einmauern dürfen, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei FDP und SSW)

Auch hier sage ich ausdrücklich: Meine Fraktion würde einen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich mittragen, wenn die Kompensation, Herr Minister, nicht nur virtuell wäre, sondern faktisch.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das ist sie bisher nicht. Herr Kollege Wadephul, das ist ungefähr genauso wie der Beitrag des Kollegen Stegner bei der Haushaltsdebatte des Jahres 2005 - man kann das nachlesen -, in der er erklärte, 20 Millionen € Einsparungen würden die Kommunen dadurch erreichen, dass man die KVR bildet. Sie selbst, auch der Finanzminister, haben bei kurzem Nachdenken und vielleicht etwas längerem Nachrechnen festgestellt, dass diese Einschätzung des Innenministers falsch war und die kommunalen Verwaltungsregionen mehr Geld kosten, als sie an Einsparungen bringen. Deshalb wollen die Kommunen nichts anderes als Vertrauen darauf, dass sie effektiv und nicht virtuell entlastet werden und dafür dann auch einen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich akzeptieren können.

(Beifall bei FDP und SSW)

Herr Finanzminister, ein Element der Begründung für die Streichung der Sonderzahlungen war, dass das Land, was wir alle wissen, pleite ist und entgegen Ihren Erwartungen weniger in der Kasse war als gedacht. Nun spült die wirtschaftliche Entwicklung deutlich mehr Geld in die Kassen, was bedeutet, dass die Begründung wegfällt, dass wegen der schwachen Steuereinnahmen die öffentlich Bediensteten einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen. Sie müssen dann schon erklären, warum ausgerechnet die Bediensteten des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein Fehlverhalten der Politik der vergangenen zehn oder 15 Jahre mit Einkommensverlusten hinnehmen müssen. Die hatten keine Möglichkeit, darauf entsprechenden Einfluss zu nehmen, aber sie müssen dafür jetzt die Zeche zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Wadephul, noch einmal zur Frage der Alternativlosigkeit. Ich wundere mich nach den Reden von Ihnen und dem Kollegen Hay, warum nicht Tausende von Menschen in Jubelstürmen der Zukunft zugewandt diese Regierung loben, warum hier nicht die Blumensträuße fliegen, denn es ist alles alternativlos gut, die Leute haben eine positive Perspektive.

(Minister Rainer Wiegard: Außer Ihnen!)

- Ich komme noch dazu. Ich habe ausreichend Zeit. Genauso wie Sie, Herr Kollege Wadephul, anfangs galaktisch global etwas erklärt haben, habe ich diese Chance auch.

Die Alternativlosigkeit dieser Politik sehen offensichtlich auch mehrere Tausend Mitglieder von CDU und SPD, indem sie ihre Partei verlassen. Ortsverbände, die austreten, Ratsmitglieder, die die Union oder die SPD verlassen, das ist die Alternativlosigkeit dieser Politik, die die Menschen zweifeln lässt, außer wahrscheinlich die herzlichen Großkoalitionäre in diesem Haus.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Wahrscheinlich gibt es im Moment einen Aufnahmestopp!)

Herr Ministerpräsident, ich verstehe ja Ihre Unruhe, weil Sie offensichtlich ein Problem haben, den Menschen im Land zu erklären, wie vernünftig und gut und schön Ihre Politik ist. Sie finden, dass sie gut ist, aber erklären Sie das einmal den Leuten draußen vor Ort!

(Beifall bei der FDP)

Erklären Sie es draußen den Leuten, die in der Partei sind, die überall erklären, dass sie der Politik

(Wolfgang Kubicki)

dieser Landesregierung relativ wenig abgewinnen können!

Wir werden gefragt, Herr Finanzminister, welche Alternativen wir vorlegen, und zwar immer noch im Rahmen dieses Haushalts, in dem wir tatsächlich unsere Versprechen eingelöst haben, 120 Millionen € etatisiert bei den Kommunen zu belassen, ihnen die KIF-Entnahme zurückzugeben und die Sonderzahlungen vorzunehmen und weitere, wie wir meinen, für den Bildungsbereich, für den Kindertagesstättenbereich, aber auch für den Sozialbereich wichtige Ausgaben im Landeshaushalt zu verankern.

Wir haben beispielsweise vorgeschlagen - Sie sagen immer, das sei ein wiederkehrendes Murrelter -, dass die HSH-Nordbank-Anteile im Rahmen dieses Doppelhaushalts 2007/2008 veräußert werden. Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen kurz erklären, warum der Verkauf der Anteile Sinn machen würde, und zwar mit einer ganz einfachen Rechnung. Der Einstieg von Flowers bestärkt uns in unserer langjährigen Überzeugung, dass die **HSH Nordbank** eine reine Geschäftsbank ist. Es gibt keinen Grund, dass sich das Land weiterhin an ihr beteiligen sollte. Der Herr Finanzminister weist immer darauf hin, er erhalte auch Zahlungen von der HSH Nordbank. Im nächsten Jahr ist eine Zahlung von 38 Millionen € eingestellt. Herr Finanzminister, wenn wir die Kaufpreiszahlung von Flowers für den Wert der Anteile zugrunde legen, dann wären die Anteile des Landes Schleswig-Holstein derzeit knapp 1,3 Milliarden € wert.

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Herr Wiegard, ich habe an Ihrer Seriosität keinen Zweifel, aber dass wir bei der Etatisierung unserer Vorschläge mit dem Niederstwertprinzip gearbeitet und keinen Verkehrswert eingestellt haben, war ein Gebot der Vernunft. Wir wollten auch keine Diskussion über die Anteile initiieren, bevor wir nicht eine Größe faktischer Relevanz haben. Im Haushalt veranschlagt die Landesregierung für 2007 knapp 38 Millionen € Erträge aus dieser Beteiligung. Das entspricht einer Rendite von 2,9 %.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Selbst Bundesanleihen bringen mehr!)

Herr Finanzminister, der Mindestbietungssatz für Refinanzierungsgeschäfte mit der EZB, also das komplett risikofreie Tagesgeld, beträgt schon 3,5 %. Das heißt, schon der Aspekt der Erwartung einer Rendite aus einem Vermögen, das ich anders anlegen könnte, würde es gebieten, die HSH-Nordbank-Anteile zu veräußern.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, ich sage Ihnen in aller Ruhe und Gelassenheit voraus: Sie werden erleben, was Flowers, die eine bestimmte Erwartung haben und bei denen die Renditeerwartung ihrer Kapitalanleger bei 20 bis 30 % pro Jahr liegt, mit der HSH Nordbank an positiver Entwicklung noch machen werden, damit ihre Anteile eine entsprechende Werterhöhung erhalten.

Herr Kollege Wadephul, wir wollen wie Sie das staatliche Lottomonopol aufgeben und auch privates Lottospiel zulassen. Weil die Investitionsbank kein Wettbewerbsgeschäft betreiben darf, müsste sie sich von **NordwestLotto** trennen. Wir meinen, das Land sollte nur noch die rechtliche Aufsicht für das Lottogeschäft in Schleswig-Holstein behalten und NordwestLotto verkaufen. Das dürfte dem Land einmalige Einnahmen von mehr als 100 Millionen € bringen. Herr Minister, wenn Sie die genaue Zahl wissen wollen, sage ich Ihnen: in der Größenordnung 160 Millionen €. Diesen Betrag könnten Sie zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung oder für sinnvolle Ausgaben im Bildungs- oder im Kindertagesstättenbereich verwenden.

Selbstverständlich muss das gewerbliche Glücksspiel weiterhin reguliert werden. Außerdem wollen wir über entsprechende Konzessionsabgaben dafür sorgen, dass ein Teil der Glücksspielerträge weiterhin für soziale und sportliche Zwecke verwendet werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Ich empfehle allen, die Bedenken haben, dass eine solche Förderung nicht mehr stattfinden kann, die Erklärungen des DFB und der Deutschen Fußballliga zu der Entscheidung der 15 Ministerpräsidenten, an einem staatlichen Wettmonopol festzuhalten, nachzulesen. Sie halten das für extrem kontraproduktiv, weil auf diese Art und Weise auf Dauer die entsprechende Förderung des Sports nicht gesichert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, wir wollen in den Ministerien des Landes mittelfristig die Führungsorganisation straffen und die Stellen für Abteilungsleiter streichen. Abteilungsleiter nehmen kaum fachliche Aufgaben wahr. Ihre Leitungsaufgaben können zeitlich befristet einem Referatsleiter übertragen werden, der für diese Zeit höher bezahlt wird, was übrigens auch der Flexibilisierung des Aufstiegs von fähigen und weniger fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in bestimmten Teilbereichen dienen kann.

(Wolfgang Kubicki)

Derzeit gibt es in den **Ministerien** und in der Staatskanzlei 45 Abteilungen. Drei davon arbeiten bereits ohne Abteilungsleiter, einige davon zum Teil sogar seit Jahren. Folglich könnten wir mittelfristig 42 Abteilungsleiterstellen einsparen, immerhin ein Weg zu einer strukturellen Veränderung im Landeshaushalt, der auch etwas Geld bringt.

(Beifall bei der FDP)

In keinem unserer Ministerien werden zwei Staatssekretäre benötigt, in der Vertretung Schleswig-Holsteins beim Bund gar keiner. Wir schlagen vor, diese Stellen zu streichen. Das würde jährlich 482.000 €, mit den Personalgemeinkosten 626.000 € sparen.

Zentral ist Folgendes. Ich bin gespannt, ob sich die Regierung da intern durchsetzen kann. Wir schlagen vor, die **Katasterämter** aufzulösen und nur noch das Landesvermessungsamt zu erhalten. Es gibt dafür auch eine sachliche Begründung. 2005 wurden Liegenschaftskarten und das Liegenschaftsbuch digitalisiert. Beide werden bis 2008 zum Automatisierten Liegenschaftskataster-Informationssystem zusammengeführt werden. Dann brauchen wir vor Ort keine Katasterämter mehr. Einsparpotenzial: 500 Stellen.

(Lachen von Minister Dr. Ralf Stegner)

- 500 Stellen, Herr Innenminister! Ich weiß, dass Ihr Haus nicht bereit ist, diese Stellen freizugeben, aus welchen Gründen auch immer. Dieses Einsparpotenzial aber ist vorhanden.

Wir schlagen vor, die **Schulaufsicht** zu straffen und die untere Schulaufsicht aufzulösen. Von den 30 Stellen für Schulräte wollen wir 10 ins Ministerium zurückverlagern, die dort die obere Schulaufsicht verstärken können, und die übrigen 20 Schulratsstellen streichen. Wir befinden uns, wie ich vernommen habe - das wusste ich gar nicht -, in holder Eintracht mit sehr vielen Vertreterinnen und Vertretern aus den Kommunen und aus den Bildungseinrichtungen.

Wir schlagen vor, die Hochschulabteilung des Wissenschaftsministeriums zu verkleinern, von 45 auf 30, weil wir - wie wir gehört haben - den **Hochschulen** mehr Eigenverantwortung übertragen haben und deshalb eine entsprechend große Hochschulabteilung nicht mehr brauchen.

Herr Finanzminister, über Folgendes sollte vielleicht einmal intensiver nachgedacht werden - abseits von der Geschichte, die Opposition mache keine vernünftigen Vorschläge. Wir schlagen vor, das **UK S-H** wieder zu defusionieren. Das UK S-H wird so, wie es ist, nicht nur eine dauerhafte Quelle

negativer Zahlen sein, sondern das wird es auch mit der versuchten Teilprivatisierung sein. Wir haben ein weitergehendes Konzept. Wir schlagen vor, den Teilbereich Lübeck der Klinika mit der Hochschule zu verbinden, den Klinikbetrieb unter Sicherstellung der Erfüllung der Aufgaben von Forschung und Lehre zu privatisieren und die Universität Lübeck zu einer Stiftungsuniversität umzuwandeln, weil wir glauben und sicher sind, dass der Standort angesichts der finanziellen Größenordnung, über die wir uns unterhalten, wenn wir uns beide Standorte ansehen, nur auf diese Art und Weise auf Dauer erhalten werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Das führt nicht unmittelbar sofort zu Einsparungen im Landeshaushalt, aber es kann und wird dazu führen, dass die bisherige Dotierung dieses Bereiches eingefroren und möglicherweise im Bereich weiterer Zustiftungen eine Reduzierung der Landeszuweisungen vorgenommen werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will auf die Einzelvorschläge der FDP, die wir im Haushaltsbereich gemacht haben, darauf, wo wir was verstärken wollen, jetzt nicht weiter eingehen. Das ist dokumentiert. Das haben wir im Rahmen unserer Presseberichterstattung gemacht. Das haben wir im Rahmen der Beratungen des Finanzausschusses gemacht.

Ich will nur noch auf eines hinweisen. Wir wollen die größten Mängel des vorliegenden Haushaltsentwurfs durch strukturelle Maßnahmen, die wir nicht komplett im Haushaltsjahr 2007 umsetzen können, jedenfalls zu beseitigen beginnen. Wir hören von dem Kollegen Wadephul, wir hören von dem Kollegen Hay viele Absichtserklärungen darüber, was diese Regierung noch ins Werk setzen will. Wir sind gespannt, ob die bisherigen Vorgaben, dass im März 2007 konkrete Vorschläge zur Aufgabenreduzierung des Landes erarbeitet werden, die zu nennenswerten Personaleinsparungen führen können, Mitte des Jahres 2007 stattfinden werden. Wir sind gespannt auf die Terminvorgaben des Kollegen Wadephul für ein Personaleinsparkonzept in der Größenordnung, über die wir gerade geredet haben. Die bisherigen Ankündigungen, die bisherigen Termine für entsprechende Veröffentlichungen sind alle nicht gehalten worden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Herr Kollege, die Landesregierung hat uns erklärt, über die Abteilung Schlie werde relativ zeitnah ein großes Konzept erarbeitet werden.

(Wolfgang Kubicki)

Ich weise darauf hin, dass wir die Menschen und das Personal, die diese Reformen umsetzen müssen - das sind Bedienstete des Landes - mitnehmen müssen. Wir dürfen nicht dazu beitragen, dass sie in innere Immigration gehen. Darauf lege ich großen Wert.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen und sollten bei allen Erörterungen, die wir auch mit dem Landesrechnungshof in Sachfragen jederzeit führen können, jedenfalls in diesem Punkt auf den Präsidenten des Landesrechnungshofs hören, der tatsächlich überparteilich und von Verfassung wegen dazu aufgerufen ist, dem Landtag, der Landesregierung seine Stellungnahmen, seine Einschätzungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, zur Verbesserung der Haushaltslage aufzugeben. Der Präsident des Landesrechnungshofs hat seit geraumer Zeit und immer wieder bei allen Stellungnahmen zum Haushalt öffentlich Folgendes erklärt. Ich zitiere nicht aus den „Lübecker Nachrichten“, obwohl man die wirklich lesen kann, Herr Kollege Hay. Ich habe mittlerweile mit dem Chefredakteur gesprochen.

(Zurufe von der SPD)

Er hat mir erklärt, er akzeptiere meine Haltung, und ich habe ihm gesagt, ich akzeptiere seine Haltung. Auf dieser Basis kann man doch gut miteinander reden. Ich sage noch einmal, man kann die Zeitung tatsächlich gut lesen. Dennoch zitiere ich Herrn Altmann aus einer Veröffentlichung der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“. Sie ist unverdächtig, weil sie aus dem hohen Flensburg kommt, wo Lothar Hay wohnt und seinen Wahlkreis hat. Herr Altmann hat erklärt und uns damit ins Stammbuch geschrieben:

„Die Regierung, sprich auch das Parlament, sollte nicht am Personal kürzen,“

- damit meinte er an den Ausgaben, nicht an den Gehältern, den Sonderzahlungen -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

„sondern bei den Personalstellen.“

(Beifall bei der FDP)

Genau dem schließen wir uns an.

Wir werden für zwei Punkte namentliche Abstimmung beantragen - das ist logisch -, bei den Sonderzahlungen und bei den Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs. Ich denke, dass die Menschen einen Anspruch darauf haben - übrigens auch wir - zu wissen, wie die Einzelne oder der Einzelne dazu

jeweils steht. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, die Wahrheit zu erfahren.

Das Problem der Regierungspolitik des letzten Jahres ist, dass die Menschen nicht mehr glauben, dass das, was Sie ihnen sagen, die Wahrheit ist, weil von Ihnen in der Vergangenheit sehr häufig das, was Sie als Wahrheit ausgegeben haben, anschließend als unwahr klassifiziert worden ist. Das ist das Problem, Herr Wiegard. Ihnen glaubt draußen keiner mehr, dass das, was Sie hier beschreiben, unabdingbar, apodiktisch, alternativlos die Wahrheit ist.

(Beifall bei der FDP)

Aus diesem Dilemma können Sie sich auch nicht dadurch befreien, dass Sie auf die Oppositionsfraktionen FDP oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einschlagen. Wenn das dazu führt, Herr Kollege Wadepuhl, dass die Zukunft, die vom Kollegen Lothar Hay beschrieben worden ist, darin besteht, dass die FDP im Land immer stärker wird und CDU und SPD immer schwächer werden, sehen wir dieser Zukunft gern entgegen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Frauke Tengler:**

Ich danke dem Herrn Oppositionsführer.

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Realschule in Wedel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt zwei zentrale Aussagen, mit denen diese Regierung durchs Land läuft und sich selbst lobt: Erstens. Wir sorgen für den Aufschwung der Wirtschaft. Zweitens. Wir sind die brutalstmöglichen Sparer.

(Claus Ehlers [CDU]: Stimmt beides!)

Fangen wir mit der ersten Aussage an. Ich erinnere mich noch gut daran, wie Bundeskanzler Schröder den kleinen Aufschwung im Jahr 1998 auf sein Konto buchte und wie die CDU gelacht hat. Zu Recht! Wer etwas von Wirtschaftspolitik versteht, der weiß, dass die Änderung von Rahmenbedingungen Jahre braucht, um sich auszuwirken. Rot-Grün

**(Karl-Martin Hentschel)**

hat in Schleswig-Holstein über viele Jahre mit einer langfristigen Strategie

(Lachen bei der CDU)

Zukunftscluster wie erneuerbare Energien, Medizintechnik, Meerestechnik und Kommunikationstechnik gefördert, innovative kleine Firmen unterstützt und Technologiezentren gebaut. Das zählt sich heute aus!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Berlin wurde die Wirtschaft durch die größte Steuersenkung der Geschichte entlastet und Deutschland wurde wieder zum Exportweltmeister gemacht. Die Arbeitsmarktpolitik wurde in den letzten Jahren engagiert umgebaut. Die Kohl-Regierung hat dies 20 Jahre lang vor sich hergeschoben. Wenn Politik überhaupt eine Wirkung hat, dann liegt es daran, dass der Aufschwung nicht nur zu besseren Zahlen der Betriebe, sondern heute auch zu mehr Arbeitsplätzen führt. Wenn aber Peter Harry Carstensen im Land herumläuft und erzählt, er sei die Ursache des Aufschwungs, denn beweist das in meinen Augen nur, wie wenig er von Wirtschaft versteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist neu an der **Wirtschaftspolitik** dieser Landesregierung? Angeblich haben Sie die Bürokratie in der Umweltverwaltung beseitigt. Sie haben den Knickerlass aufgehoben und die Jagd auf Kormorane wieder erlaubt. Bitte nennen Sie mir einen einzigen Unternehmer, der behauptet, dadurch hätte sein Firma Kosten gespart oder neue Aufträge bekommen. Das glauben Sie doch wohl selber nicht! Nun haben Sie den Kommunen versprochen, das Mittelstandsförderungsgesetz abzuschaffen, um sie von Bürokratie zu entlasten. Da reibt man sich verwundert die Augen.

Unser Mittelstandsförderungsgesetz wurde in der letzten Legislaturperiode von der CDU in den Landtag eingebracht. Die damalige wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU, Frau Strauß, hat es bei der Verabschiedung als ein „vorbildliches Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz“ bezeichnet. Die CDU hat es als einen der wichtigsten Erfolge der letzten Legislaturperiode bezeichnet, dieses Mittelstandsförderungsgesetz durchzubringen. Nun hat dieselbe CDU, auf deren Initiative hin dieses Gesetz verabschiedet wurde, ihren Kommunalpolitikern versprochen, dieses Gesetz als Kompensation für die Kommunen wieder abzuschaffen. Ich frage Sie: Was hat ein solches Herumfuhrwerken mit verlässlicher Wirtschaftspolitik zu tun?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir überdenken unseren Weg, das ist der Unterschied!)

Das ist nur Populismus gegenüber den eigenen Leuten. Gleiches gilt für die Subventionspolitik. Wie haben Sie immer über **Subventionen** geschimpft! Sie haben mit diesem neuen Doppelhaushalt das Füllhorn der Direktsubventionen wieder geöffnet. Das hat es seit den 70er-Jahren nicht mehr gegeben, als Ministerpräsident Stoltenberg die höchsten Ausgabensteigerungen der Geschichte dieses Landes produzierte. Ich bin mit den Kollegen von der FDP einig, deshalb haben wir in unseren Anträgen diese Gießkannensubventionen um 92 Millionen € zusammengestrichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen wollen wir nur in einem Bereich drauflegen, nämlich dort, wo es um die Förderung von neuen Technologien geht, denn dort - und nur dort - macht eine Anschubfinanzierung wirtschaftlich Sinn. Dort werden Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwei Drittel aller Subventionen in Schleswig-Holstein gehen immer noch in die Agrarpolitik. Das ist der größte Subventionstopf. Ich kann mir gut vorstellen, dass Sie dazu sagen: Das sind doch alles Gelder von der EU, da können wir ohnehin nichts machen! Das ist falsch. Auch EU-Gelder sind Gelder der Steuerzahler. Deutschland ist der größte Nettozahler in der EU. Noch wichtiger aber ist: Der kluge EU-Kommissar Fischler hat auf Initiative von England und Österreich hin die Richtlinien für die Agrarpolitik geändert. Ab 2007 - also in zwei Wochen - können diese EU-Gelder durch die Nutzung der sogenannten fakultativen Modulation für eine nationale Umwelt- und Agrarpolitik ohne Kofinanzierung verwendet werden, das ist ganz wichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau diesen Politikwechsel, den andere EU-Länder beginnen, haben die Agrarminister in Deutschland in einer Großen Koalition verhindert und damit Millionenbeträge für eine integrierte **Umwelt- und Agrarpolitik** verschenkt. Stattdessen benutzt diese Regierung den Umwelthaushalt als Steinbruch, obwohl das nichts bringt, denn der Umweltposten ist ohne Agrarpolitik ohnehin einer der kleinsten Posten der Regierung. Ich bedaure dies und es ist ein Drama, dass die SPD versucht, sich als Sachverwalter der Umwelt darzustellen, in der

**(Karl-Martin Hentschel)**

Realität aber die Umweltpolitik für den Frieden in der Koalition verkauft hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für den Ökolandbau. Sie vergeben Chancen, die eine Umstellung auf ökologischen Landbau bringt, indem Sie die Umstellungsprämie gestrichen haben. Das ist ausgerechnet die Branche, in der wir gegen den Trend seit Jahren zweistellige Wachstumszahlen haben. Dafür stehen in unseren Supermärkten immer mehr Ökoprodukte aus Dänemark, Österreich, Polen und Süddeutschland. So lassen Sie den ländlichen Raum mittelfristig im Regen stehen. Das ist keine nachhaltige Politik!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers  
[CDU])

Der zweitgrößte Subventionstopf nach der Landwirtschaft ist der **Straßenbau**. Der Straßenzustandsbericht hat deutlich gemacht, in welchem schlechtem Zustand unsere Straßen sind.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das liegt an den Grünen!)

Wir schlagen Änderungsanträge vor, die eine Umschichtung vom Straßenneubau in die Sanierung der Straßen bedeuten. Welchen Sinn macht es, immer neue Straßen zu bauen, während die alten verrotten? Ich kann Ihnen schon heute prophezeien, dass die Träumereien des Verkehrsministers Austermann - er liest gerade so eifrig in seinen Akten -, der Bund werde das alles bezahlen, sich spätestens am Aschermittwoch als das erweisen werden, was sie sowieso waren: Die Träumereien eines Hasardeurs, der seit Amtsantritt mit nichts anderem beschäftigt ist, als Luftschlösser zu bauen und die Hochschulen, die Denkfabriken unseres Landes, zu chaotisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu der zweiten großen Lieblingsstory von Ministerpräsident Carstensen, nämlich dem brutalstmöglichen Schuldenabbau. Wenn man sich heute das Wahlprogramm der Union von 2005 anschaut, wobei ich finde, dass es nach anderthalb Jahren an der Zeit ist, dies zu tun, dann hätte es den Titel haben müssen: Märchen, Mythen, Mogeleyen. Ich habe eine Hitliste von Peter Harrys Versprechen angelegt. Hier die Top Ten.

Erstes Versprechen: Wir wollen zehn Jahre lang Jahr für Jahr die Ausgabenseite um 50 Millionen € absenken. - Tatsächlich gibt diese Regierung jedes Jahr 100 Millionen € mehr aus.

Zweites Versprechen: Ständige Sonderopfer der Beamten bei der Besoldung lehnen wir ab. - Ein Kommentar ist überflüssig.

Drittes Versprechen: Ungerechtfertigte erhebliche Finanzentzüge des Landes bei den Kommunen wie bisher wird es mit der CDU nicht geben. - Tatsächlich kürzt diese Regierung dreimal so viel wie Rot-Grün.

Viertes Versprechen: Eine von oben diktierte Gebietsreform wird es mit der CDU nicht geben. - Ein Kommentar ist überflüssig.

(Beifall beim SSW)

Fünftes Versprechen: Wir werden in dieser Legislaturperiode 2.600 Stellen abbauen, sagte Herr Wiegard im Wahlkampf. - Was hindert Sie daran? Bislang haben Sie nach dem vorliegenden Plan bis 2008 gerade 70 Stellen jährlich abgebaut. Das Tempo unter Rot-Grün war übrigens dreimal so hoch.

Sechstes Versprechen: Schleswig-Holstein soll das Familienland Nummer eins werden. - Haben Sie das gehört? Schleswig-Holstein soll das Familienland Nummer eins werden! Das ist Ihr Wahlprogramm! Was machen Sie? Sie von der CDU haben das von uns durchgesetzte Sonderprogramm für Kindertagesstätten wieder gekippt. Die Eltern sollen in Zukunft 30 % der Schülerbeförderung bezahlen. Man kann die Familien in Schleswig-Holstein nur warnen: Immer wenn diese Regierung das Lied vom kinder- und familienfreundlichen Schleswig-Holstein anstimmt, dann greift sie den Familien noch tiefer in die Tasche.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP)

Siebtes Versprechen: Wir schaffen 1.000 neue Lehrerstellen. - Tatsächlich ist davon keine Rede mehr. Wundern Sie sich eigentlich, dass Ihnen die Wut selbst von denen entgeschallt, die Sie unterstützt haben?

Achtes Versprechen - das sind alles Zitate aus dem Programm -: Wir werden die Neuwaldbildung auf landwirtschaftlichen Flächen verstärkt fördern. - Das Gegenteil ist der Fall. Das Geld für die Neuwaldbildung aus der Grundwasserabgabe haben Sie gestrichen und der Wald wird stückweise verschербelt. Den Komplettverkauf konnten wir nur durch eine Volksinitiative stoppen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Neuntes Versprechen: Mit dem Turn-Around-Fonds soll die politische Kehrtwende in Schleswig-Holstein eingeleitet werden. Er soll mit jährlich

**(Karl-Martin Hentschel)**

200 Millionen € aus Haushaltsmitteln finanziert werden, die durch Umschichtungen freigesetzt worden sind. - Tatsächlich fährt nun die schwarze Troika, Carstensen, Austermann und Wiegard, im Lande herum und verteilt Geschenke aus dem Schleswig-Holstein-Fonds, die zu 100 % kreditfinanziert sind.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Zehntens und zum Schluss dieses schöne Zitat: „Es ist schon armselig“, so der Ministerpräsident im Wahlkampf, „wenn Heide Simonis wieder einmal nichts anderes einfällt, als die von Rot-Grün ruinierten Staatsfinanzen durch Steuererhöhungen zu retten.“ - So einfach war die Welt. Nun basiert die gesamte mittelfristige Finanzplanung auf erhofften Steuermehreinnahmen und auf Steuererhöhungen Ihrer Kollegen in Berlin.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich verkünde: Das waren die Top Ten der Haushaltsversprechen des Ministerpräsidenten. Das fliegt Ihnen jetzt um die Ohren. Die Wirklichkeit dieses sogenannten Sparhaushalts ist ernüchternd. Der Landesrechnungshof sagt zu Recht, mit der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts 2007/2008 werde die für die Regierung so dringend erforderliche Trendwende in der **Finanzpolitik** abermals hinausgezögert. Recht hat der Landesrechnungshof!

Aber noch deutlicher hat es der Fraktionsvorsitzende der CDU ausgedrückt. Das fand ich an seiner heutigen Rede interessant. Klarer kann man es nicht sagen, als wenn der Fraktionsvorsitzende der Regierungsfraktion hier ankündigt, im nächsten Jahr werde es endlich ein Personaleinsparkonzept für die Landesregierung geben.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum nicht letztes Jahr?)

Was hat denn die Landesregierung in Ihren Augen geleistet? - Deutlicher kann man es gar nicht machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Bis auf die Kürzungen beim Weihnachtsgeld und bei den **Kommunen**, die letztlich auf Kosten der Kindertagesstätten und der Schülerbeförderung gehen - alles, was Sie bei den Kommunen sparen, geht auf Kosten der Kitas, der Schülerbeförderung, der Familien -, hat die Landesregierung nichts zustande gebracht. Sie nehmen keine Personaleinsparungen vor, Sie haben keine Sachmittelreduzierung

geschafft, dafür aber mehr Subventionen geschaffen. Das ist der neue Kurs des Schiffes „Schleswig-Holstein“. An Bord der „Schleswig-Holstein“ gibt Käpt'n Peter Harry Blaubär das Kommando. Er kommt kernig rüber; aber die Döntjes, die er erzählt, nimmt ihm inzwischen kaum noch einer ab. Bleibt für die Kenner der Geschichte eine Frage: Wo ist sein Kumpel Hein Blöd?

(Heiterkeit - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Ministerpräsident bricht nicht nur alle Versprechen. Es wird auch immer deutlicher, dass diese Große Koalition ohne Plan vor sich hinwerkelt.

Sie wollen das **Schulsystem** umbauen, das entscheidende Gebäude für die Zukunft unseres Landes. Aber Sie führen zwei unterschiedliche neue Schulsysteme ein; Sie haben keinen Bauplan.

Sie wollen die **Hochschulen**, die geistigen Schmieden dieses Landes, grundlegend umbauen, aber Sie haben offensichtlich keinen Plan.

Sie wollen das gesamte kommunale Gebäude, das diesen Staat trägt, umbauen, aber Sie wissen nach zwei Jahren immer noch nicht, wie.

Sie legen neue Balken für das **Polizeirecht** vor, das Gebäude unserer Sicherheit. Leider erweisen sich fast alle Balken als morsch, nämlich als verfassungswidrig. Das Gesetz musste zurückgezogen werden.

Als nächstes Projekt wollen Sie den größten Betrieb des Landes Schleswig-Holstein, die **Universitätsklinik**, eben einmal verscherbeln, ohne erklären zu können, wie in Zukunft die Forschung, die Lehre und die Gesundheitsversorgung organisiert werden sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz gleich, welches dieser Vorhaben man anschaut - diese Koalition hat keinen Plan; sie wurschtelt sich von Kompromiss zu Kompromiss. Die beiden Architekten dieser Koalition, die Parteivorsitzenden Möller und Carstensen, haben für alle wichtigen Gebäude, die sie bauen, in Wirklichkeit unterschiedliche Pläne. Der eine bevorzugt Miethäuser mit Glasfassade, der andere traditionelles Fachwerk mit Reetdächern.

Wie lösen sie das? Die beiden Architekten treffen sich alle zwei Monate im Koalitionsausschuss. Dort spielen sie Puzzle mit den Schnipseln ihrer Baupläne, indem sie jeweils mit Fingerhakeln ausmachen, wer legen darf. Und was kommt dabei heraus? Das Ergebnis sind architektonisch merkwürdige Gebäude mit abwechselnden Reihen von Reet und Zie-

**(Karl-Martin Hentschel)**

geln, durch deren Wände der Wind pfeift und durch deren Dächer der Regen tropft.

Was kommt dann? Dann beschäftigen Sie Unmengen von Bürokraten unter Führung von Herrn Schlie damit, Rationalisierungspotenziale in undichten Wänden zu identifizieren.

Um das Ganze zu finanzieren, nehmen Sie den künftigen Mieterinnen und Mietern, den Kommunen, das Geld weg, sodass diese anschließend weder Geld für die Einrichtung noch zum Heizen haben und am Schluss frierend in ihren leeren, undichten Häusern hocken. - Das ist Ihre Politik!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen heute einen alternativen Haushalt vor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich bin stolz darauf, dass wir es geschafft haben, die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und trotzdem die Nettoausgaben um über 60 Millionen € zu senken. Ich finde das auch bemerkenswert, weil ausgerechnet unsere Oppositionsfreunde von der FDP - das bedaure ich - den unglaublichen Vorschlag gemacht haben, die Ausgaben um 300 Millionen € zu erhöhen. Typisch Kubicki: Macht auf dicke Hose!

(Heiterkeit)

Wir wissen, dass man nicht alle politischen Wünsche finanzieren kann. Daher konzentrieren wir uns auf Schwerpunkte, bei denen dringend umgesteuert werden muss, damit das Land zukunftsfähig wird. Um das zu finanzieren, führen wir die Subventionen auf ein erträgliches Maß zurück.

Wir haben etwas gemacht, was an sich selbstverständlich klingt: Wir haben die Sachhaushalte gedeckelt und die **Personalhaushalte** aller Ministerien mit einem moderaten Minus von 1,5 % versehen, außer der Bildung natürlich. Es war schon ernüchternd für mich zu sehen, dass die Landesregierung nicht einmal das zustande gebracht hat.

Meine Damen und Herren, wer in die Zukunft investieren will, der muss in die Köpfe der Kinder investieren. Alle Studien von TIMMS bis PISA haben uns bewiesen, dass wir bei den Kleinen beginnen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Deswegen schlagen wir drei Punkte zur Stärkung des frühkindlichen Bereichs vor. Zu diesen Punkten haben wir Finanzierungskonzepte vorgelegt.

Erstens wollen wir das letzte Kindergartenjahr kostenlos machen, wie Rheinland-Pfalz es uns vorgebracht hat. Ich bedanke mich bei Herrn Wadephul, dass er letzte Woche in der „Eckernförder Zeitung“ genau das gefordert hat. Er hat gesagt, dies sei jetzt dringend notwendig.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Nein! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein wörtliches Zitat!)

Wir haben ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Stimmen Sie unseren Haushaltsanträgen zu! Dann können wir nächsten Sommer beginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens wollen wir den Kitas 10 Millionen € zweckgebunden geben, um den Bildungsauftrag der **Kindertagesstätten** verbindlich umzusetzen. Frau Ministerin, es ist eine völlige Illusion, wenn Sie glauben, man könne das größte Manko unseres Systems durch einen schlichten Erlass beseitigen, ohne einen Pfennig dazuzuzahlen.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Drittens wollen wir das kostengünstige Konzept, das meine Kollegin Heinold vorgeschlagen hat, umsetzen und die verbindliche Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige einführen. Nach allem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, muss sichergestellt sein, dass sich zumindest einmal vor dem Kindergarten jemand die Kinder anschaut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bildungsbereich stellen wir keine großen Personalforderungen, sondern wir konzentrieren uns mit unserer vierten Forderung auf die Stärkung der **Lehrerbildung**. Die Große Koalition will das gesamte Schulsystem umbauen. Alle Lehrerinnen und Lehrer im Land fragen mich auf jeder Veranstaltung: Wie soll das eigentlich gehen? Wie soll ich unterschiedliche Kinder zusammen unterrichten? Ich glaube ja, dass es möglich ist. Ich weiß, dass es gute Schulen gibt. Aber wir sind dafür nicht ausgebildet. - Das wird mir immer gesagt. Es heißt: Wir sind dafür nicht ausgebildet; wir haben das nicht gelernt.

Wir haben daraus die Konsequenz gezogen. Einen ganz großen Schwerpunkt müssen wir auf die Lehrerbildung legen.

Die Ministerin hat pro Lehrer 10 € im Jahr - 10 €! - für die Lehrerbildung in den Haushalt eingestellt. Frau Erdsiek-Rave, ist das ein Irrtum oder ist das ein Witz? - Wir wollen diesen Betrag auf 3 Millionen € jährlich anheben.

**(Karl-Martin Hentschel)**

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Pro Lehrer?)

Wer wie diese Koalition Milliarden für eine Brücke nach Dänemark ausgeben will - Lothar Hay hat das noch einmal thematisiert -, aber nicht bereit ist, davon ein Hundertstel für die notwendigen Aufgaben für die Zukunft unserer Kinder einzusetzen, der hat jeden Sinn für die Relationen verloren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch kleinere Positionen im Haushalt, die einen den Kopf schütteln lassen. Als Beispiel dafür nenne ich die Mittel für die **Entwicklungsarbeit**, also für die Vernetzung der aufopferungsvollen ehrenamtlichen Arbeit in Kirchengruppen, Dritte-Welt-Läden, Schulen und Jugendzentren. Die Finanzierung dieser Arbeit durch die Länder basiert auf vier Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz. Den Großteil der Finanzierung trägt in Schleswig-Holstein sowieso die Nordelbische Kirche. Das Land beteiligt sich mit 50.000 € und zwei halben Stellen, also etwa einem Hunderttausendstel des Landeseinkommens. Diese Mittel wurden nun komplett gestrichen. Es war aber kein Problem, für die Anti-Terror-Datetei des Innenministers kurzerhand zehn neue Stellen zu bewilligen, obwohl die Polizei bereits 1.500 Beamtinnen und Beamte in der Verwaltung hat. Aus dem Koalitionsausschuss hört man, die Streichung der Mittel für die Entwicklungsarbeit sei ein persönliches Anliegen des christlichen Ministerpräsidenten gewesen, weil er diese Leute nicht leiden kann. Das sei nicht verhandelbar gewesen. Deutlicher kann man nicht dokumentieren, wessen Geistes Kind diese Regierung ist.

Ein zweites Beispiel: Frau Merkel lädt in Berlin zum Integrationsgipfel ein. Endlich hat die Union begriffen, dass wir ein Einwanderungsland sind und dass die Ausgrenzung der Flüchtlinge und Einwanderer letztlich uns selber schadet. Das war an einem Sonntag.

Im Alltag in Schleswig-Holstein sieht es anders aus. Da wird die Struktur der **Migrationssozialberatung** gerade in den Zentren, in denen die größte Nachfrage besteht, systematisch zerstört. Angeblich hat man ein neues Konzept; in Wirklichkeit sollen 900.000 € eingespart werden. Angeblich wollen wir doch alle, dass sich diese Menschen integrieren, dass sie Deutsch lernen, eine Ausbildung machen, hier arbeiten, sich vielleicht selbstständig machen und zum Wohle des Landes beitragen. So wird es in Sonntagsreden dargestellt. Aber heute ist Donnerstag und da ist die Welt eine andere. Herr Minister,

so saniert man keinen Haushalt. So schadet man der Zukunft des Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir haben nicht nur einen Alternativhaushalt vorgelegt, sondern auch eine strategische Resolution, die wir zur Abstimmung stellen, denn wir brauchen ein Gesamtkonzept.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie früher die CDU!)

Dazu gehören erstens ein realistischer Plan zur Sanierung der Haushalte und zweitens eine Strategie, die die Finanzierung der wichtigsten Zukunftsaufgaben sicherstellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Plan zur **Sanierung der Haushalte** hat vier Standbeine. Dies sind ganz einfache Standbeine. Erstens sollte es eine umfassende **Verwaltungsreform** von **Land, Kreisen und Gemeinden** geben. Sie soll nach unseren Berechnungen 140 Millionen € bringen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: 500 Millionen €!)

Zweitens fordern wir eine **Budgetierung der Personalkosten** aller Ministerien. Welcher Beamte würde schon erklären, seine Arbeit könnte reduziert werden. Die Haushalte müssen budgetiert werden. Unter der letzten Koalition ist das übrigens getan worden.

(Lothar Hay [SPD]: Mit Ausnahmen, Herr Kollege, wie Sie sicherlich wissen!)

- Es gab auch Ausnahmen. Das ist klar. Der Bildungshaushalt ist immer ausgenommen worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushalte müssen also budgetiert werden. Ich bin im Übrigen wirklich der Auffassung, dass die **Steigerung der Tarife** bis zu 1,5 % jährlich selbst erwirtschaftet werden sollte. Davon soll noch der Bildungshaushalt ausgenommen werden. Es kann nicht sein, dass wir in diesem Zusammenhang weiterhin 90 % der Stellen des Landes, wie gerade aus der Antwort auf die Kleine Anfrage von Frau Heihold zu entnehmen ist, zum Tabu erklären. Das geht überhaupt nicht. So können wir die notwendigen Mittel einfach nicht erwirtschaften. Das weiß der Finanzminister Wiegard am besten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Wir müssen alle **Sach- und Verwaltungskosten** einfrieren, bis der Haushalt saniert ist. Es ist ein Unding, dass dieser Haushalt wieder Steigerun-

(Karl-Martin Hentschel)

gen von Zigmillionen bei den Sach- und Verwaltungskosten aufweist. Das kann gerade in der Situation, in der sich das Land befindet, nicht sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens brauchen wir einen konsequenten **Abbau der Subventionen**. Darüber waren sich alle immer einig. Diese Landesregierung hat die Subventionen gegenüber der Landesregierung von Rot-Grün in einem Umfang gesteigert, der unglaublich ist. Ein solcher Kostensparplan ist erstens realistisch und zweitens machbar. Er entspricht weitgehend den Forderungen des Landesrechnungshofes vom 5. Dezember an den Landtag.

Ich komme jetzt auf die Finanzierung der **Zukunftsaufgaben** zu sprechen. Als Erstes benötigen wir ein Gesamtkonzept zur Finanzierung des Wichtigsten - das ist der **Bildungssektor**. In den kommenden Jahren stehen uns grundlegende Veränderungen bevor: die flächendeckende Einrichtung von Kinderkrippen, die Umsetzung des Bildungsauftrages in den Kindertagesstätten, der Umbau des gesamten öffentlichen Schulsystems und der Ausbau der Hochschulen, um unsere Studentenzahlen endlich auf internationales Niveau zu bringen. Wir brauche dafür ein Gesamtkonzept. Solange wir dieses nicht haben, können wir alle tollen Reden und Presseerklärungen sozusagen in der Pfeife rauchen. Die Menschen im Land, die Erzieherinnen, die Lehrer und die Professoren, haben einen Anspruch darauf, Fakten und Zahlen vorgelegt zu bekommen.

Die zweite Zukunftsaufgabe ist die radikale Konzentration aller Fördermittel des Landes auf die strategischen **Cluster in Forschung und Innovation**. In einem Hochpreisland wie Deutschland werden wir in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts unseren Lebensstandard nur dann halten können, wenn wir alle Kräfte auf Wissen, neue Technologien und Innovationen konzentrieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Längst lebt auch Schleswig-Holstein nicht mehr nur von der Landwirtschaft und den Werften. Längst lebt auch dieses Land von Tausenden von kleinen, mittleren und auch einigen größeren Firmen, die in den Zukunftsclustern Medizintechnik, Meerestechnik, Kommunikationstechnik und vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien neue Produkte auf den Markt gebracht haben, die Dienstleistungen anbieten, Wertschöpfung in unser Land bringen und Arbeitsplätze schaffen. Der frühere Chefökonom der Weltbank, Nicholas Stern, hat gerade vorgechnet, dass die Bewältigung der Klimaveränderung nicht nur die größte Herausforderung dieses

Jahrhunderts, sondern auch die größte Chance für Industrien und neue Arbeitsplätze ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer heute noch glaubt, er könne im Land herumfahren und bei den Bürgermeistern Geschenke verteilen, verspielt leichtsinnig die Zukunft dieses Landes.

Als Drittes brauchen wir eine **nachhaltige Umwelt- und Landwirtschaftspolitik**, und zwar nicht nur deshalb, weil die Grünen für den Schutz der Umwelt eintreten, sondern auch deshalb, weil dies einer der wichtigsten Posten ist, bei dem Gelder umgeschichtet werden können. Machen Sie sich klar, dass zwei Drittel aller Subventionen in Schleswig-Holstein immer noch ohne wesentliche Auflagen als Direktsubventionen in die Landwirtschaft fließen! Wir müssen mit einer Agrar- und Umweltpolitik Schluss machen, die allein vom Bauernverband bestimmt wird. Wir müssen damit Schluss machen, Unsinniges zu fördern und anschließend teuer zu korrigieren. Die **Europäische Union** hat für ein solches Umsteuern die Voraussetzungen geschaffen. Die Regierung von Tony Blair in Großbritannien hat als Erste die Zeichen der Zeit erkannt und beginnt umzusteuern.

Diese Landesregierung muss aufhören, sich an alte Strukturen zu klammern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ein Ministerpräsident, der immer noch von den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts träumt, kann dieses Land nicht in die Zukunft führen.

Neulich waren Herr Wengler, Herr Höppner, Herr Klug und ich in Oldenburg in einem Gymnasium eingeladen. Wir wurden gefragt, wie wir zu den Gehaltskürzungen für die Lehrerinnen und Lehrern standen. Herr Wengler erläuterte, wie hoch die Verschuldung ist, und sagte, dass Rot-Grün daran schuld ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das fand keiner besonders gut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es ist trotzdem richtig!)

Es gab also keinen Beifall. Herr Höppner erläuterte, dass auch er keine Alternative sehe. Das fand auch keiner gut. Herr Klug sagte, er halte die Kürzungen für falsch; die FDP würde die Steuermehreinnahmen lieber den Beamten geben. Das fanden alle gut.

(Heiterkeit)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Ich hätte sicherlich unter sehr viel Beifall das Gleiche sagen können wie Herr Klug. Angesichts von 20 % Neuverschuldung finde ich es aber unredlich, auf die populistische Trommel zu hauen. Ich bin nicht damit einverstanden, dass die Regierung die nötigen Verwaltungsreformen um Jahre verschiebt. Ich bin nicht damit einverstanden, dass die Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen geht, die das Geld wieder bei Kindertagesstätten, Schulen und Eltern einsparen müssen. Ich kann mich aber nicht hinstellen und sagen, die Kürzung des Weihnachtsgeldes sei falsch. Als ich dies in Oldenburg sagte, herrschte tiefes Schweigen im Saal. Eine Schülerin fing dann aber an zu klatschen und danach klatschten viele, auch viele Lehrerinnen und Lehrer. Ich finde, so etwas macht Mut.

Wir werden heute für die **Kürzungen im Beamtenbereich** stimmen. Bei der namentlichen Abstimmung über die Kürzungen bei den **Kommunen** werden wir aber gegen die Kürzungen stimmen, weil wir die Kürzungen in dieser Höhe nicht für vertretbar halten.

Ich habe mir in den Jahren unserer Regierung natürlich auch gewünscht, dass ein CDU-Abgeordneter den Mut gehabt hätte zu sagen, es sei falsch, den Menschen ununterbrochen das Blaue vom Himmel zu versprechen. Die rot-grüne Sparpolitik ist im Grunde richtig.

Das Gegenteil war leider jahrelang der Fall.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erinnere mich noch an die wahnsinnigen Haushaltsreden des heutigen Landtagspräsidenten, der hier losgepeitscht hat, wie unmöglich wir den Leuten das Geld aus der Tasche zögen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

Meine Fraktion wird jedenfalls nicht das Gleiche machen. Wir werden auch in der Opposition solide und verantwortbare Haushaltspolitik machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das würde mich wundern!)

Wir wollen bei der nächsten Landtagswahl gewinnen und wir werden auch wieder regieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir wollen die Wahl nicht mit Lügen gewinnen, wie es die CDU gemacht hat.

(Unruhe)

Wir formulieren deshalb eine klare und eindeutige Alternative: Mehr Geld für die Bildung und für Zu-

kunftsinvestitionen, weniger Verwaltung und weniger Subventionen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Fast auf den Tag genau vor 20 Jahren erklärte der damalige SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer im Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtages, dass er bei der Schlussabstimmung erstmals dem Landeshaushalt zustimmen werde. Er sagte:

„Ich hätte gern hier in diesem Hohen Hause das skandinavische Prinzip, wonach man um Änderungsanträge hart kämpft, zuletzt aber doch geschlossen für den Haushalt stimmt, weil man ja einen Haushalt haben muss.“

Er fügte hinzu:

„Dieses Prinzip dringt nicht durch, das wollen Sie nicht, also muss ich mir Jahr für Jahr überlegen, wie ich abstimme. Das bedeutet: Wenn etwas Wesentliches angenommen und somit im Haushalt ist, muss ich die Verantwortung tragen und auch einmal Ja sagen.“

Genauso beurteilte er den Haushalt für das Jahr 1987. In der Regionalpolitik, der Wirtschaftspolitik sowie bei der Gleichberechtigung der Kulturen sei man vorangekommen, trotz aller gesellschaftspolitischen Unterschiede zwischen dem SSW und der damals amtierenden Landesregierung. Nun kann man zu Recht einwenden, dass seit 1987 viel Wasser den Berg hinuntergelaufen ist

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben doch gar keine Berge!)

und dass an dem alten Spruch von Groucho Marx etwas dran sein könnte: Ich habe eiserne Prinzipien; wenn sie Ihnen nicht gefallen, habe ich auch noch andere.

Dennoch wird der SSW bei der Schlussabstimmung dem Landeshaushalt wieder einmal zustimmen. Wir tun dies, weil wir weiterhin davon überzeugt sind, dass es unsere parlamentarische Demokratie stärken würde, wenn in der politischen Auseinandersetzung um den Haushalt zum einen auch deutlich wird, dass Regierungs- und Oppositionsparteien sehr wohl aufeinander zugehen können. Zum anderen

**(Anke Spoorendonk)**

brauchen wir meines Erachtens viel mehr Kontinuität in der Haushaltspolitik des Landes, als es mit der in Deutschland gelebten politischen Kultur derzeit möglich ist.

(Beifall beim SSW)

Wir brauchen unter anderem Leitlinien, die über eine Legislaturperiode hinaus wirksam sind. Wer in der letzten Legislaturperiode mit dem Finanzausschuss in Kopenhagen war, weiß ganz genau, was ich meine. Denn in **Dänemark** ist der heutige Aufschwung so zustande gekommen. Das kann aber nur funktionieren, wenn sich alle Fraktionen solchen Leitlinien gegenüber verpflichtet fühlen. Entschließungsanträge, wie von den Grünen eingebracht, helfen uns nicht weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, schade, dass Sie sich für diesen Weg entschieden haben. Ich habe nämlich noch im Ohr, wie wir früher gemeinsam solche Anträge - damals eingebracht von der CDU - kritisiert und abgelehnt haben.

Daher sage ich für den SSW: Wir haben das Ziel, konkrete Änderungen am Landeshaushalt vorzunehmen, sei es durch eigene Anträge, sei es dadurch, dass wir Maßnahmen unterstützen, die mit den politischen Vorstellungen des SSW übereinstimmen. Dabei identifizieren wir uns mit dem Gesellschaftsmodell der skandinavischen Länder. Zum Erfolg dieses Gesellschaftsmodells gehört - viele OECD-Statistiken belegen ja, dass wir es mit einem Erfolgsmodell zu tun haben -, dass es einerseits von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit lebt, andererseits ein hohes Maß an gesellschaftlicher Solidarität einfordert. Dass sich diese Werte auch in der politischen Kultur niederschlagen, versteht sich von selbst.

In Klammern bemerkt füge ich hinzu, dass das dänische Parlament gestern auch in diesem Jahr den Haushalt des Landes mit einer ganz breiten Mehrheit bei nur zehn Gegenstimmen in der Schlussabstimmung beschlossen hat, einschließlich der Stimmen der Sozialdemokraten, der größten Oppositionspartei.

Für den SSW ergibt sich daher jedes Jahr nach der ersten Lesung des Haushaltes die entscheidende Frage, ob die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen bereit sind, zumindest in einigen Bereichen der Kritik der Opposition zu folgen und natürlich insbesondere den Forderungen des SSW entgegenzukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „der Aufschwung ist endlich da“, hieß es neulich in einer großen deutschen Sonntagszeitung. Und es stimmt ja: Die **Arbeitslosenzahlen** gehen merkbar zurück - bun-

desweit unter die 4-Millionen-Marke - und das Wirtschaftswachstum ist viel höher als erwartet, wobei ich immer noch der Ansicht bin, dass es hauptsächlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die durch Lohnzurückhaltung und Mehrarbeit die Ehre für diesen wirtschaftlichen Aufschwung haben.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich liegen die **Reallöhne** in Deutschland unter dem Niveau von 1991, während sie bei unseren Nachbarn und Konkurrenten in der gleichen Zeit stark angestiegen sind.

Auch Schleswig-Holstein profitiert von dieser Entwicklung, die sich bis in den Norden des Landes hin bemerkbar gemacht hat. Der Ministerpräsident wies letzte Woche in Flensburg auf einer IHK-Konferenz zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit darauf hin, dass der Arbeitsamtbezirk Flensburg mit einem Rückgang von über 20 % bei den Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahr in Schleswig-Holstein an der Spitze liegt. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass sich die Anzahl der **Grenzpendler**, insbesondere der Deutschen, die in Dänemark arbeiten, in diesem Jahr von circa 3.000 auf 7.000 erhöht hat.

Das heißt, dass der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Region um Flensburg zu einem großen Teil auf den Boom in Dänemark zurückzuführen ist.

Den Menschen, die eine Beschäftigung nördlich der Grenze gefunden haben, ist dies natürlich egal. Für uns als verantwortliche Politiker ist es aber sehr wohl von Bedeutung und entscheidend, dass auch auf der deutschen Seite der Grenze die wirtschaftliche Entwicklung in Gang kommt. Denn wir wissen ja, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Es gibt eine Goldgräberstimmung, die nicht ganz gesund ist. Man erkennt die Probleme, wenn man daran denkt, dass jetzt wieder Diskussionen über die Zukunft des Motorola-Werkes in Flensburg aufgekommen sind.

Deshalb freue ich mich darüber, dass der Ministerpräsident in seiner Rede festgestellt hat, dass Schleswig-Holstein seine Arbeitslosigkeit nicht exportieren darf. Vielmehr müssen wir uns im Norden selbst unsere wirtschaftlichen Perspektiven erarbeiten, natürlich in Zusammenarbeit mit unserem Partner in der Region Syddanmark.

Diese Erkenntnis der Landesregierung spiegelt sich unserer Meinung nach auch in den fünf vorgeschlagenen Leuchtturmprojekten zur **deutsch-dänischen**

(Anke Spoorendonk)

**Zusammenarbeit** wider. Wir sehen diese Projekte als ersten Schritt, endlich auch eine nachhaltige Entwicklung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hinzubekommen. Die Leitprojekte geben gute Ansätze her, um ein Zusammenwachsen der Hochschulen sowie der Wirtschafts- und Verkehrsräume zu fördern. Dazu gehören zum Beispiel auch Investitionen in die Erweiterung und Sanierung der Bahnstrecken Niebüll-Dagebüll und Niebüll-Tønder, was der SSW seit Jahren fordert.

Kiel hat unserer Meinung nach lange geschlafen, wenn es um Kooperationsmöglichkeiten in der **Region Schleswig-Sønderjylland** ging. Diese Landesregierung scheint endlich verstanden zu haben, dass die Zukunft des nördlichen Landesteils entscheidend von einer besseren grenzüberschreitenden Entwicklung abhängt. Wir hoffen, dass das Land jetzt auch insgesamt eine aktivere Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spielen wird. Der für nächstes Jahr angekündigte Kooperationsvertrag mit der Region Syddanmark deutet zumindest darauf hin, dass dies geschehen wird.

(Lothar Hay [SPD]: Hoffentlich nicht wieder auf den Ochseninseln!)

- Nein, lieber Kollege Hay, das ist ja schon dagewesen, das muss man nicht wiederholen.

Wir erwarten, dass dies nur der Anfang einer neuen Ära in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit sein wird. Zukünftig wird sich die Landesregierung aber auch in anderen Bereichen, etwa in der **Kulturpolitik**, stärker einbringen müssen. Mit der Erhöhung der Zuschüsse für Folk Baltica zur finanziellen Absicherung des Festivals, das ja eines der kulturellen Leuchttürme des Grenzlandes ist - es gibt noch ein grenzüberschreitendes Orgelfestival und ein Kinderkulturfestival -, haben die regierungstragenden Fraktionen ein weiteres positives Zeichen gesetzt.

(Beifall)

Vor einem Jahr noch war der SSW sehr skeptisch - um es einmal diplomatisch zu formulieren -, ob die Große Koalition überhaupt gewillt war, auf die Forderungen des SSW für den nördlichen Landesteil einzugehen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir im November letzten Jahres eine Diskussion über **Nordstaat** und Metropolregion Hamburg führten, die uns ziemlich bedenklich stimmte. Unsere ersten Erfahrungen waren nicht gerade positiv und ich kann weitere Stichworte nennen, nämlich Ausbau des Husumer Hafens, Science Center und Phänomenta und die geplante Fusion der Universitäten Flensburg und Kiel. Ich will aber redlich sein, seit-

her kann man, wie ich glaube, zu recht, frei nach Galilei, sagen: „Und sie bewegt sich doch.“ Damit meine ich, dass sich die Landesregierung in diesem Herbst in einigen Bereichen, die dem SSW besonders am Herzen liegen, in die richtige Richtung bewegt hat. Das gilt neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zum Beispiel für die **Förderung des ländlichen Raumes**, es gilt auch für den Küstenschutz, sodass das berechtigte Interesse der Menschen an der Westküste für einen sicheren **Küstenschutz** weiterhin gewahrt bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Dass es durch einen Änderungsantrag von CDU und SPD zu einer weiteren Aufstockung beim Küstenschutz gekommen ist, leider zulasten der Dorferneuerung - wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Insgesamt ist die Landesregierung mit diesen Maßnahmen ihrer Verantwortung für die ländlichen Räume und für den nördlichen Landesteil zumindest mehr gerecht geworden, als es sich in der ersten Lesung des Haushaltes noch abzeichnete. Ich denke, das ist der Maßstab, nach dem wir den Haushalt 2007/2008 bewerten werden.

Die Landesregierung hat sich auch bei der **Frauenförderung** bewegt. Zum einen bekommen die Frauenberatungsstellen in den nächsten beiden Jahren mehr Mittel als ursprünglich geplant, zum anderen ist die Finanzierung der Beratungsstellen „Frau und Beruf“ durch EU-Mittel gesichert worden. Genau wie bei der Rücknahme der Kürzungen bei den Alphabetisierungsmitteln sind CDU und SPD hier also dem SSW entgegengekommen.

Insbesondere ist uns aber wichtig, dass die Landesregierung trotz der großen finanziellen Probleme des Landes an der **finanziellen Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit** ab dem Jahr 2008 festhält. Dafür haben wir schließlich jahrelang gekämpft. Der SSW begrüßt weiter, dass die Landesregierung im Haushalt keine Kürzungen bei Organisationen der nationalen Minderheiten vorgenommen hat. Wir wissen also zu würdigen, dass der **Minderheitenbereich** einer der wenigen Bereiche ist, der nicht von Einsparungen betroffen ist. Hinzu kommt, dass CDU und SPD bei der Finanzierung eines **Bücherbusses** - ich weiß, das ist nur eine Präzisierung, mehr nicht -, aber auch bei der Erhöhung der Zuschüsse für das **Nordfriisk Instituut** entgegengekommen sind. Wir sehen dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Ausdruck dafür, dass sich auch diese Regierungskoalition zur Bedeutung unserer gemeinsamen Minderheitenpolitik bekennt.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Begrüßenswert ist daher auch, dass sich Schleswig-Holstein und Sachsen - leider vergeblich, wie mir gesagt wurde - darum bemühen, die europäische Dimension der Minderheitenpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu thematisieren. Es freut uns, dass die Landesregierung stattdessen im nächsten Frühjahr eine Veranstaltung zum Thema Minderheitenpolitik in Brüssel initiieren wird. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass Minderheitenpolitik zu den Säulen der schleswig-holsteinischen Landespolitik gehört. So steht es in der **Landesverfassung** und so soll es unserer Meinung nach auch bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der Mehrwertsteuererhöhung scheint sich der wirtschaftliche Aufschwung auch im nächsten Jahr fortzusetzen. Auf Schleswig-Holstein bezogen gehen die Experten von einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit aus. Nach Angaben des Chefs der Regionaldirektion Nord rechnet man für Oktober 2007 mit weniger als 110.000 **Arbeitslosen**. Das entspricht in etwa einer Quote von 8 %. Nebenbei bemerkt, bei meinen Geschichtsstudien habe ich eine Zahl gesehen, die auch ein bisschen bedenklich stimmte. Gesagt wurde nämlich bei den Haushaltsberatungen 1986, dass man damals in Schleswig-Holstein eine Arbeitslosigkeit von knapp 110.000 Menschen hatte. Das muss man einmal im Kopf bewegen.

Zurück zur Gegenwart! Wenn man bedenkt, dass allein bedingt durch den diesjährigen **Aufschwung** die letzte Steuerschätzung zu **Mehreinnahmen** für das Land in Höhe von mehreren hundert Millionen geführt hat, dann sieht man, wie wichtig der Rückgang der Arbeitslosigkeit auch für die Sanierung des Landeshaushaltes ist.

Durch die Politik der Haushaltskonsolidierung sind die **öffentlichen Investitionen** weiterhin auf einem rekordverdächtigen Niedrigwert. So planen wir den Haushalt mit einer Investitionsquote von 9,4 % für 2007 und 8,6 % in 2008. Damit liegen die Investitionen leider immer noch weit unter der öffentlichen Neuverschuldung, was den Haushalt zum wiederholten Male verfassungswidrig macht. Die geplanten Investitionsausgaben liegen zwischen 780 Millionen € und 720 Millionen €, während die Nettokreditaufnahme circa 1,1 Milliarden € für 2007 und circa 1,2 Milliarden € für das Jahr 2008 beträgt.

Andere **Eckwerte** des Haushaltes 2007/2008 sind allerdings schon ein Schritt in die richtige Richtung. So steigen die Personalausgaben trotz der

Kürzung der Sonderzahlungen etwas an, allerdings sinkt die Personalausgabenquote von 38 % im Jahr 2006 auf 37 % im Jahr 2008. Auch die Kreditfinanzierungsquote sinkt von 19 % im Jahr 2006 auf 14 % im Jahr 2008, dennoch bleibt sie auf einem sehr hohen Niveau, und die Zinsausgaben des Landes steigen daher auf über 12 % im Vergleich zu den Nettoausgaben. Vor diesem Hintergrund plädiert der SSW dafür, dass wir nicht durch eine zu restriktive Finanzpolitik die Konjunktur wieder abwürgen. Der von der Landesregierung aufgelegte Schleswig-Holstein-Fonds und das Nachfolgeprogramm Zukunftsprogramm Wirtschaft setzen zwar positive Investitionseffekte in Gang, aber in anderen Bereichen könnte man finanzpolitisch effektiver agieren.

Zwar kann man verstehen, dass Finanzminister Wiegard die gesamten zusätzlichen **Steuereinnahmen** zur Senkung der Nettoneukreditaufnahme verwenden will - das ist schließlich sein Job als Finanzminister -, allerdings wundere ich mich doch darüber, wie der gleiche Finanzminister eine weitere Senkung der Unternehmensteuern befürworten kann, die doch auch dazu führen wird, dass sich eine erneute Deckungslücke im Landeshaushalt auftut. Die Erfahrungen mit der letzten Steuerreform, die die öffentlichen Haushalte fast 650 Milliarden € Einnahmen jährlich gekostet hat, sollten eigentlich Warnung genug sein.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ich muss auch noch einmal sagen, dass wir genau verfolgen konnten, wie die Zinsausgaben des Landes nach der Unternehmensteuerreform sprunghaft anstiegen. Auch da sollte man aus der Geschichte lernen. Wir appellieren daher an CDU und SPD, die beiden härtesten Entscheidungen in diesem Doppelhaushalt - das bezieht sich auf die Finanzpolitik, wo wir sagen, man müsse versuchen, den Konsum und damit die Binnenkonjunktur nicht gleich wieder abzuwürgen - noch einmal zu überdenken, nämlich die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und die Streichung der Sonderzahlung an die Landesbediensteten. Durch die Steuermehreinnahmen ist es aus unserer Sicht zu vertreten, den Betroffenen in diesen Fragen entgegenzukommen. Dies hätte auch einen positiven Einfluss auf die schleswig-holsteinische Binnenkonjunktur, da die zusätzlichen Mittel für die kommunalen Haushalte und auch das Weihnachtsgeld der Beamten direkt in den Konsum gehen und somit für zusätzliche Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs sorgen würden.

Ich will die Argumente hier nicht noch einmal breittreten, nur so viel dazu: Der Eingriff in den

(Anke Spoorendonk)

**kommunalen Finanzausgleich** ist aus Sicht des SSW nicht zu gerechtfertigen.

(Beifall beim SSW)

Aus unserer Sicht hätte man erst über Aufgabenkritik, Aufgabenreduzierung und Kompensationen mit den Kommunen verhandeln müssen, um dann zu einer Reduzierung des kommunalen Finanzausgleiches zu kommen. Ich hatte auch gedacht, dass wir dies aus der Geschichte gelernt haben, und habe auch noch im Ohr, wie die Diskussionen um den letzten Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich gelaufen sind. So sollte es aber nicht sein und darum sagen wir, das ist nicht hinnehmbar, so kann man nicht miteinander umgehen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich glaube, dass dieser Beschluss das Vertrauensverhältnis zwischen der Landesregierung und den Kommunen nachhaltig schädigt. Auch für die wichtigen Verwaltungsstrukturereformen ist dies kein gutes Omen.

Das Gleiche gilt für die Streichung des **Weihnachts- und Urlaubsgeldes** bei den Landesbediensteten. Ich habe es schon oft gesagt und wiederhole es gern: Das hat nichts mit einer modernen und zukunftsweisenden Personalpolitik zu tun.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Man muss sich also die Frage stellen, wie die Landesregierung in Zukunft noch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren will. Ich will noch einmal hinzufügen: Der Beamtenbund kann darauf verweisen, dass ihm der Finanzminister dieses Landes noch im Dezember letzten Jahres einen Brief geschrieben hat, aus dem deutlich hervorging, dass keine weiteren Kürzungen anstehen. Ein halbes Jahr später kommt es trotzdem so. Das ist Vertrauensbruch und nicht zu akzeptieren. Wir werden in den Einzelabstimmungen also gegen diese Maßnahmen stimmen und die entsprechenden Vorschläge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen.

Wir werden auch den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen, der vorsieht, dass sich die Eltern nicht mit 30 % an den **Kosten der Schülerbeförderung** beteiligen sollen. Dieser Vorschlag der Koalitionsfraktionen, der insbesondere die Kreise finanziell entlasten soll, benachteiligt die Familien aus dem ländlichen Raum, die auf die Beförderung ihrer Kinder angewiesen sind.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir vertreten die Auffassung, dass Schülerbeförderung weiterhin eine öffentliche Aufgabe ist und dass Eltern nicht über Gebühr finanziell belastet werden dürfen.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hören wir bereits heute, dass Teile der Industrie und des Handwerks - besonders auch im deutsch-dänischen Grenzland - darüber klagen, dass sie nicht mehr genügend Facharbeiter bekommen können. Es droht ein **Facharbeitermangel** in Deutschland und das bei knapp 4 Millionen Arbeitslosen und vielen Langzeitarbeitslosen. Die Kehrseite der aktuellen Entwicklung ist also, dass sich wirtschaftlicher Aufschwung und Massenarmut sowie berufliche Perspektivlosigkeit nicht ausschließen. Das darf man trotz aller Freude über die guten Wirtschaftsdaten nicht vergessen. Denn auch die Einkommensschere driftet immer weiter auseinander. Das **Kaufkraftpotenzial** der abhängig Beschäftigten beträgt gemessen an der Nettolohnquote nur noch rund 41 % des privat verfügbaren Volkseinkommens und ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1960. Es gibt also immer mehr Kinder, deren Eltern sich von Hartz IV oder Ein-Euro-Jobs ernähren müssen.

Der DGB-Bezirk Nord verweist in seiner Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung über die **Ein-Euro-Jobs** auf diese vielfältige Problematik, die sich durch diese Art von Beschäftigung ergibt und auf die fehlenden Eingliederungsperspektiven für diese Jobs.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus Sicht des SSW ist der große Anstieg von Ein-Euro-Jobs wirklich eine fatale Entwicklung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen deshalb unbedingt auch einen **Mindestlohn** - wir sagen, einen verhandelten Mindestlohn -, der mindestens bei 7,50 € pro Stunde liegen sollte.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber das ist nur die finanzielle Seite. Viel schlimmer ist das fehlende oder mangelnde Ausbildungs- und Weiterbildungsniveau vieler von Arbeitslosigkeit betroffener Bürgerinnen und Bürger.

Leider gibt es auch in Schleswig-Holstein zu viele Menschen, die sich schon selbst aufgegeben haben.

(Anke Spoorendonk)

So gibt es nach Angaben der **Arbeitsagentur** mindestens 15.000 Arbeitslose, die zwar erwerbsfähig, aber - wie es so schön heißt - nicht marktfähig, also nicht oder **schwer vermittelbar** sind. Auch die Quote der Langzeitarbeitslosen ist immer noch erschreckend hoch. Dahinter verbirgt sich viel zu oft, dass wir es bei Arbeitslosen mit Menschen ohne Berufsqualifikation zu tun haben.

Die viel zu hohe **Quote der Langzeitarbeitslosen** ist aus Sicht des SSW ein Systemproblem und damit gesellschaftspolitisch betrachtet überhaupt nicht hinnehmbar. Nach jeder Konjunkturkrise in den letzten 30 Jahren ist die Sockelarbeitslosigkeit weiter angestiegen und keiner hat sich ernsthaft um diese Menschen gekümmert. Es ist zwar löblich, dass sich Arbeitsminister Döring im nächsten Jahr mit dieser Problematik beschäftigen wird, aber der SSW vermisst weiterhin den großen Wurf und eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Auch die Arbeitgeber müssen sich bewegen. Sie können nicht andauernd nach dem Staat rufen und selbst die Aus- und Weiterbildung vernachlässigen. Letztlich wird es die Wirtschaft selbst treffen, wenn sie nicht genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommt. Zwar wird es in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren viele **EU-Programme** geben, die sich an den Kriterien des Lissabon-Prozesses orientieren. Es fehlen aber in diesem Zusammenhang der Überblick und die Koordination zwischen den verschiedenen staatlichen und wirtschaftlichen Stellen. Nur so werden wir für alle gesellschaftlichen Schichten eine breite Qualifizierungswirkung erzielen.

Aus Sicht des SSW ist das eine ganz entscheidende und wichtige Aufgabe für den Rest dieser Legislaturperiode und für die kommenden Jahre. Wir müssen - nicht nur, wenn es um grenzüberschreitende Zusammenarbeit geht, sondern insgesamt - diese **Qualifizierungsbarrieren** aufbrechen und auch, Lars Harms

(Lars Harms [SSW]: Ich hatte damit nichts zu tun! - Heiterkeit)

- Hartz IV - das wird aus dem Protokoll gestrichen, lieber Kollege - hat leider nicht die wirkliche Wende gebracht, weil sich die Ausgestaltung der Gesetze zu viel auf das Fordern und viel zu wenig auf das Fördern konzentriert hat.

Für den SSW ist klar, dass die Weichen für die berufliche Zukunft unserer Kinder schon im Kindergarten und in der Schule gestellt werden. Wir hatten gestern eine Debatte zur anstehenden Schulreform. Ich sage noch einmal: Für den SSW ist die Einfüh-

rung der **Regionalschule** - also die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule - weder Fisch noch Fleisch. Wir hätten uns gewünscht, dass man diesen Zwischenschritt gestrichen hätte.

Wir wissen auch von entsprechenden Analysen internationaler Experten, dass das Modell des gegliederten Schulsystems ein Auslaufmodell ist. Wir hätten lieber eine Schulreform aus einem Guss.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum werden wir auch in der Einzelabstimmung den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich der Lehrerfortbildung unterstützen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder Fisch noch Fleisch ist auch die **Hochschulpolitik** des Landes. Wir werden diese Diskussion auch Anfang nächsten Jahres weiterführen. Deshalb begrüßt der SSW zunächst einmal, dass sich die SPD in der Frage der **Studiengebühren** durchgesetzt hat, nicht nur, weil es letztlich um soziale Gerechtigkeit geht, sondern weil wir grundsätzlich der Auffassung sind, dass es zu den Merkmalen unseres Sozialstaates gehören muss, dass Bildung kostenfrei ist und dass wir diese Studiengebühren nicht haben wollen und auch nicht brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sowohl über das neue Schulgesetz als auch über das neue Hochschulgesetz wird Anfang des nächsten Jahres entschieden. Wir werden diese Diskussion noch miteinander führen. Für die Entscheidung über den Haushalt 2007/2008 spielt dies alles jedoch nur eine nachgeordnete Rolle, da beide Gesetze erst in den kommenden Jahren ihre Wirkung entfalten werden.

Im Umweltbereich begrüßen wir, dass CDU und SPD unsere Forderung nach einer Fortsetzung der finanziellen Unterstützung für das **Freiwillige Ökologische Jahr** auch nach 2008 sichergestellt haben.

(Beifall beim SSW)

Ein anderer Punkt im Umwelthaushalt gefällt uns dagegen überhaupt nicht. Wir werden die erneute Senkung der Zweckbindung bei den Einnahmen aus der **Grundwasserentnahmeabgabe** auf 50 % nicht mittragen und werden das auch bei den Einzelabstimmungen deutlich machen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Anke Spoorendonk)**

Wir waren schon im letzten Jahr dagegen, dass diese Zweckbindung auf 65 % abgesenkt wurde.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere Senkung würde bedeuten, dass man gar nicht mehr von einer Abgabe sprechen kann, sondern eher von einer Steuererhöhung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nichts gegen Steuererhöhungen, aber dann sollte das nicht über die Senkung der Zweckbindung von Abgaben geschehen. Wir werden den Einzelplan 13 insgesamt ablehnen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte eigentlich noch etwas mehr über die Änderungsanträge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen. Wir werden insgesamt diesen Anträgen nicht zustimmen können, weil wir doch eine andere Zielrichtung verfolgen. Ich will jetzt nicht noch einmal etwas zu der „Sparüberbietungspolitik“ der Grünen in dieser Haushaltsberatung ausführen. Ich bin ein wenig enttäuscht darüber, dass Ihnen das, was wir an den Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer so schätzen, nämlich der finanzpolitische Realitätssinn, irgendwie abhanden gekommen ist.

(Beifall bei SSW und FDP)

Herr Präsident, das ist meine letzte Bemerkung: Das Land braucht einen Haushalt, damit sich die Räder der Lokomotive Schleswig-Holstein auch in den nächsten beiden Jahren drehen können. Über den Kurs der Lokführer von CDU und SPD werden wir uns weiterhin trefflich mit Ihnen streiten. Wir werden aber, wie gesagt, in der Schlussabstimmung dem Haushalt zustimmen, denn wir wollen, dass unserer gemeinsamen Lokomotive ordentlich eingeheizt wird.

(Beifall bei SSW und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen und die Regierung haben sich darauf verständigt, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten und der Ministerpräsident pünktlich um 15 Uhr zum Haushalt reden wird. Deshalb wird die Sitzung um 14.59 Uhr wieder eröffnet werden.

(Unterbrechung: 12.45 bis 15:00 Uhr)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren fort mit der zweiten Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, das Wort. - Herr Ministerpräsident, bitte.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sehr früh angefangen, Herr Präsident.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Punkt drei! Das ist üblich so nach der Mittagspause!)

- Jetzt ist es Punkt drei. Es ist eben das Problem der FDP, dass Sie auch mit kleinen Zahlen nicht umgehen können, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das entscheiden nicht Sie, sondern die Uhr!)

- Das Entscheidende ist die Uhr. Die Uhrzeit ist sehr objektiv, Herr Kollege Kubicki. Weil ich an sich ein pünktlicher Mensch bin, wollte ich Ihnen das nur sagen. Es macht auch nichts. Sie können Ihre Uhr wieder stellen. Auch in einigen anderen Dingen, Herr Kollege Kubicki und liebe Kollegen von der FDP, werden Sie, nach dem, was ich gehört habe, Ihre politische Uhr neu stellen müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir schützen Kor-morane!)

Ich hatte Hoffnung, als Kollege Kubicki anfang und sagte, dass es bei dieser Beratung nicht zu einem Ritual kommen werde. Natürlich kommt man da schwer heraus. Es macht auch gar nichts, dass eine Haushaltsdebatte dazu dient, das eine oder andere noch einmal vorzuwerfen und viele andere Dinge hineinzubringen und zu sagen, alles andere ist nicht richtig, oder das, was dort gemacht wird, ist nicht richtig, und was wir machen, ist richtig. Normalerweise gehört zu diesem Ritual, dass der Ministerpräsident oder die Minister dann auch darauf eingehen, was von der Opposition gesagt worden ist und was dort richtig und was falsch ist. Ich bin in einer kleinen Schwierigkeit,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

- ja - weil Sie es schon selbst übernommen haben. Die FDP hat gesagt, was bei den Grünen alles falsch ist, die Grünen haben gesagt, was bei der FDP alles falsch ist. Wohltuend anders war die Rede von Frau Spoorendonk, die allerdings zum

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Schluss gesagt hat, bei den Grünen und bei der FDP sei einiges falsch.

(Heiterkeit)

Insofern kann ich mir das schenken. Es waren sehr unterschiedliche Reden, aber, liebe Frau Kollegin Spoorendonk, bei Ihnen und auch bei den Grünen mit viel Sachlichkeit, wobei ich auf einige Punkte sicherlich eingehen werde.

Zur FDP! Lieber Herr Kubicki, ich habe mich, als Sie die Frage in den Raum stellten, was denn die Menschen zu der Politik sagen, gefragt, mit wem Sie draußen eigentlich sprechen.

(Lothar Hay [SPD]: Er spricht mit denen!)

Sie sollten - das gilt nicht nur für Kubicki, sondern vielleicht auch für andere bei der FDP, weil sie die Information ja durchtragen - einmal auf die Wochenmärkte gehen und nicht immer ungefragt Antworten geben, sondern vielleicht auch einmal fragen, was die Leute denken. Sie sollten vielleicht auch zur Kenntnis nehmen, dass es kürzlich eine Umfrage gegeben hat, nach der gar nicht so wenig mit der Politik dieser Landesregierung einverstanden waren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es waren wesentlich mehr, als Sie vor anderthalb Jahren hätten erwarten können.

Ich habe eine Schwierigkeit auch bei den Haushaltsanträgen der Opposition, insbesondere denen von der FDP, weil mir dort ein Großteil der inneren Logik fehlt. Dort steht, Sie wollen keine Mehrwertsteuererhöhung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Steht nicht in den Haushaltsanträgen!)

Sie sind doch ein pffiger Mann, Sie sind doch einer, Herr Kubicki, der auch in Winkelzügen denken kann. Die Mehrwertsteuererhöhung bedeutet für uns eine Einnahme, die eine Grundlage für die nächsten Haushalte ist. Wenn Sie sagen, Sie wollen die **Mehrwertsteuererhöhung** nicht, egal auf welcher Ebene Sie dies sagen, dann müssen Sie auch gegenrechnen und sagen, dass Sie die Einnahmen nicht bekommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wo steht das in den Haushaltsanträgen? - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist auf anderer Ebene!)

- Es spielt keine Rolle, ob das eine Bundesangelegenheit ist. Sie wollen auf Bundesebene die Mehrwertsteuererhöhung nicht. Auch da sind Sie in der Opposition. Sie können das gern sagen.

Sie wollen hier keine Kürzung der **FAG**-Masse, Sie wollen - jetzt kommen wir wirklich zu den Dingen, die Sie hier gesagt haben - keine Kürzung bei den **Personalausgaben**, aber Sie wollen, dass das Land mehr spart, und gleichzeitig machen Sie Versprechungen, etwa unseren Polizisten, und sagen keinem Menschen, woher das Geld kommen soll. Sie setzen auf das Prinzip Hoffnung. Ich habe Ihnen jetzt zugehört und habe mir gedacht, an sich ist das das größte Lob, das Sie unserer Politik geben. Dass Sie die Hoffnung haben, dass die gute Entwicklung, wie wir sie eingeleitet haben, weitergeht und Sie daher Einnahmen erwarten, um Ihre Ausgaben zu finanzieren, das ist ein Lob unserer Politik. Ich glaube, es wird mit den Einnahmen so weitergehen. Aber wir werden diese Einnahmen weiterhin zur **Schuldensenkung** verwenden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Bei den Grünen geht es um Goodies. Sie wollen Mittel für Wachstum und Beschäftigung, für Forschung und Innovation aus dem **Schleswig-Holstein-Fonds** kürzen. Ich meine, damit kürzt man die Zukunftschancen unseres Landes.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wollten wir gerade nicht kürzen!)

- Doch, Sie wollen da schon kürzen. - Sie haben gesagt, Herr Kollege, der Aufschwung, den wir erleben, sei kein schleswig-holsteinischer Aufschwung, sondern ein bundesweiter Aufschwung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich auch nicht gesagt!)

- Nein, das hat er nicht gesagt, aber das hat er angedeutet.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder ist es jetzt der weltweite Aufschwung? Ich wollte Ihnen ansonsten anbieten - ich treffe heute Abend Angela Merkel -, dieses Lob weiterzugeben, weil wir nämlich auch mit der Großen Koalition in Berlin einen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland haben und wir in Schleswig-Holstein außerordentlich viel daraus machen. Diejenigen, die sich im letzten Jahr beklagt haben, wir würden auf Platz 9 oder 10 der Arbeitslosenstatistik stehen, mögen sich bitte einmal ansehen, dass wir jetzt auf Platz 5 sind. Das sind Sachen, die wir selbst gemacht haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Herr Kollege, ich habe mich über einige Dinge gewundert, die Sie angesprochen haben. Sie haben be-

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

dauert, dass die **Ökoprodukte**, die bei uns auf dem Markt sind, zum großen Teil aus Dänemark und anderen Ländern kommen, und gesagt, wir sollten doch dafür sorgen, dass gerade die Ökoprodukte, die bei uns in Schleswig-Holstein produziert werden, auf unseren Märkten besser vertreten sind. Nun darf ich Ihnen sagen, dass ich von diesem Bereich etwas verstehe. Dies hat damit zu tun, dass Ihre Landwirtschaftsministerin, Frau Künast, seinerzeit erstens dafür gesorgt hat -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer ist das?)

- die Älteren werden sich daran erinnern; das müssen nun nicht gerade Sie sein -,

(Heiterkeit)

dass der hohe Standard von Ökoprodukten in Deutschland auf das europäische Niveau abgesenkt wurde, und zweitens dafür gesorgt hat, dass mit **Subventionen** die Produktion von Ökoprodukten angekurbelt wurde und der Bedarf nicht nachkam, sodass wir in diesem Bereich einen Preisverfall hatten. Diejenigen, die in völlig anderer Art und Weise und mit anderen Standards produzieren, kommen daher bei uns auf den Markt. Wir können uns darüber gern wieder unterhalten. Sie mögen daran sehen, dass der Anreiz von Produktion, ohne über die Nachfrage nachzudenken, in diesen Bereichen zu verheerenden Auswirkungen führt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt in beiden Aspekten nicht! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt mehr Bedarf als Nachfrage! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben Sie gehört? - Alles falsch, also setzen!)

- Ich staune manchmal, wie man sagen kann: Das ist alles falsch.

Wir haben Schweinemastbetriebe und Rinderbetriebe im Bereich der Ökoproduktion, die gut arbeiten. Ich muss mir nur die Käserei bei mir in Markesholz ansehen, die ebenfalls ihre Nische gefunden hat. Aber sehen Sie sich bitte einmal die vielen kleinen Betriebe an, die bei den herrschenden Preisen mit ihrer Produktion nicht mehr über die Runden kommen. Sind Sie denn auch in diesem Bereich von der Wirklichkeit so weit entfernt? Ich nehme Sie gern einmal mit.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht bin ich häufiger bei Bierbauern, Entschuldigung, bei Biobauern, bei Bierbauern auch.

(Heiterkeit)

Also, Herr Kollege, wir müssen uns darüber vielleicht noch einmal gemeinsam unterhalten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssten einmal mit den Biobauern reden! Das läuft gut da! Bloß: Sie brauchen mehr Fläche! Das ist das Problem!)

- Sie brauchen mehr Flächen. Wenn das gut läuft, sollen sie die Flächen doch nehmen. Das ist doch gar kein Problem. Das geht bei anderen doch auch.

Herr Kollege, für eines wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das fehlte noch, dass wir die Umstellungsprämie noch einmal draufgeben, die Produktion erhöhen und weiterhin den Fehler machen, der bei Frau Künast gemacht worden ist!

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Produktion kommt doch gar nicht nach!)

Für einen Punkt wäre ich Ihnen sehr dankbar - ich habe Ihnen das gerade in der Pause auch gesagt -:

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sagt er auch noch, davon versteht er etwas! Da bin ich gespannt!)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Behauptung, es sei zu Kürzungen im Bereich der **Entwicklungshilfemaßnahmen** gekommen, weil ich die Leute dort nicht möge, nicht mehr aufstellten. Erstens kenne ich sie nicht. Zweitens kennen Sie mich offensichtlich nicht und wissen nicht, dass dies für mich kein Kriterium ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist überwiegend die evangelische Kirche!)

- Die mag ich gern. Ich bin einer von denjenigen, die sagen: Wir wollen den Kirchenstaatsvertrag erhalten. Ich mag sie wirklich gern. Mein Schwiegervater war Pastor. Insofern habe ich noch ein bisschen Herzblut darin. Dass die evangelische Kirche in ihrer Arbeit von mir anerkannt wird, ist unbestritten. Ich wäre Ihnen dankbar, auch wenn es nur in dritter Rede oder als Zitat gebracht wird, wenn Sie so etwas nicht sagten. Darüber sind wir uns ja auch einig.

Ich glaube, diese Große Koalition hat gut gearbeitet. Sie wird weiterhin gut arbeiten. Wir halten am Kurs der Konsolidierung fest. Wir wollen wieder Handlungsspielraum haben, um die Aufgaben der Zukunft zu lösen. Wir müssen weg von der Finan-

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

zierung der Vergangenheit. Wir wissen, dass wir uns riesige Aufgaben vorgenommen haben. Das heißt selbstverständlich auch, dass wir uns in der Koalition - deshalb habe ich mich über manche Äußerung gewundert, die besagt, wir hätten in einem Koalitionsausschuss zusammengesessen - häufiger zusammensetzen müssen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaube ich auch!)

Beide Koalitionspartner vertreten stark unterschiedliche Seiten. Sie haben unterschiedliche Parteiprogramme.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Also doch ein Vereinigungsparteitag!)

- Na, so weit sind wir noch nicht. Ich bin auch nicht so weit, Herr Klug, dass ich sage, Entscheidungen seien alternativlos. Es gibt Alternativen. Da hat Ihr Kollege Kubicki recht. Aber manchmal gibt es gute Alternativen und manchmal gibt es schlechte Alternativen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Unsere sind die besseren!)

Die Alternativen, die Sie aufgeführt haben, sind schlechte Alternativen.

Nach der Wahl gab es für uns auch eine Alternative. Ich muss sagen: Ich bin nicht unzufrieden mit der Alternative, mit der wir jetzt 18 Monate gearbeitet haben, weil wir das Land nach vorn gebracht haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das ist auch nicht alternativlos gewesen. Wir haben gemeinsam gearbeitet.

Keiner von uns kann sein Programm 1 : 1 umsetzen. Das wäre mit anderen auch nicht möglich gewesen. Ich halte das in einer Koalitionsregierung für völlig normal. So wäre es bei Rot-Grün, bei Schwarz-Gelb, bei Ampel, bei Jamaika gewesen. Das wäre überall so gewesen. Deshalb bin ich fest davon überzeugt: Es kommt bei den aktuellen Fragen, die wir beantworten wollen, nicht auf die schnellste Antwort an, sondern auf die beste.

(Konrad Nabel [SPD]: Ja, genau! - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns - Ideologie hin, Ideologie her - wichtigen Zukunftsfragen zu stellen, und zwar ganz pragmatisch. Wir finden hier auch die richtigen Antworten.

Die **demografische Entwicklung** zwingt uns zum Handeln. Das gilt gerade in unserem Flächenland für den ländlichen Raum. Ich will einmal das Beispiel **Schule** nehmen. Wir haben etwa 44.000 Schülerinnen und Schüler an der Hauptschule. Im Jahr 2020 werden es nur noch 30.000 sein. Wir haben etwa 66.000 Schülerinnen und Schüler an der Realschule. Im Jahr 2020 werden es nicht einmal mehr 50.000 sein. Das ist ein Rückgang von zusammen mehr als 30.000. Was diese Entwicklung für den ländlichen Raum bedeutet, kann sich jeder schon an fünf - dazu braucht er keine zehn - Fingern abzählen.

Die Koalitionspartner haben mit der **Regionalschule** eine verantwortungsvolle Lösung gefunden. Den Weg in das zweigliedrige Schulsystem gehen wir übrigens nicht allein. Acht Länder sind uns dort voraus. Selbst in Bayern laufen die Diskussionen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Es gibt keinen schleswig-holsteinischen Sonderweg, sondern pragmatische Schritte, die den Menschen im Land nutzen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, das Jahr 2006 neigt sich dem Ende zu. Da mag es auch erlaubt sein, einmal zurückzublicken. Wer das macht, kann sagen: Schleswig-Holstein hat ein gutes Jahr hinter sich. Wir haben das Land wieder auf Erfolgskurs gebracht. Das lässt sich an verschiedenen Faktoren ablesen. Die deutlichste Sprache sprechen die **Wirtschaftsdaten**. Die schönste Wirkung für mich - auch zu Weihnachten - ist wohl die, dass endlich auch der Arbeitsmarkt wieder vom kräftigen Wirtschaftswachstum bei uns profitiert. Viele Menschen bei uns im Land tragen die Verantwortung für diese dynamische Entwicklung, eine Entwicklung hin zu mehr Wachstum, zu mehr Wirtschaft und zu mehr Arbeit.

Die Landesregierung flankiert das durch einen konsequenten Sparkurs, durch systematischen **Abbau von hemmenden Vorschriften** und durch schnelle Genehmigungsverfahren, durch eine stimmige **Kooperation** mit den **Nachbarn**, selbstverständlich mit Hamburg im Süden und mit der neuen Region Süddänemark im Norden, und durch zielgerichtete **Investitionsprogramme**. Wir tun dies, weil sich im Grunde genommen alle einig sind. Wir werden in den nächsten Jahren einen erhöhten internationalen **Wettbewerbsdruck** durch die Globalisierung erleben. Wir werden in den nächsten Jahren einen wachsenden Wettbewerbsdruck innerhalb der Bundesrepublik zwischen den Ländern erleben.

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Wir haben gestern in der Ministerpräsidentenkonferenz nicht nur über Lotto und nicht nur über den Nichtraucherschutz gesprochen, sondern auch über die Einsetzung und die Vorbereitung von **Föderalismus II**. Das wird ein harter Brocken sein.

(Holger Astrup [SPD]: Wohl wahr!)

Da wird es darum gehen, wie wir das Finanzgeflecht zwischen den Ländern neu ordnen, vernünftig ordnen - ich will nicht sagen: gerecht ordnen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Hoffnung haben Sie wohl schon aufgegeben!)

- Bitte?

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Hoffnung haben Sie wohl schon aufgegeben!)

Ich will nicht sagen, ob das gerecht geordnet werden kann. Aber ich will, dass die Länder, die sich anstrengen, selbst aus dem Sumpf zukommen, nicht bestraft werden,

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Oh, ja!)

weil die anderen, die sich nicht anstrengen, am Ende des Jahres wieder mit denjenigen gleichgestellt werden, die sich anstrengen. Ich möchte, dass auch die Ursachen für manche unterschiedlichen Entwicklungen in den Ländern ausgeglichen werden, dass auf die Ursachen eingegangen wird, damit sie sich anstrengen können und sich selbst helfen können. Ich möchte weiter, dass das, was der Kollege Hay gesagt hat, auch unter den Ländern Wirklichkeit wird: nicht nur Wettbewerb. Selbstverständlich auch Wettbewerb, aber nicht nur.

Wir sind in Deutschland ganz oben und wir wollen das den anderen auch zeigen. Ein bisschen Wettbewerb ist gar nicht schlecht. Aber wir brauchen auch eine Solidarität unter den Ländern.

(Holger Astrup [SPD]: Jawohl!)

Wir werden immer reiche und arme Länder haben. Wir brauchen den Ausgleich. Diesen Ausgleich kann man nicht nehmen.

Ich ärgere mich darüber, wenn gerade diejenigen, die 32 Jahre lang aus dem **Länderfinanzausgleich** gelebt haben, sicherlich gut mit dem Geld umgegangen sind, jetzt die Federführung übernehmen und sagen: Wir wollen das verändern.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir werden uns in diesen Prozess einschalten. Ich habe am Montag ein erstes Gespräch mit Herrn

Oettinger, der den Vorsitz in der Kommission der Arbeitsgruppen übernimmt, damit wir sehr früh und sehr deutlich unsere Positionen klarmachen. Wir sagen: Wir wollen raus aus dem Sumpf; wir wollen nicht gern Empfängerland bleiben, sondern wir möchten raus. Aber wir wollen auch nicht, dass wir für unsere Anstrengungen bestraft werden. Es muss ein **Anreizsystem** geben, als Land aus schwierigen Situationen selbst herauszukommen.

Wir wollen den internationalen Wettbewerb und den Wettbewerb in der Bundesrepublik bestehen. Deshalb konsolidieren wir den Haushalt. So können wir Handlungsspielräume zurückgewinnen.

Deshalb müssen wir Verwaltung verschlanken. So bekommen wir wieder mehr Flexibilität. Deshalb bauen wir zukunftsfähige Allianzen auf. So können wir zusammenwachsen. Deshalb investieren wir in Wirtschaft und Infrastruktur, in Wirtschaft und Wissenschaft. Wir wollen **Wachstum** und **Arbeitsplätze** im eigenen Land generieren. Gerade die jüngsten Arbeitsmarktzahlen sind eine große Ermutigung, ja - so sage ich -, ein richtiger Grund zur Freude. Ich bedanke mich vor allem bei den risikobereiten Unternehmerinnen und Unternehmern und den engagierten Arbeitnehmern, die sich für diesen Erfolg ins Zeug legen.

Denjenigen, die immer noch nicht glauben und nicht glauben können, dass dieses Land wieder Wind unter die Flügel bekommen hat, sage ich: Schauen Sie sich doch mit großer Freude einmal jeden Monat die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an. Schauen Sie sich die Analysen der Bundesagentur für Arbeit an. Schauen Sie sich die Einschätzung von Jürgen Goecke an.

Wir haben in Schleswig-Holstein seit 1950 zum ersten Mal im November einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wir haben eine **Arbeitslosenquote** von 8,8 %. Das sind im Vergleich zum November 2005 24.000 Arbeitslose weniger. Dies ist ein Rückgang von 16,1 %!

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Herren von der Opposition, wenn Sie jemanden brauchen, um ein Gespräch zu führen, dann sprechen Sie doch einmal mit den 24.000 Menschen, die im letzten Jahr aus der Arbeitslosigkeit entlassen werden konnten und die nicht lange auf ihren Arbeitsplatz warten mussten. 24.000 Arbeitslose weniger das sind mehr Menschen als in der Stadt Husum und in der Stadt Schleswig leben. Der **Arbeitsplatzabbau** ist gestoppt. Wir haben im September 11.100 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Mit dieser Steigerung liegen wir wieder einmal über dem westdeutschen Durchschnitt.

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

Das ist für mich das Interessante. Wir heben uns von der durchschnittlichen Entwicklung ab. Wir heben uns davon ab, schlechter zu sein als der Durchschnitt in Westdeutschland oder in Deutschland insgesamt. Bei einem guten Anstieg in Deutschland haben wir einen besseren Anstieg.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wat hat dat mit Peter Harry to don?)

- Ich kann auch nichts dafür, dass meine Eltern mir diesen Namen gegeben haben. Ich kann nur ein bisschen etwas dafür, dass ich nun Ministerpräsident bin. Ich führe hier eine Regierung. Lieber Kollege Matthiessen, Sie haben in den letzten Jahren vielleicht nicht alles so richtig mitverfolgt, weil Sie nicht immer hier gesessen haben.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde vor anderthalb Jahren ein Koalitionsvertrag gemacht. Wenn Ihr Kollege und Fraktionsvorsitzender schon unsere Programme so gut liest, dann empfehle ich Ihnen, dass Sie sich in einer stillen Zeit, von der ich weiß, dass Sie viel davon haben,

(Heiterkeit bei der CDU)

einmal hinsetzen, um den alten Koalitionsvertrag zu lesen. Dann sollten Sie in der Ehrlichkeit, die auch er aufgebracht hat, einmal sagen, ob das in der Situation, in der wir mit den Kosten, den Schulden und den Zinsen, die wir zu bezahlen haben, sind, so durchführbar gewesen wäre.

Für mich ist ganz besonders erfreulich, dass die **Zahl der jüngeren Arbeitslosen** im Vergleich mit dem Vorjahr um 22,1 % reduziert werden konnte. In Schleswig-Holstein wurden in diesem Jahr 4,7 % mehr **Ausbildungsverträge** abgeschlossen als im Jahr 2005. Das sind Zahlen eines Aufschwungs, der die Menschen im Land mitnimmt und der den Menschen im Land dient. Für 2007 sagt Herr Goecke eine Arbeitslosenquote von 8 % voraus. Mit der Arbeitslosigkeit geht es also weiter bergab. Mit dem Land geht es weiter aufwärts. Diese positive Entwicklung werden wir mit dem Haushalt 2007/2008 verstärken.

Wir haben einen ersten großen Schritt in Richtung einer Halbierung der **Nettokreditaufnahme** bis Ende des Jahrzehnts getan. Trotzdem sparen wir den Aufschwung nicht kaputt, sondern geben zusätzlich wichtige Impulse. Wir tun dies etwa durch den **Schleswig-Holstein-Fonds**, mit dem wir Wachstum und Beschäftigung, Bildung und Forschung stärken. Über die Laufzeit von 2005 bis 2009 werden Mittel in Höhe von 425 Millionen € bereitge-

stellt, die ein **Investitionsvolumen** von mehr als 1,7 Milliarden € auslösen werden. Auch zu nennen ist das neue **Zukunftsprogramm**, das ich diesem Hohen Haus in der Januar-Tagung in einer Regierungserklärung vorstellen werde. Heute sage ich dazu nur so viel: Wir werden die Förderprogramme aus den EU-Strukturfonds, Bundesmitteln und Landesmitteln bündeln und gezielt für Wirtschaft, Wachstum, Beschäftigung und ländliche Räume einsetzen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir reden hier über Fördermittel in Höhe von mehr als einer Milliarde €, mit denen wir eine weitere Entwicklung des Landes in Gang setzen werden.

In der letzten Woche hatte ich zum **Kongress „Fortschritt im Norden“** eingeladen. 350 Akteure aus dem deutsch-dänischen Grenzland sind der Einladung gefolgt. Carl Holst, der Vorsitzende der Region **Süddänemark**, und ich waren uns völlig einig: Wir wollen eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsregion. Liebe Frau Sporendonk, Sie sind darauf eingegangen. Es ist völlig richtig, dass ein Großteil der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sicherlich auch mit dem verstärkten Pendeln nach Dänemark zu tun hat. Das aber wollten wir. Das wurde anlässlich meines Besuchs in Dänemark im Januar zugesagt.

Ich sage hier noch einmal: Es reicht uns nicht, die Arbeitslosigkeit dorthin zu exportieren. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auf beiden Seiten eine Nachfrage nach Arbeitnehmern bekommen und nicht nur auf der nördlichen Seite. Die Leuchtturmprojekte sind sicherlich ein Anfang und sie können initiieren. Wir können dort aber nicht alles allein machen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Akteure zusammenwachsen und zusammenarbeiten. Nur dann werden wir auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsregion werden.

(Beifall bei CDU, SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Auch wir wollen mit denen zusammenwachsen. Wir geben der Entwicklung in der **Grenzregion** mit unseren Leuchtturmprojekten zusätzlichen Schub. Im **Landesteil Schleswig** ist etwas Gutes in Bewegung gekommen. Wir hoffen, dass diese Bewegung mit der Begeisterung, die wir sehen konnten, lange anhält.

Der Haushalt 2007 hat ganz klare Schwerpunkte: Wir investieren in die **innere Sicherheit**. Im nächsten Jahr wollen wir 140 Nachwuchskräfte für den Polizeidienst einstellen. Bis 2010 wollen wir 22,7 Millionen € für die Beschaffung neuer Polizei-

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

boote bereitstellen. In 2007/2008 sind dafür rund 11 Millionen € veranschlagt. Für den Aufbau und den Betrieb eines digitalen Funksystems sind knapp 53 Millionen € an Investitionen eingeplant. Wir geben Polizei und Ordnungsbehörden die nötigen Instrumente an die Hand, um Gefahren abzuwehren und Verbrechen schon vorbeugend zu bekämpfen. Uns geht es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land. Sie sollen sicher sein und sie sollen sich sicher fühlen.

Wir investieren in **Wissenschaft, Forschung und Innovation**. Wir geben den Hochschulen mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung. Wir investieren in die Verkehrsinfrastruktur und wir haben es geschafft, dass sich die Investoren wieder für Schleswig-Holstein interessieren. Wir haben das Land für kluge Köpfe und für gute Ideen geöffnet. Wir haben Hürden auf dem Weg in den Norden abgebaut. Dies steht in unserer Verantwortung. Diese Aufgabe wollen wir erfüllen und diese Aufgabe haben wir erfüllt.

Ich freue mich jedenfalls, wenn ich lese, dass **Investoren** Schleswig-Holstein wieder attraktiv finden und sich bei uns engagieren. Das geschieht etwa im Bereich des Tourismus - beim geplanten Port Olpenitz mit geplanten 700 Millionen € für die Region Kappeln. Dieses Geld kann die Region gut vertragen. Wir tun dies zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung mit neuen Kraftwerksplänen für Brunsbüttel mit geplanten Investitionen von bis zu 2,5 Milliarden €. Wir tun dies, wenn zum Beispiel REpower plant, in Osterrönfeld eine neue Fabrik für die Maschinenhäuser von Windkraftanlagen zu bauen.

Herr Kollege, ich will das nur nebenbei erwähnen: Es ist vielleicht ganz gut, dass diejenigen, die sich in ihrem vorangegangenen Leben im Deutschen Bundestag so intensiv für die Windkraft eingesetzt haben, nämlich Dietrich Austermann und Peter Harry Carstensen, jetzt hier in Schleswig-Holstein in führender Position sind. Ich kann mich gut daran erinnern, wie das seinerzeit gewesen ist und wer seinerzeit Bremsen und wer Protagonist in diesem Bereich war. Es war nicht so ganz einfach, die ersten Windmühlen in die Förderung hineinzukriegen. Der Forschungsminister hieß damals Riesenhuber. Im Haushalt standen 60 Millionen DM. Diese waren zum Abriss von Growian vorgesehen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass wir für dieses Land Alternativen bekommen. Das ist ein Erfolg gewesen!

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Bei allem Respekt, wir wollen wegen dieser unterschiedlichen Auffassung keinen Koalitionsausschuss einrichten, Frau Erdsiek-Rave. Damals waren das in der CDU-Fraktion sehr wenige.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, damals waren das sehr wenige. Sie saßen alle in der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit)

Insofern haben wir dort ein bisschen Herzblut. Wir freuen uns, dass die Investitionen kommen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Graf Kerksenbrock hier im Haus immer kräftig unterstützt!)

Unsere Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist attraktiv. Wir haben gezeigt, dass wir damit im Wettbewerb punkten können. Dies gilt zum Beispiel für den Bereich der Medizin mit dem **Protonentherapiezentrum** in **Kiel** mit einer Investitionssumme von 140 Millionen €. Hier hat die Landeshauptstadt Kiel die bauplanrechtlichen Grundlagen in bemerkenswert kurzer Zeit geschaffen. Hierzu meinen Glückwunsch und herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mit dem Erfolg des **Exzellenzclusters Meeresforschung** gepunktet. Hier fließen allein 36 Millionen € nach Kiel.

Und mit Bewerbungsfrist zum 8. Januar sind 14 Professuren auf einen Schlag ausgeschrieben worden. Meine Damen und Herren, wann hat es das das letzte Mal gegeben?

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich bin mir mit Dietrich Austermann völlig einig, wenn er sich mit Hochdruck für unser zweites **Exzellenzcluster** einsetzt, das Forschernetzwerk zur **Entzündungsforschung**. Insoweit sage ich ebenfalls mit allem Nachdruck und sowohl in Richtung Berlin als auch in Richtung Süden: Ziel eines bundesweiten Wettbewerbs kann es nicht sein, von vornherein möglichst viele Kompetenzen im Süden der Republik zu konzentrieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Endlich!)

Meine Damen und Herren, die Experten, die Unternehmen, die Investoren kommen wieder in unser Land und sie kommen gern. Dies ist eine Anerkennung für unsere Politik, aber dies ist auch eine Verpflichtung. Die Politik und die Verwaltung haben

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich die **Investoren** jetzt wohlfühlen im Land, aber sie haben auch dafür zu sorgen, dass sie sich auch noch in 15 Jahren hier in diesem Land wohlfühlen. Darauf müssen wir uns einstellen, darauf muss sich - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da müssen Sie aber noch lange durchhalten! - Lars Harms [SSW]: Wenn die CDU nicht mehr an der Regierung ist! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, das wird nicht anders laufen, wenn ihr keine Alternative seid.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und SPD)

Aber es gibt immer Alternativen, haben Sie gesagt. Wer weiß, wie es nachher geht, wenn Sie sich ein bisschen anstrengen. Aber dann muss man auch vernünftige Vorschläge machen. - Wir müssen uns darauf einstellen, aber darauf müssen sich auch die Verwaltungen in den Kommunen, bei den Kreisen und beim Land einstellen, und zwar schon heute.

Meine Damen und Herren, wir können im Land endlich wieder ein neues Selbstbewusstsein erleben. Das Jahr 2006 neigt sich dem Ende zu. Das ist vielleicht die Zeit, um auch einmal vorauszublicken. Ich meine, Schleswig-Holstein hat gute Jahre vor sich, und ich freue mich auf diese guten Jahre.

(Lang anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Nach § 55 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Oppositionsführer, dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

(Claus Ehlers [CDU]: Das kannst du nicht toppen, Wolfgang!)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, einem Großteil Ihrer Rede kann ich in ihrer schlichten Allgemeinheit vorbehaltlos zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Auch die FDP-Fraktion begrüßt die Wirtschaftsdaten, die wir haben, auch die FDP-Fraktion freut sich über jeden Arbeitslosen, der in Arbeit zurückkehren kann, auch die FDP-Fraktion ist - wie wahrscheinlich alle hier im Haus - glücklich darüber, dass wieder neue **sozialversicherungspflichtige Beschäfti-**

**gungsverhältnisse** geschaffen werden. Aber die damit zusammenhängende spannende Frage lautet, ob das wirklich auf die Politik dieser Großen Koalition zurückzuführen ist und ob die Entwicklung nicht in etwa auch so gewesen wäre, wenn die rot-grüne Regierung, in Berlin jedenfalls, weiterregiert hätte.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Nach all dem, was ich lese, was auch die Ökonomen schreiben, ist das, was wir gegenwärtig erleben, eine Folge von Reformen, die wir vom Ansatz her alle begrüßt haben,

(Heike Franzen [CDU]: Was?)

die CDU und FDP für zu kurz gesprungen gehalten haben, nämlich Reformen unter dem Titel „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, die im Einzelfall falsch gewesen sein mögen, aber jedenfalls in die richtige Richtung gewiesen haben.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt erleben wir das spannende Phänomen, dass die Union, der damals diese Schritte noch zu kurz gewesen sind - beispielsweise im Bereich der Zahlung von Arbeitslosengeld unter den Stichworten Hartz IV und ALG II -, nicht nur die kleinen Schritte nicht mehr weitergehen will, sondern aufgrund der Vorschläge von Herrn Rüttgers und anderen sogar in die andere Richtung marschieren will.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie Norbert Blüm!)

Da ist wirklich ein interessantes Phänomen. Ich empfehle, sich hierzu auch einmal die Kommentare der überregionalen Zeitungen anzuschauen. Viele verstehen nicht mehr, wie aus einer Union, die für Marktwirtschaft eingetreten ist, nun eine Union geworden ist, für die die soziale Gerechtigkeit, ein Attribut der Sozialdemokratie, an erster Stelle steht. Für mich ist es auch wundersam festzustellen, dass Sozialdemokraten gegen Vorschläge, die sie früher für gut gefunden haben, deshalb opponieren, weil sie nun von der Union okkupiert worden sind.

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf meine Formulierung hin, dass die Menschen in diesem Lande mit Ihrer Politik nicht ganz zufrieden seien, was man daran sehen könne, dass sich viele beschwerten, gesagt, ich solle einmal über Wochenmärkte gehen, um festzustellen, wie die Stimmung der Leute wirklich sei. Nun muss ich sagen: Wochenmärkte finden zu Zeiten statt, zu denen ich norma-

**(Wolfgang Kubicki)**

lerweise arbeite. Insofern habe ich selten Gelegenheit, daran teilzunehmen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen - Zurufe von der CDU)

Aber selbstverständlich rede ich genauso, wie andere Beteiligte hier in diesem Haus es in ihrem Berufsleben, im Restaurant, in der Kneipe, in den Vereinen tun, mit den Menschen, und ich rede übrigens im letzten Vierteljahr auch sehr viel mit Mitgliedern der CDU, die sich an mich wenden und darum bitten, dass wir stark bleiben mögen.

(Lachen bei der CDU)

- Herr Kollege Sauter, ich bin gern bereit, die Liste sämtlicher E-Mails, die mich erreichen, auf den Tisch zu legen, damit Sie einmal sehen, wie viele Leute sich auch aus Ihrem Beritt mit herzerreißenden Bitten an uns wenden, die FDP möge stark bleiben, weil das Vertrauen in die eigene Partei verlorengegangen sei.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

- Ich habe nichts dagegen, dass alles das, was hier getan wird, kommuniziert wird. Denn Ihre eigenen Parteifreunde vor Ort, Herr Baasch, erklären Ihnen immer, sie hätten das Gefühl, Sie wollten sie gar nicht mehr verstehen. Deshalb sind sie auch dabei, Ihre Partei zu verlassen.

Aber unabhängig davon, Herr Ministerpräsident, gebe ich zu: Diese Menschen sind unglaublich froh darüber, dass es eine neue Regierung gibt, dass die alte rot-grüne Regierung nicht mehr existiert und so nicht mehr fortgesetzt werden konnte. In der Größenordnung von 80 % sind die Menschen, mit denen ich spreche, darüber froh. Ich gebe Ihnen auch zu, dass wieder so etwas wie ein Grundvertrauen geschaffen worden ist, dass es sich lohnt, in Schleswig-Holstein zu investieren und Geld zu verdienen, dass man sich nicht mehr mental und physisch einer Abwehrhaltung gegenüber sieht, sondern eher mit einer positiven aufnehmenden Haltung.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Aber daraus ableiten zu wollen, die Menschen seien zufrieden mit dem, was Sie machen, spricht sogar Ihren eigenen Meinungsumfragen Hohn. Die Menschen sind mitnichten zufrieden mit der Regierungspolitik. Sie werden mir auch zugestehen, dass es bei allem Lob, das Sie auf den Weg gebracht haben - Sie haben gesagt, wie toll die Große Koalition arbeitet -, in verschiedenen Bereichen doch noch etwas besser gehen könnte, beispielsweise hinsicht-

lich der Frage, wie Investitionen in Schleswig-Holstein gefördert und begleitet werden können, wie wir Wachstum generieren können in diesem Land, was ja, wie wir alle wissen, Voraussetzung dafür ist, dass Arbeitsplätze geschaffen werden können, und was - alle haben es doch erklärt - auch Voraussetzung dafür ist, dass die Konsolidierung der Haushalte gelingen kann.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die **Mehrwertsteuererhöhung** angesprochen, auf die wir hier im Lande bedauerlicherweise keinen Einfluss haben. Die FDP auf Bundesebene hat sie für falsch gehalten, wie übrigens auch viele wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute. Aber ich habe bereits vor einigen Wochen auf eine Frage des „sh:z“ erklärt, dass ich mich jetzt nicht mehr dafür einsetzen könne, die Mehrwertsteuererhöhung zurückzunehmen, nicht, weil ich sie für sinnvoll halte, sondern weil das große Problem nicht darin besteht, dass wir Steuererhöhungen oder das Gegenteil beschließen, sondern weil wir dazu übergehen müssen, dass staatliches Handeln für die Wirtschaftindividuen planbar und berechenbar wird, dass sie sich darauf einstellen können, was wir tun.

(Beifall bei der FDP)

An einer solchen konsistenten Politik, auf die sich die Individuen einstellen können, um ihre eigene Lebensgestaltung daran auszurichten, mangelt es in verschiedenen Bereichen noch.

Ein Letztes, Herr Ministerpräsident! Ich finde es rhetorisch möglicherweise geschickt, aber menschlich unlauter, dass Sie der FDP den Vorwurf machen, dass wir die Versprechen, die wir gegeben haben, auch etatmäßig umsetzen wollen, und erklären, wir würden den Ernst der Situation nicht erkennen. Wir erkennen den Ernst der Situation, aber wir haben versprochen, dass wir die Sonderzahlungen nicht zurücknehmen wollen, und wir haben versprochen, dass wir den **kommunalen Finanzausgleich** nicht antasten wollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie der Ministerpräsident übrigens auch!)

Wenn das so ist, dann müssen wir das etatisieren.

Dass man auch andere Politik gestalten kann und auch in anderen Größenordnungen, zeigen Sie momentan selbst. Die Sozialdemokraten stellen sich hinter Lothar Hay und sagen: Wir haben trotz unserer hohen Neuverschuldung beim **Freiwilligen Ökologischen Jahr** draufgesattelt, weil dies eine Herzensangelegenheit der SPD ist.

(Wolfgang Kubicki)

(Zurufe der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Lars Harms [SSW] - Zurufe von der CDU)

- Ihr habt doch im Einzelplan 13 wieder draufgesattelt. Damit will ich nur sagen: Wenn die Argumentationslinie stimmig wäre, dann könnten Sie in verschiedenen Bereichen, in denen Sie draufgesattelt haben, nicht draufsatteln, wenn die Erklärung gelten soll: Wir werden künftig jeden Cent, der an Steuermehreinnahmen hereingespült wird, zur Absenkung der Nettoneuverschuldung verwenden. Herr Wiegard, auch das bleibt unser Ziel.

Ich sage aber noch einmal: Wir können bestimmte Umsetzungen in unserem Land nicht erreichen, wenn wir das Vertrauen der Menschen, insbesondere das Vertrauen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verlieren.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das wird im Zweifel kostspieliger - wir wissen das aus dem Bereich der Unternehmen -, als das Versprechen einzuhalten und mit den Betroffenen dann darüber zu reden, wie und auf welche Weise wir sie in den Konsolidierungsprozess einbeziehen können. Das ist es - nicht mehr und nicht weniger -, was die FDP vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Da die Redezeit der Regierung, wie uns ein Blick auf die elektronische Uhr des Präsidiums zeigte, abgelaufen war, erteile ich nach § 48 Abs. 1 der Geschäftsordnung nunmehr für die Regierung dem Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

**Rainer Wiegard, Finanzminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal für die in weiten Teilen sachlich und manchmal sogar zielführend geführte Diskussion. Angesichts einiger Beiträge meine ich allerdings, wir sollten einmal darüber nachdenken, ob es, wenn die Politik und die Politiker in der Öffentlichkeit einen schlechten Ruf haben, zu einem Teil nicht auch daran liegt, wie Politiker miteinander umgehen und übereinander sprechen. In Teilen fand ich diesen Umgang hier heute ebenfalls nicht angemessen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich möchte mich zunächst einmal bei denen bedanken, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Wir haben seit Januar über den Haushalt beraten. Das

war nicht immer so. 12 Monate lang haben der Finanzausschuss, die Fraktionen und FAKs über den Haushalt beraten. Auch der Landesrechnungshof hat immer zielführend mitgewirkt. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Haushaltsbereichen und speziell aus meiner Haushaltsabteilung haben in dieser Zeit eine mordsmäßige Arbeit geleistet. Sie haben, um insbesondere Ihre Fragen zu beantworten und Ihre Bitten um Nacharbeit beziehungsweise um Darstellung des umfangreichen Zahlenwerks zu erfüllen, eine enorme Leistung vollbracht. Ich möchte mich dafür bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann hier eines versprechen: Die nächste Haushaltsberatung wird nicht wieder ein Jahr dauern; sie wird zwei Jahre dauern. Wir werden Ihnen auf Initiative der FDP-Fraktion hin, für die ich dankbar bin, im Frühjahr einen **Nachhaltigkeitsbericht** vorlegen, damit wir uns alle noch etwas mehr Klarheit darüber verschaffen können, wie die finanzielle Lage des Landes Schleswig-Holstein über den Zeithorizont hinausgehend aussieht, von dem wir bei unserer Finanzplanung jetzt immer ausgehen. Aber auch der Weg, den wir in den nächsten zwei Jahren beschreiten werden, ist von beträchtlicher Bedeutung. Wenn wir die Neuverschuldung, die wir im Nachtragshaushalt 2005 definiert haben, als Ausgangsbasis nehmen, ergibt sich, dass wir die **Neuverschuldung** allein in den drei Jahren von 2006 bis 2008 - so weit reicht die Haushaltsplanung jetzt - um rund 1,6 Milliarden € senken werden. Das ist ein gewaltiger Schritt. Wem das zu hoch gegriffen ist, der mag sich an der Größe des Jahresabschlusses 2005 orientieren. Es sind dann immer noch 900 Millionen € im Vergleich zu dem Niveau von vor noch nicht einmal 12 Monaten. Ich glaube, dass das eine gute Nachricht für die Menschen in unserem Lande und insbesondere für die künftigen Generationen ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Erfolge der Politik, die der Ministerpräsident vorhin dargestellt hat, haben natürlich ihre Auswirkungen auf den **Arbeitsmarkt**. Sie wirken sich auch auf das Steueraufkommen aus, das wir nicht nur im Bund, sondern insbesondere auch in Schleswig-Holstein verzeichnen können. Deshalb sage ich an dieser Stelle auch dies: Wir müssen auch den Unternehmen, die mit viel Mut und zum Teil auch risikoreich investieren und wieder Arbeitskräfte einstellen, unseren Dank dafür aussprechen, dass

**(Minister Rainer Wiegard)**

sie diesen Mut in einer Zeit, die durchaus nicht einfach ist, beweisen. Wir werden in diesem Jahr vermutlich etwa 500 Millionen € mehr **Steuern** einnehmen, als wir vor einem Jahr geplant haben. Vermutlich werden wir 600 Millionen € mehr Steuern einnehmen als vor einem Jahr. Das ist eine gewaltige Summe. Damit wird ein Niveau erreicht, von dem wir vor sechs Monaten bei der Steuerschätzung im Mai alle miteinander nicht geträumt haben. Deshalb muss es auch dabei bleiben, dass das, was ungeplant an zusätzlichen Einnahmen in unser Land fließt, von unseren Unternehmen erwirtschaftet, von unseren Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet, dazu verwendet wird, Herr Kubicki, um das einzuhalten, was wir zugesagt haben: Die zusätzlichen Einnahmen werden in dieser Wahlperiode für die Senkung der Neuverschuldung eingesetzt. Das muss nicht immer im selben Jahr, wohl aber in dieser Wahlperiode so gehandhabt werden.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mehr Wachstum, mehr Arbeit für die Menschen und mehr Steuereinnahmen tragen dazu bei, dass wir unsere Probleme leichter lösen können. Sie lösen aber natürlich nicht alle Probleme. Lassen Sie mich, da wir hier in der Haushaltsberatung sind, zu einigen wenigen Haushaltsdaten etwas sagen und darauf aufmerksam machen, wo die eigentlichen Probleme liegen.

Die drei wesentlichen **Kostenbereiche** sind diejenigen von **Personal, Verwaltung und sächlichen Politikausgaben**. Die Kosten in diesen Bereichen erhöhen sich von 2005 bis 2010 von 6,7 Milliarden € auf 7 Milliarden €. Sie erhöhen sich in diesen drei Bereichen in fünf Jahren um 280 Millionen € oder ganze 4 %. Das ist aber noch nicht die eigentlich wichtige Nachricht. Die eigentlich wichtige Nachricht ist, dass in dem zuvor genannten Gesamtbeitrag allein 340 Millionen € für die Steigerung der **Zinslasten** und 100 Millionen € für die Steigerung der **Versorgungslasten** enthalten sind. 440 Millionen € beziehen sich also allein auf die Bewältigung der Vergangenheit. Das ist das Hauptproblem, das wir haben. Deswegen werden wir uns im Wesentlichen damit beschäftigen müssen, wie wir die sogenannten Primärausgaben, also die Ausgaben, die wir noch beeinflussen können, senken können. Die Kostenfaktoren, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben, können wir kaum noch beeinflussen. Wir können nur darauf hinwirken, dass es in der Zukunft nicht noch dramatischere Steigerungen gibt. Unsere Bemühungen müssen folglich darauf abzielen, dass die beeinflussbaren Ausgaben künftig sinken. Wenn Sie sich die Entwicklung der

Primärausgaben in Schleswig-Holstein ansehen, stellen Sie fest, dass sie seit 2005 sinken. Das wird auch weiter so sein. Es wird weiterhin so sein müssen, weil wir sonst die Zinslasten nicht mehr tragen können. Der Zuwachs bei den Zinsausgaben betrug 340 Millionen €. Das bedeutet eine Steigerung von 40 % allein in diesem Bereich.

Weil wir die Kosten, die wir beeinflussen können, senken müssen, müssen wir sowohl die Kommunen als auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran beteiligen, die **Konsolidierungsaufgabe** zu bewältigen. Von 5,5 Milliarden € Steuern, die wir einnehmen, entfallen 4,5 Milliarden € auf Personal und Kommunen. Wer sich angesichts dessen stellt und sagt, an diese beiden großen Brocken könne nicht herangegangen werden, der verkennt die Situation. Ohne eine angemessene Beteiligung gerade in diesen beiden Bereichen geht es nicht. Wir sagen in diesem Zusammenhang - ich habe das bereits bei der ersten Lesung ausgeführt - auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank. Wir wissen, was für eine Leistung von ihnen erbracht wird. Ein Einschnitt in Höhe von 100 Millionen € bei den Bezügen der **Beschäftigten** - in diesem Falle geht es nur um die Beamten - entspricht einem Gegenwert von mehr als 2.200 Stellen. Das ist ein gewaltiger Beitrag. Wir wissen das und wir schätzen das. Es gibt aber keine andere Möglichkeit, als diesen Weg zu Ende zu gehen. Das Unternehmen Schleswig-Holstein, bei dem unsere Beamtinnen und Beamten beschäftigt sind, ist in Insolvenz. Es gilt, diese Insolvenz abzuwenden und wieder dauerhaft zu einer soliden Finanzierbarkeit unseres Haushalts zu kommen.

Was die **Kommunen** betrifft, so haben wir dafür gesorgt und werden auch weiter dafür sorgen, dass der Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich dadurch kompensiert wird, dass wir die Kommunen von Aufgaben entlasten, die sie derzeit noch haben. Das gelingt derzeit nicht in vollem Umfang, und es gelingt, wie wir alle wissen, auch nicht vom ersten Tag an. Die Aufgabe, eine Kompensation zu erreichen, ist also noch nicht erfüllt.

Die Kommunen - in dieser Hinsicht gibt es einen Unterschied zwischen dem kommunalen Bereich und dem Beamtenbereich - werden in keinem der nächsten Jahre weniger Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten als in einem der Vorjahre. Sie werden in keinem der nächsten Jahre weniger eigene Steuereinnahmen haben als in einem der Vorjahre und sie werden zusätzlich die Kompensation erhalten. Ich glaube, das ist eine bedeutende Nachricht, dass auch unsere Kommunen ihre Aufgabe der **Daseinsvorsorge** erfüllen können und

(Minister Rainer Wiegard)

dass sie nicht daran gehindert sind, die notwendigen **Investitionen** zu tätigen, bei denen wir zusätzlich behilflich sind, und dass sie auf keinen Fall wegen unseres Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich etwa zur Sparkasse gehen müssen, um dort Kredite aufzunehmen, damit wir die Aufnahme dieser Kredite sparen. Das wird nicht notwendig sein und ich glaube, es ist wichtig, diesen Unterschied deutlich zu machen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, es muss auch in dieser Haushaltsdebatte deutlich gesagt werden, der Haushalt, den wir Ihnen vorlegen, ist nicht verfassungsgemäß. Auch wenn wir Ihnen nach gut einem Jahr heute einen Haushalt vorlegen, der nicht mehr dreimal so viel Schuldenaufnahme vorsieht, wie die **Verfassung** zulässt, sondern „nur noch“ zweimal so viel Schuldenaufnahme vorsieht, wie zulässig ist, dann ist das immer noch ein deutlicher Verfassungsbruch. Ich glaube, es ist notwendig, dass dieses Haus das immer wieder deutlich zur Kenntnis nimmt und zur Kenntnis gibt, weil alle Anstrengungen darauf ausgerichtet sein müssen, schnellstmöglich wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt zu erreichen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz mit einzelnen Anträgen der Opposition auseinandersetzen. Herr Kollege Hentschel, so habe ich in den „Kieler Nachrichten“ gelesen, hat gesagt: „Wenn man nur 50 € hat, kann man nur Hemd oder Hose kaufen.“ Das ist sehr wohl richtig.

(Zuruf von der FDP: So sieht der auch aus! - Heiterkeit)

Ich frage mich dann nur, warum Sie in der Zeit, als Sie hier regiert haben und nicht einmal diese 50 € hatten, sich monatlich vollständig neu eingekleidet haben. Das ist schon eine Frage, die man sich stellen darf.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich sage das nur in Bezug auf die Rede, die Sie hier vorgetragen haben. Deshalb wende ich mich an Ihre Kollegin, die Kollegin Heinold, und sage hinsichtlich der Haushaltsanträge, wo Sie der Versuchung widerstanden haben, irgendwelche Scheinanträge zu stellen, um den Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** nicht machen zu müssen oder den Eingriff in die Beamtenbezüge durch Scheinangriffe zu wenden, ich habe hohen Respekt davor, dass Sie sich dazu bekennen, dass drastische Einschnitte notwendig sind. Dies will ich Ihnen hier ganz ausdrücklich sagen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das ist, mit Verlaub, aber auch nötig. Auch darauf will ich natürlich hinweisen. In der Zeit, in der Rot-Grün gemeinsam regiert hat, also der Zeit von 1996 bis 2005, in der die Grünen hier Mitverantwortung getragen haben, hat dieses Land fast 9,5 Milliarden € neue Schulden gemacht und Vermögen veräußert. Das ist fast die Hälfte der gesamten Schulden, die das Land Schleswig-Holstein überhaupt hat. Deshalb finde ich es - ich sage das sehr respektvoll - anständig, dass Sie sich in dieser Frage jetzt nicht vollständig aus der Verantwortung herausstehlen.

Darin unterscheiden Sie sich im Übrigen - wie ich finde, bedauerlicherweise - von meinen Freunden in der FDP. Meine Damen und Herren, was ist da eigentlich in Sie gefahren, Herr Kubicki? Hat eigentlich mit den beiden Frauen, die Ihre Fraktion verlassen haben nach der letzten Landtagswahl, der gesamte gesunde Menschenverstand Ihre Fraktion gleich mit verlassen?

(Heiterkeit)

Man ist ja wirklich geneigt zu glauben, da ist der Kelch noch einmal an uns vorübergegangen, mit Ihnen etwa die Konsolidierung der Landesfinanzen wahrnehmen zu wollen.

Es gibt natürlich Alternativen zur Politik, und Sie haben die Alternativen hier aufgezeigt. Ihre Alternative heißt, die **Einnahmen** wieder virtuell nach oben schrauben und sie möglichst auch gleichzeitig ausgeben. Sie haben - weil Sie die **Mehrwertsteuer** schon ein paar Mal angesprochen haben, will ich darauf kurz eingehen - in der letzten Plenartagung zum Haushalt geäußert, dass die Mehrwertsteuererhöhung zu dramatischen Einbrüchen beim Steueraufkommen führen wird. Auch wenn Sie das heute revidiert haben und sagen, Sie wollten nicht mehr gegen die Mehrwertsteuererhöhung sprechen, so muss diese Äußerung doch wohl bleiben.

Gleichzeitig nehmen Sie die gesamte **Vorsorge**, die ich vorgesehen habe, um dieser Möglichkeit etwa vorzubeugen, heraus und geben sie sofort aus. Sie haben für 2008 - ich erinnere mich an die Diskussion auf Bundesebene sehr gut; die FDP ist führend in der Frage der **Unternehmensteuerreform**, die ich im Übrigen für zwingend notwendig und für sehr dringend halte; wir können darüber gern noch einmal debattieren - gesagt, das sei alles noch viel zu wenig. Wir alle wissen, wenn wir dort zur Nettoentlastung kommen, dann wir das Schleswig-Holstein treffen. Derzeit diskutieren wir mal eben über die Frage 5 Milliarden € oder 10 Milliarden € **Nettoentlastung** im ersten Jahr. 5 Milliarden € oder

**(Minister Rainer Wiegard)**

10 Milliarden € heißt etwa 150 Millionen € oder 300 Millionen € weniger im Landeshaushalt Schleswig-Holstein.

Wenn Sie mehr wollen, dann frage ich mich, wie Sie in dem gleichen Jahr, für das ich Vorsorge treffen will, die Steuereinnahmeerwartung mal eben um 235 Millionen € nach oben schrauben und meine Vorsorge in Höhe von 50 Millionen € gleich noch mit wegkassieren. Insgesamt stellen Sie in beiden Jahren 385 Millionen € Steuermehreinnahmen ein, als diese Regierung geplant hat, und Sie geben sie auch gleich vollständig wieder aus, denn es kommt bei der **Senkung der Nettokreditaufnahme** überhaupt nichts an. Da frage ich einmal, wie das zusammenpasst mit dem, was Sie vorhin zum Thema Wahrheit und „vorher reden“ und „nachher reden“ gesagt haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ein kleines Bonbon nur am Rande: Wenn Sie sich immer wieder als Robin Hood der Kommunen darstellen,

(Zuruf von der CDU: In Strumpfhosen? - Heiterkeit)

dann muss man, auch wenn man Steuermehreinnahmen plant, den **Gemeinden** ihren Teil davon abgeben, der ihnen zusteht. Wenn man also sonst für den KFA kämpft, aber ihn im Wesentlichen abschaffen will, weil man überhaupt nichts vorsieht, wenn Sie also 235 Millionen € Steuermehreinnahmen planen, müssen Sie den Gemeinden 41 Millionen € abgeben. Das ist normal, und das haben Sie schlicht und ergreifend wie viele andere Dinge auch nicht getan.

Mir haben Sie vorgeworfen, wir würden die **Nettoausgabenentwicklung** über das verantwortbare Maß hinaus steigern. Die Nettoausgabenentwicklung steigert sich, wenn man Ihren alternativen Anträgen folgen würde, von derzeit vorgesehenen 1,2 % auf über 4 %. Damit hätten wir sämtliche Dämme, die wir im Finanzplanungsrat vereinbart haben, gebrochen. Deshalb sage ich, die Alternativen, die Sie vorgelegt haben, sind geprüft worden. Teile davon werden wir in den nächsten Monaten miteinander erörtern, aber insgesamt sind sie nicht akzeptabel für unsere Politik der Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein. Da werden wir weitere Anstrengungen unternehmen müssen. Die sind heute angesprochen worden, insbesondere auch vom Ministerpräsidenten und vom Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herr Wadepuhl.

Wir werden die Aufgaben reduzieren, wir werden hier einen deutlichen Schlag zulegen müssen. Den

Mitgliedern des Kabinetts ist klar, dass wir mehr tun müssen, als wir bisher auf den Weg gebracht haben. Wir werden in der Folge die **öffentlichen Aufgaben** mit weniger Personal wahrnehmen, und wir werden insbesondere auch die Leistungen reduzieren müssen und die Verwaltung neu strukturieren. Wir müssen, wenn wir über Wahrheit sprechen, dem Bürger die Wahrheiten sagen und deutlich machen, es wird weniger öffentliche Aufgaben geben und es wird weniger öffentliche Leistungen geben, sonst wird es nicht gelingen, den Haushalt zu sanieren. Die verbleibenden öffentlichen Leistungen werden alle teurer werden, als sie es bisher waren. Diese Wahrheit haben Herr und Frau Bürger verdient, und wir sollten nicht davor zurückscheuen, sie auch zu sagen.

Um diese Gesundung zu ermöglichen, brauchen wir ein erhebliches Maß an Einschränkungen aller staatlichen Ebenen, insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union und des Bundes. Wir haben uns verabredet, dass wir massiv auf die **Bundesebene** einwirken, um uns von Aufgaben zu befreien. Ich sage ganz deutlich, dass es nicht akzeptabel ist, wenn der umgekehrte Weg gegangen wird und wenn man Leistungen, die man in Schleswig-Holstein nicht in das Regelwerk hineinbekommt, klammheimlich auf dem Wege über Bundestagsfraktionen oder sonstige Ausschüsse in Gesetzeswerke hineinzubekommen versucht. Darüber werden wir miteinander sprechen müssen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt und dieser Finanzplan haben Risiken. Ein Risiko wurde hier genannt: Wie wird sich die Entwicklung der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr auswirken? Ich habe das Risiko Unternehmensteuerreform genannt. Ich sage aber dennoch, es ist zwingend notwendig, dass wir eine Reform auf den Weg bringen, die die **schleswig-holsteinischen Unternehmen** in Europa wettbewerbsfähig macht. Sie sind derzeit - was die steuerlichen Belastungen anbetrifft - nicht wettbewerbsfähig aufgestellt. Deshalb müssen wir zu einer Unternehmensteuerreform kommen, um den Export von Gewinnen und den Import von Verlusten endlich zu bremsen und schließlich auch in relativ kurzer Zeit im Ergebnis mehr Steuereinnahmen zu generieren als wir derzeit haben.

Ich sage auch sehr deutlich, dass es eine Reihe von ungelösten Problemen gibt, die auch mit markigen Entscheidungen nicht vom Tisch sind. Bestimmte Äußerungen zur Lösung der Aufgaben des **UK S-H** führen nicht dazu, dass das Problem des Defizits gelöst wird. Ich erkläre hier sehr deutlich, dass es im nächsten Jahr notwendig sein wird, sehr klare

(Minister Rainer Wiegard)

Konsequenzen zu ziehen, was die **Überschuldung** des UK S-H, das heißt den Abbau des Bilanzverlustes, anbetrifft, weil ich mich sonst gezwungen sehe, die aufgelaufene Summe von 100 Millionen €, die eine Art von verschleierter Verschuldung des Landes ist, im Haushalt auszuweisen. Das bedeutet 100 Millionen € weniger für andere Aufgaben.

Auch Entscheidungen zur Nichteinführung von **Studiengebühren** - wie sie heute schon zweimal angesprochen wurden - lösen das Problem der Unterfinanzierung unserer Hochschulen in keinsten Weise. Deshalb hilft es nicht, nur eine Entscheidung zu treffen, sondern man muss auch die zweite treffen. Ähnliches gilt im Übrigen auch für die Forstwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** zu dem **Antrag des Landes Berlin** zur Kenntnis zu nehmen. Sie besagt: Ihr müsst im Wesentlichen eure Schularbeiten selbst machen. Wir haben Ihnen eine ganze Menge von Möglichkeiten aufgezeigt, wie wir das lösen wollen, aber - der Ministerpräsident hat gerade darauf hingewiesen - wir sind auch auf die Solidarität unter den Ländern angewiesen. Diese Solidarität soll aber nicht nur in eine Richtung gehen. Auch die Länder, die strukturell schwach sind, müssen aufpassen. Es gibt eine Reihe von Beispielen unter den Ländern -, dass sie die Standards, die sie haben und die Angebote, die sie ihren Bürgerinnen und Bürgern machen, nicht deutlich höher schrauben als diejenigen Standards und Angebote sind, die die sogenannten besser strukturierten Länder machen.

Schleswig-Holstein liegt im Ranking der **Finanzkraft** pro Einwohner vor dem Länderfinanzausgleich auf Platz sieben. Es ist nicht so schlecht hinter Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, vor Rheinland-Pfalz und anderen Ländern zu liegen.

(Holger Astrup [SPD]: Niedersachsen schaffen wir auch noch!)

- Niedersachsen schaffen wir auch, wir schaffen auch noch ein paar andere, wenn man uns nur lässt -. Nur, nach dem Länderfinanzausgleich und nach dem ganzen Umverteilen liegen wir auf Platz vierzehn. Dann liegen nur noch Rheinland-Pfalz und Niedersachsen hinter uns. Ich sage Ihnen: Wir werden in einer neuen Auseinandersetzung auch über die Frage reden, ob man die Reihenfolge durch Umverteilung so verändern sollte, wie das derzeit erfolgt.

Ich bin im Übrigen nicht bereit, monatelang über irgendwelche Formen von **Frühwarnsystemen** zu

diskutieren. Ich habe dem Kollegen Steinbrück im Finanzplanungsrat gesagt: Wer zehn Jahre - wenn man die Vorgaben der Verfassung auch auf den Vollzug des Haushalts anwendet - verfassungswidrige Haushalte vorlegt, der braucht kein Frühwarnsystem, der sollte lieber langsam die Stöpsel aus den Ohren nehmen, damit er endlich die Signale empfängt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das gilt im Übrigen auch für andere Länder. Deshalb halte ich eine Diskussion über Frühwarnsysteme für ziemlich unsinnig, im Übrigen auch die Diskussion über neue **Grenzen der Neuverschuldung**, weil sie nur dazu führen, dass wir nicht von den Schulden herunterkommen. Es kann derzeit nur ein Ziel geben: null Neuverschuldung, weil wir schon genug Schulden haben.

Deshalb trete ich dafür ein, dass eine **Zielvereinbarung** zwischen allen Ländern und dem Bund geschlossen wird, in der ganz eindeutig der Korridor für einen Zeitraum, für Instrumente, für Maßnahmen, für Controlling und für Sanktionen festgelegt wird, um auf **null Neuverschuldung** zu kommen. Dies sollte für jedes Land einzeln verabredet werden. Nur so werden wir auf den richtigen Weg kommen: Durch eigene Anstrengung und durch die Solidarität aller Länder.

Ich will Ihnen zum Abschluss ein Zitat vorlesen, um deutlich zu machen, dass die Probleme, die wir heute haben, nicht nur allein Probleme von heute sind. Diese Probleme gibt es schon ein bisschen länger. Ein kluger Mann hat gesagt: Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt werden, die Leute sollten wieder lernen zu arbeiten, anstatt auf öffentliche Rechnung zu leben. Gesagt hat das Marcus Tullius Cicero. Er hatte einen „Nachteil“, er ist 43 vor Christi Geburt hingerichtet worden. Ich arbeite daran, dass mir dieses Schicksal erspart bleibt.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine Damen und Herren! Nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung steht den Fraktionen jeweils wieder eine Redezeit von 25 Minuten zu. Der Kollege Hildebrand meldet sich zu Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Dinge, die eben nach der Mittagspause gesagt wurden, müssen doch noch korrigiert oder anders und richtig dargestellt werden. Herr Finanzminister, Sie

(Günther Hildebrand)

haben eben davon gesprochen, dass die 120 Millionen €, die aus der **FAG-Masse** der Kommunen herausgenommen werden - wie auch immer man das jetzt bezeichnet - nicht kompensiert werden.

Ich bin mit Ihnen einer Meinung. Sie haben gesagt: Wir haben das Ziel, es geht nicht von heute auf morgen, sondern es dauert seine Zeit. Wenn ich die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Wadephul, von heute Morgen noch richtig in Erinnerung habe, dann hat er gesagt, dass die 120 Millionen € kompensiert sind. Hier stelle ich im Ergebnis einen erheblichen Unterschied zwischen der Aussage des Finanzministers und der des Fraktionsvorsitzenden der CDU fest. Ich kann hier nur eindeutig feststellen: Die 120 Millionen € sind eben nicht hundertprozentig kompensiert und wir werden uns vielleicht in ein oder zwei Jahren wieder treffen und dann genau nachrechnen, wie sich das ausgewirkt hat.

Herr Minister, dann sagten Sie, die entsprechende Finanzausgleichsmasse werde trotz der Entnahme der 120 Millionen € nicht abnehmen, sondern eher mehr werden. Das mag sein, das heißt aber, dass das, was normalerweise in die Finanzausgleichsmasse aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums hineinkommen müsste, bei den Kommunen zumindest zu einem großen Teil abgeschöpft wird und beim Land landet. Das ist praktisch der Effekt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, dass die Kommunen in diesem Fall am **wirtschaftlichen Wachstum** nicht teilnehmen, weil große Teile dessen, was dort zuwachsen würde, abgeschöpft werden. Ich denke, dass die Kommunen nicht verdient haben, dass so mit ihnen umgegangen wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eines hinweisen. Der Landkreistag hatte - ich glaube, vor drei Wochen - eine Veranstaltung in Neumünster. Dort war der ehemalige Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Herr Erwin Teufel, als Gastredner eingeladen. Der hat über die Funktionalreform in Baden-Württemberg gesprochen und gesagt, welche tollen Erfolge dort erreicht werden konnten. Dort hatte man sich zum Ziel gesetzt, im ersten Jahr - ich glaube, es waren 5 % -

(Peter Lehnert [CDU]: 2 %!)

- vielen Dank, Kollege Lehnert -, 2 % zu sparen, in den nächsten Jahren aber immer eine steigende Prozentzahl. Sie haben festgestellt, dass schon im ersten Jahr 15 % erreicht werden konnten, teilweise sogar 20 %.

Dann hat aber Herr Teufel auch mitgeteilt, dass es, bevor sie das Thema Funktionalreform angefasst haben, zwei Dinge gab, die von vornherein unverrückbar waren. Das erste war, dass es keine Kreisgebietsreform gab oder geben sollte. Es hat also beim Zuschnitt der Kreise in Baden-Württemberg überhaupt keine Veränderung gegeben.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Und das, obwohl die Kreise in Baden-Württemberg im Durchschnitt wesentlich kleiner sind, als die in Schleswig-Holstein.

(Unruhe)

Diese Erkenntnis hatte ja zum Beispiel auch der Ministerpräsident noch bis zum Mai dieses Jahres. Es gibt ja noch entsprechende Pressemitteilungen, wörtliche Zitate des Ministerpräsidenten, dass es mit ihm keine **Kreisgebietsreform** gibt. Da muss also in der Zwischenzeit irgendwann schon etwas Tolles passiert sein, dass er alle Versprechungen, die er auch seinen eigenen Parteifreunden und den Kreisen gegenüber gemacht hat, nicht mehr einhalten kann.

Der zweite Punkt, den Herr Teufel genannt hat, war, dass von vornherein sämtliche Einsparpotenziale oder sämtliche Ersparnisse, die durch die Funktionalreform erzielt werden sollten, nicht vom Land abgeschöpft, sondern bei den Kommunen verbleiben sollten.

(Beifall beim SSW)

Hier passiert beides: Sie kassieren einmal die 120 Millionen aus der Finanzausgleichsmasse und sagen, zur Kompensation ziehen Sie noch mögliche Einsparungen heran, um letztlich die Finanzsituation des Landes zugunsten der Kommunen zu verbessern.

Wer ist denn bei den Kommunen davon betroffen? Diese 120 Millionen gehen ja praktisch aus der Finanzausgleichsmasse heraus und werden weniger an **Schlüsselzuweisungen** verteilt. Welche Kommunen bekommen denn die Schlüsselzuweisungen? Das sind zum einen Kreise, und das sind zum anderen die Kommunen, die finanziell relativ schlecht gestellt sind. Das heißt, es werden genau diejenigen getroffen, die es eigentlich am nötigsten hätten. Das sind beispielsweise auch die **Kreise, Städte und Gemeinden**, die sogar **Fehlbetragszuweisungen** bekommen, die eigentlich sogar - ich sage es jetzt mal so - pleite sind. Die werden durch diese Entnahme der 120 Millionen praktisch bestraft.

**(Günther Hildebrand)**

Jetzt ist der Ministerpräsident gerade gegangen. Er hat vorhin der FDP vorgeworfen, dass wir gegen diese Entnahme der 120 Millionen sind und dass wir genauso gegen die Kürzung bei den **Sonderzahlungen** sind. Dazu muss ich sagen: Eigentlich sind wir da mit ihm in bester Gesellschaft, denn vor nicht allzu langer Zeit hatte er selbst diese Forderung erhoben, dass es erstens bei den Kommunen keine Einschnitte geben würde und dass es zweitens, wie er den Beamten versprochen hat, keine Kürzungen bei den Sonderzahlungen gibt. So verkehrt kann also unser Standpunkt nicht sein, wenn ich das mit den Aussagen des Ministerpräsidenten vergleiche.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich finde, er sollte da etwas redlicher in seinen Ausführungen sein und uns nicht das vorwerfen, wofür er selbst lange eingetreten ist.

Dann noch dazu, wer mit wem spricht. Eines muss ich dem Ministerpräsidenten zugestehen: Wenn er irgendwo auftaucht, dann wird natürlich der rote Teppich ausgerollt und es wird möglichst das Positive von Vereinen und Verbänden und so weiter dargestellt. Wenn wir bei Vereinen, Verbänden oder auch bei Bürgerinnen und Bürgern auftauchen, dann werden wir mit der Realität konfrontiert und diese sieht anders aus.

(Lachen bei CDU und SPD)

Ich kann nur sagen: Wir freuen uns über jeden zusätzlichen Arbeitsplatz. Wir freuen uns über jede zusätzliche Steuermark, die aufgrund von Wachstum entsteht, aber so, wie es hier von der Regierung und auch vom Ministerpräsidenten dargestellt wird, ist die Realität in Schleswig-Holstein nicht.

(Beifall bei FDP und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Im Rahmen der zusätzlichen Redezeit erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Finanzminister, erst einmal herzlichen Dank für diese sehr eindringliche Rede. Ich teile nicht alle Schlussfolgerungen der Rede, aber ich meine trotzdem, dass es nachvollziehbar und gut war und von daher auch wohltuend.

(Beifall bei der CDU)

Drei Anmerkungen möchte ich loswerden. Wenn Sie, Herr Finanzminister, in Ihrer Rede sagen, dass

es nicht zuletzt aufgrund der Steigerung bei den Zinsausgaben keinen Weg daran vorbei gibt, dass die Kommunen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst dazu beitragen müssen, dass wir diese **Extraausgaben** bewältigen, dann heißt das, dass sie sich an dem Defizit des Landes beteiligen müssen. Dann vergessen Sie, Herr Finanzminister, das, was in den Reden der Vertreter der Oppositionsparteien kritisiert worden ist. Wir haben ja, meine ich, alle Verständnis dafür, dass gehandelt werden muss. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass von Ihnen und anderen noch im Dezember 2005 - ich sagte es - gesagt wurde: Kein Eingriff bei den Landesbediensteten, kein Eingriff bei den Kommunen!

(Beifall bei SSW und FDP)

Da frage ich mich natürlich, weil ich ein bisschen schlicht gestrickt bin: Warum kommt diese Erkenntnis zu diesem Zeitpunkt? Hatte man die Erkenntnis nicht gleich am Anfang der Legislaturperiode? Dort wurde ja gesagt, die Haushaltslage sei katastrophal. Ich weiß noch, dass die CDU das im Wahlkampf wenigstens immer wieder deutlich gemacht hatte. Von daher war ich überrascht, dass Sie in Ihrer Rede dies verdrängt oder nicht aufgegriffen haben. Es geht ja nicht so sehr darum, dass nicht alle begreifen, dass es eventuell zu Eingriffen kommen muss. Es geht darum, dass wir zumindest nicht verstehen können, wieso man erst etwas verspricht und das dann alles rückgängig macht.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Darum sage ich noch einmal: Dieser Vertrauensverlust ist schwer hinnehmbar und wird auch dazu führen, dass die Bediensteten und die Kommunen des Landes sagen: Nein, jetzt schalten wir erst einmal auf stur. Wir können ja tun und lassen, was wir wollen, das ist nie genug. Wir haben ja alle in unterschiedlicher Zusammensetzung an Veranstaltungen in Schulen, mit dem Beamtenbund, mit den Bediensteten und den Gewerkschaften teilgenommen. Genau dies ist da immer wieder angesprochen worden.

Darum will ich ganz einfach mal die These aufstellen, dass Menschen auch zu sehr vielen Einschnitten bereit sind, wenn ihnen eine Perspektive geboten wird, wenn sie nicht nur Wertschätzung im Nachhinein erfahren, sondern wenn ihnen von Anfang an gesagt wird: Jetzt müssen wir verhandeln, jetzt müssen wir Pakete schnüren, die vielleicht auch Maßnahmen zur Fortbildung enthalten oder ein Personalbudget, die dann letztlich zu einer verbesserten Situation in den Ressorts führen können.

(Anke Spoorendonk)

Da gibt es ja eine ganze Bandbreite von Möglichkeiten, um auf der einen Seite einsparen zu können und auf der anderen Seite gleichzeitig den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas bieten zu können.

Es ist im Übrigen nicht erst das zweite Mal, dass es zu Eingriffen in den **kommunalen Finanzausgleich** kommt. Wir wissen ja, dass es in der Vergangenheit immer wieder geschehen ist. Die Kommunen sagen nun: Liebes Land, wir hatten eigentlich gedacht, dass wir nach der letzten Runde einen Schritt weitergekommen wären, dass es jetzt zu Absprachen käme. Wir haben ja alle gemeinsam - nicht zuletzt war die CDU daran beteiligt - das **Konnexitätsprinzip** in die Landesverfassung bekommen. Wir haben ja gesagt, dass es zu einem anderen Zusammenleben zwischen Land und Kommunen kommen muss. Jetzt kommt es doch zu diesem Vertrauensverlust. Da sage ich: Wie will man eigentlich weiterkommen? Wie will man diese Zusammenarbeit, diese Kommunikation vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die man gemacht hat, verbessern?

Wenn jetzt gesagt wird, alles soll kompensiert werden, dann fragt man sich natürlich: Warum hat man das nicht von Anfang an gesagt? Warum hat man diese Verhandlungen nicht von Anfang an geführt?

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Darum noch einmal: Wer große Reformvorhaben durchführen will, muss auch sehr viel Zeit in Kommunikation investieren. Ich meine, das ist mittlerweile Logik für Perlhühner. Daran geht in den kommenden Jahren kein Weg vorbei. Das hat die Landesregierung bisher versäumt.

Lieber Herr Finanzminister, Sie haben auch gesagt, das Unternehmen Schleswig-Holstein sei fast insolvent. Das hört man ja regelmäßig in jeder dritten Rede. Ich muss sagen: Allmählich reicht es mir, denn Schleswig-Holstein ist kein Unternehmen. Schleswig-Holstein ist, banal gesagt, unsere gemeinsame Gesellschaft, in der wir leben, in der wir auch mithilfe öffentlicher Ausgaben, durch Steuern, Wirtschaftswachstum erarbeiten und sagen können: Das haben wir erreicht, das passt zu unseren gesellschaftlichen Zielvorstellungen. Ich meine, wir müssen endlich davon Abstand nehmen, uns immer mit Wirtschaft zu vergleichen, sondern wir müssen endlich mal sagen: Was ist das eigentlich für eine Wertschöpfung, die wir hier über Jahre eingebracht und erreicht haben? Damit meine ich zum Beispiel die Diskussion, ob wir den Investitionsbegriff nicht endlich ändern können. Das ist etwas, was der Finanzausschuss mehrfach angesprochen hat.

(Lothar Hay [SPD]: Zinsen helfen uns nicht!)

- Das hilft uns in dem Sinne, dass wir endlich einmal begreifen, dass wir mit den Ausgaben, die wir haben, auch gegensteuern können.

Damit bin ich wieder bei meinem Lieblingsthema, der anstehenden Unternehmenssteuerreform. Wir haben vor nicht so vielen Jahren erkannt, dass die damalige **Unternehmenssteuerreform** nicht das gebracht hat, was wir von ihr erhofft haben. Jetzt scheint es, dass wir den gleichen Fehler wieder machen wollen. Wir haben in der Bundesrepublik so viel Privatvermögen und so wenig öffentliches Vermögen, dass man sich die Frage stellen muss, wie dieses Ungleichgewicht in den kommenden Jahren beseitigt werden kann oder ob wir es einfach akzeptieren.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir es akzeptieren, dann, kann ich nur sagen, haben wir natürlich nur die öffentliche Leistung, die dazu passt. Man kann nicht beides haben.

Letzte Bemerkung zu der Verantwortung für den Haushalt! Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass der SSW nicht nur bei der Schlussabstimmung für den Haushalt stimmen wird, sondern wie in der Vergangenheit bereit ist, Verantwortung mitzutragen. Das hätten wir getan, wäre es zu einer anderen Regierungskonstellation gekommen. Hätte der SSW eine Minderheitsregierung toleriert, hätten wir auch Verantwortung für den Haushalt übernommen. Das tun wir auch jetzt. Da machen wir keinen Unterschied.

Wir kommen nicht mit Alternativvorschlägen zum Gesamthaushalt. Das sehen wir nicht als unsere Aufgabe. Wir sagen, es ist wichtiger und bringt uns mehr, wenn wir Einfluss auf den Haushalt des Landes zu nehmen versuchen, so wie er vorliegt. Es mag sein, dass man dann keine Hochglanzprojekte entwerfen kann, aber man hat dann auch die Messlatte nicht so hoch gehängt, dass man schön darunter hindurchlaufen kann. Aber auch wir finden es richtig, dass man endlich einmal - Sie sagten es anders, ich sprach von Leitlinien - weiterdenkt und nicht nur in Legislaturperioden denkt und glaubt, es in den Ländern allein bewerkstelligen zu können. Von daher haben Sie unsere Unterstützung, wenn wir über die Frage nachdenken: Wie stellen wir uns die Entwicklung in der Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren vor? Das können Bund und Länder nur gemeinsam bewerkstelligen. Das, denke ich, muss die Perspektive sein.

(Beifall beim SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Bevor wir in die Abstimmungen eintreten, habe ich drei Bemerkungen.

Die eine ist: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 30 auf den Januar zu schieben und Tagesordnungspunkt 26 ohne Aussprache zu behandeln.

Die zweite ist eine ganz herzliche Begrüßung des CDU-Kreisverbandes Steinburg. - Meine Damen und Herren, seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Zum dritten erteile ich Frau Heinold das Wort, die eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben wird.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Kleinigkeit zum Verfahren. Es geht um die Einzelabstimmung zu Artikel 2 und Artikel 3. Meine Fraktion beantragt wie auch der SSW hier Einzelabstimmung. Es ist wichtig, dies auch zu Protokoll zu geben.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Ich bedanke mich bei der Kollegin Heinold. Sollte es im Ablauf dazu Fragen geben, bitte ich um einen entsprechenden Hinweis.

Wir treten jetzt in die Abstimmungen zum Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/910, ein. Ich werde zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1104, zur Abstimmung aufrufen, da dieser Antrag unter anderem die Ablehnung des Haushalts 2007/2008 betrifft. Wer also dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1104, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/1104 mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP, der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zu den Abstimmungen über die **Einzelpläne**. Ich rufe zunächst die einzelplanübergreifenden Anträge auf.

Ich lasse zunächst über die neu zu veranschlagenden Titel „Parkraumbewirtschaftung“, „Subventio-

nen/Schleswig-Holstein-Fonds“, „Geschäftsbedarf, Dienstreisen“ des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - das ist die Seite 20 der Drucksache 16/1105 (neu) - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse dann über die Nummer 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP - das ist Seite 7 der Drucksache 16/1144 (neu) - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Ich rufe den **Einzelplan 01** - Landtag - auf.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), Titel 0102-111 01, Gebühren ULD, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Nummer 2 der Drucksache 16/1144 (neu) - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einstimmig angenommen worden.

Ich rufe den **Einzelplan 02** - Landesrechnungshof - auf.

Änderungsanträge zu diesem Einzelplan liegen nicht vor. Wer daher dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen des Hauses einstimmig angenommen worden.

Ich rufe den **Einzelplan 03** - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf.

**(Präsident Martin Kayenburg)**

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), von Titel 0301-684 01, Schleswig-Holstein-Tag, bis Titel 0306-684 44, Heimatpflege, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummer 3 bis 9 der Drucksache 16/1144 (neu) - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist Einzelplan 03 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 04** - Innenministerium - auf.

Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über Titel 0407-684 15 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), Migrationssozialberatung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu) von Titel 0401-422 01, Personalkostenbudget des Innenministeriums, bis Titel 0403-811 01, Erwerb von Fahrzeugen, sowie Titel 0410-811 02, Neubau Wasserschutzboote, und Titel 0410-422 62, Polizisten im Polizeiorchester, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 10 bis 15, abstimmen.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden.

Ich rufe nunmehr den **Einzelplan 05** - Finanzministerium - auf.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), abstimmen, und zwar über Titel 0501-422 01, Bezüge von Beamten. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 05 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich rufe nunmehr den **Einzelplan 06** - Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr - auf.

Zunächst Einzelabstimmung über den neu zu veranschlagenden Titel „Machbarkeitsstudie Schienenflieger Kiel-Fuhlsbüttel“ des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über Titel 0602-682 04 - An die Kieler Flughafen mbH - im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), Titel 0601-122 01 - Feldes- und Förderabgabe - sowie von Titel 0602-682 01 - An die WTSH -

**(Präsident Martin Kayenburg)**

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Förderung von Technologie, Herr Ministerpräsident!)

- wir sind gerade im Abstimmungsverfahren, Herr Kollege Hentschel; ich fahre an der Stelle fort, an der Sie unterbrochen haben - bis Titel 0620-TG 85 - Innovationsfonds - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 16 bis 29, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 07** - Ministerium für Bildung und Frauen - auf.

Zunächst Einzelabstimmung über Titel 0710-525 63 - Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer - im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), abstimmen, und zwar von Titel 0707-684 03 - Frauenberatungseinrichtungen - bis Titel 0710-MG 07 - Zuschüsse an deutsche Privatschulen - sowie die Titel 0714-422 01 - Bezüge von Lehrerinnen und Lehrern an Gymnasien - und 0717-684 01 - Präventionsbüro PETZE -. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Fraktion der FDP hat Einzelabstimmung über Nummer 34 -Schulsozialarbeit - ihres Änderungsantrages Drucksache 16/1144 (neu) beantragt. Wer

dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 30 bis 33 und 35 bis 38, Titel 0717-525 15-MG 01 - Lehrerfortbildung -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 08 - Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa - auf.

(Günter Neugebauer [SPD]: Einzelplan 09!)

- Einzelplan 09! Sehr richtig. Ich rufe den **Einzelplan 09** - Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa - auf.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), Titel 0910-683 07 - Arbeitslosenberatungsstellen und -initiativen -, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 39 bis 46, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

**(Präsident Martin Kayenburg)**

Ich rufe den **Einzelplan 10** - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren - auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), von Titel 1002 (neuer Titel) - Verpflichtende Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige, Zuweisungen an die Kommunen - bis Titel 1012-MG 05 - Investive Maßnahmen Jugendhilfe - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 47 bis 58, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich rufe den **Einzelplan 11** - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Zunächst Einzelabstimmung über den Titel 1102-633 04 - Zuweisungen zur Förderung des ÖPNV - im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Einzelabstimmung über den neu zu veranschlagenden Titel „Zuweisungen zur Umsetzung des Konzeptes Clever Starten an den Kindertagesstätten“ im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Einzelabstimmung über den Titel 1102 (neu) - Zuschüsse an die Kommunen zur Finanzierung eines

kostenfreien Kita-Jahres - im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! - Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), Titel 1102-633 08 - Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten - sowie von Titel 1103-812 46 - Erwerb von Hard- und Software - bis Titel 1116-325 01 - Nettokreditaufnahme - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Die Fraktion der FDP hat ebenfalls zu einigen Positionen Einzelabstimmung beantragt. Ich rufe zunächst auf: Einzelabstimmung über die Nummer 63 - Entnahme aus dem KIF - der Drucksache 16/1144 (neu). - Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 64 - Entnahme aus dem KIF - im Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu)! - Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Nummer 67 - Schlüsselzuweisungen - im Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu). Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer dem Antrag auf namentliche Abstimmung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag auf namentliche Abstimmung einstimmig angenommen worden. Damit ist das Erfordernis von § 63 Abs. 2 GO-LT der Zustimmung von mindestens 18 Abgeordneten übererfüllt.

Wir treten nunmehr in die namentliche Abstimmung ein. Kollege Buder ist wieder hier. Es scheidet

**(Präsident Martin Kayenburg)**

nen keine Kollegen mehr draußen bei Besuchergruppen zu sein.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Nummer 67 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP haben zehn Abgeordnete zugestimmt, 55 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Nummer 67 des Änderungsantrages Drucksache 16/1144 (neu) ist damit abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 69 - Zuweisungen an Kita - im Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 70 - Zuweisungen für Investitionen - im Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu). Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 73 - Globale Mehrausgaben für Personalausgaben - im Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Nummer 74 - Globale Mehrausgaben für Personalausgaben - im Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu). Es ist auch hier namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit der großen Mehrheit des Hauses bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen worden. Ich bitte, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>2</sup>

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Der Nummer 74 des Änderungsantrages der Fraktionen der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), haben sechs Abgeordnete zugestimmt. 60 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 59 bis 62, 65 und 66, 68, 71 und 72 sowie 76, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 12** - Hochbaumaßnahmen des Landes - auf. Änderungsanträge zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13** - Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - auf.

Zunächst Einzelabstimmung zum Einzelplan 13 betreffend die Zweckbindung der Grundwasserabgabe! Das ist die Seite 17 des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu).

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

<sup>2</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

**(Präsident Martin Kayenburg)**

Einzelabstimmung über den Titel 1318-682 02 - Freiwilliges Ökologisches Jahr - des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über den Titel 1320-683 04 - MSL/Ökologischer Landbau - des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu)! Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1105 (neu), von Titel 1313-685 04 - Institutionelle Förderung von Naturschutzverbänden - bis Titel 1317-683 30 - Ökologischer Landbau/Unterstützende Tätigkeiten - sowie über die Titel 1318-684 05 - Bündnis entwicklungspolitischer Initiativen - und 1318-686 03 - Projekte Entwicklungszusammenarbeit - sowie von Titel 1320-892 20 - Agrarinvestitionsförderprogramm - bis Titel 1320-887 08 - Zuweisung zu Vorarbeiten und Ausführungskosten der ländlichen Neuordnung - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über Nummer 95 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu)! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1144 (neu), Nummer 77 bis 94 und 96 bis 114, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen

von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD zum Haushaltsentwurf 2007, Drucksache 16/1146 (neu), von Titel 1301-511 10 - Geschäftsbedarf und Kommunikation - bis Titel 1320-883 04 - Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gemeinden und Gemeindeverbände - sowie zum Haushaltsentwurf 2008 von Titel 1301-531 02 - Öffentlichkeitsarbeit - bis Titel 1320-883 04 - Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gemeinden und Gemeindeverbände - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben angenommenen Änderungen, Drucksache 16/1146 (neu), zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in geänderter Fassung angenommen.

**Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008.**

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsstrukturgesetz, Drucksache 16/1105 (neu), abstimmen. Hierzu liegen folgende Anträge vor:

Änderungen in Artikel 1 - Haushaltsgesetz 2007/2008 - betreffend: § 10 Abs. 8, Seite 20 des Antrages, §§ 12 c, 16 und 24, Seite 16 des Antrages, § 22 Abs. 5, Seite 11 des Antrages, § 28 Abs. 5, Seite 8 des Antrages, § 28 Abs. 2, Seite 8 des Antrages.

Änderungen in Artikel 2 - Änderung Finanzausgleichsgesetz - betreffend: § 7 Abs. 1, Nummer 8 a, Seite 14 des Antrages, § 7 Abs. 1, Nummer 8 b, Seite 14 des Antrages, § 7 Abs. 1, Nummer 10, Seite 13 des Antrages, § 7 Abs. 1, Nummer 11, Seite 13 des Antrages.

Streichung des Artikels 3 - Änderung des Grundwasserabgabengesetzes -, Seite 17 des Antrages.

Wer den Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -

**(Präsident Martin Kayenburg)**

Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus dem ersten Teil der Drucksache 16/1144 (neu) auf.

Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 5, Artikel 2 - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 6, Artikel 2 - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 7, Artikel 2 - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 8, Artikel 2 - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über die Nummer 11, Artikel 4 - Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse nun über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummer 1 bis 4, 9 und 10 sowie 12 aus dem ersten Teil; ich verweise Sie auf die Seiten 1 bis 6 der Drucksache 16/1144 (neu) - abstimmen. Wer den Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU,

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmungen zu den Artikeln 2 und 3 beantragt. Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes - in der Fassung der Drucksache 16/1103. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Unruhe)

- Ich sage der Klarheit halber noch einmal: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmungen zu den Artikeln 2 und 3 beantragt. Wir sind jetzt bei der Einzelabstimmung über Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe)

- Für das Präsidium ist das Abstimmungsverhalten des Hohen Hauses bis jetzt nicht klar. Ich wiederhole: Es ist Einzelabstimmung über Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes - in der Fassung der Drucksache 16/1103 beantragt worden. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Wir kommen nun zur Einzelabstimmung über Artikel 3 des Haushaltsstrukturgesetzes - Änderung des Grundwasserabgabengesetzes - in der Fassung der Drucksache 16/1103. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Artikel 3 des Haushaltsstrukturgesetzes in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden.

Auf Antrag des SSW folgt die Einzelabstimmung über Artikel 4 des Haushaltsstrukturgesetzes - Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlungen - in der Fassung der Drucksache 16/1103. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Artikel 4 des Haushaltsstrukturgesetzes in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von CDU, SPD

**(Präsident Martin Kayenburg)**

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und SSW angenommen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 11.586.215.900 € für das Haushaltsjahr 2007 und 11.029.969.500 € für das Haushaltsjahr 2008.

Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 799.575.000 € für das Haushaltsjahr 2007 und 599.317.000 € für das Haushaltsjahr 2008.

Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 4.330.472.000 € für das Haushaltsjahr 2007 und 3.832.815.200 € für das Haushaltsjahr 2008 und bleibt somit unverändert. Die bei Titel 1116-325 01 veranschlagte Kreditaufnahme verändert sich nicht.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, bitte ich diejenigen, die dem Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008 mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der heute vorgenommenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Haushalt 2007/2008 in zweiter Lesung und nunmehr endgültig mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden. Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, ich gratuliere Ihnen!

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Kinderförderung wichtiger als Ehegattensplitting**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 16/1138](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sieben anerkannte Verbände, unter ihnen der Juristinnenbund, der Kinderschutzbund, pro familia und der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, fordern in einem Appell an die Bundesregierung, das Ehegattensplitting zugunsten einer gezielten Förderung von Kindern abzuschaffen. Sie fordern, statt des Ehegattensplittings eine individuelle Besteuerung mit einem übertragbaren zweiten Grundfreibetrag einzuführen. Sie rufen die Bundesregierung auf, statt über ein neues **Familienplitting** nachzudenken, welches eine weitere Steuerentlastung für Besserverdienende wäre, endlich das Recht auf Bildung und Existenzsicherung für jedes Kind umzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Bundespräsident Horst Köhler hat sich in die familienpolitische Debatte eingemischt. Er hat ein wichtiges Signal gesetzt, indem er die bisherige Ausrichtung der staatlichen Familienpolitik als nicht mehr zeitgemäß kritisiert hat und festgestellt hat, dass unser Sozial- und Steuerrecht nach wie vor von überholten Familienbildern geprägt ist. Meine Damen und Herren, die Zeit ist also reif für eine tief greifende Umgestaltung der Familienförderung in Deutschland.

Mit unserem heutigen Landtagsantrag fordern wir die Landesregierung auf, eine **Bundsratsinitiative** zur Reform des Ehegattensplittings zu starten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Jahren drückt sich die Politik vor diesem Schritt, obwohl schon lange bekannt ist, dass das Ehegattensplitting die gesellschaftliche Realität von vorgestern widerspiegelt. Die Reform ist auch deshalb so wichtig und so notwendig, weil Betreuung, Förderung und **Bildungsinfrastruktur** für Kinder und Familien dringend im notwendigen Umfang ausgebaut und qualitativ verbessert werden müssen. Wir brauchen mehr Entschlossenheit und eine finanzielle Schwerpunktsetzung, wenn wir die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** angemessen unterstützen wollen. Es muss Schluss gemacht werden mit dem Gedanken, dass Bildung und Erziehung vor allem Privatsache sind und am besten am heimischen Herd durch die mitfühlende Mutter und den gestrengen Vater geleistet werden können. Wir müssen Schluss damit machen, dass ganze Generationen sozial und kulturell ausgegrenzt werden. Wir müssen Schluss damit machen, dass in Deutschland Bildungsarmut vererbt wird. Wir müssen Schluss damit machen, dass ganze Gruppen von Kindern nicht die Unterstützung und Förderung erhalten, die

(Monika Heinold)

ihnen eine gute Zukunftsperspektive eröffnen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundespräsident hat in seiner Rede die Schwächen der überholten Familienförderung in Deutschland genannt. Nun muss daraus die Schlussfolgerung gezogen werden. Nur Worte helfen nicht weiter.

Wir haben als Grüne dafür ein klares Konzept. Wir wollen eine qualitative Verbesserung der **Kindertagesbetreuung**, eine Ausweitung des **Rechtsanspruches** und ein gebührenfreies und verbindliches Kindergartenjahr als Einstieg in die kostenlose Kindertagesstätte. Dies werden wir nur schaffen, wenn der Bund sich bei der Finanzierung beteiligt. Wir haben eben gesehen, dass die Große Koalition die kostenlose Kindertagesstätte immer wieder aus finanzieller Not ablehnt. Meine Damen und Herren, schaffen Sie also gemeinsam mit uns die Grundlagen dafür, dass es in Berlin zu einer Umsteuerung der Familienpolitik kommt und dass wir hier in Schleswig-Holstein Mittel haben, um Kinder und Kindertagesstätten angemessen zu fördern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das in den 50er-Jahren eingeführte **Ehegattensplitting** kostet jährlich weit über 20 Milliarden €, Steuermittel, welche einseitig die traditionelle Ehe mit der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung begünstigen. Am stärksten profitieren - Sie wissen es - die gut verdienenden; bei niedrigem Einkommen bewirkt das Splitting nur wenig bis gar nichts. Über 50 % der geförderten Familien, die vom Splitting profitieren, bekommen diese Mittel, obwohl sie gar nicht mit Kindern zusammenleben. Die Familie hat sich verändert, und wir fordern, dass wir als Gesellschaft, dass wir als Politik darauf reagieren. Jedes Kind muss gleich gefördert werden und die gleichen Chancen haben, egal, wo seine Eltern herkommen, egal, wie seine Eltern leben. Deshalb bitte ich Sie: Lassen Sie uns nicht länger über die Familienförderung in Deutschland lamentieren!

Wir haben mit der Initiative, die sich in Berlin gebildet hat, eine breite Unterstützung von vielen Vereinen und Verbänden. Es ist kein Kinderspiel, das Ehegattensplitting eben mal umzugestalten. Davon sind viele betroffen. Lassen Sie uns diese breite Unterstützung nutzen und unsere Landesregierung bitten, im Bundesrat aktiv zu werden, und zwar nicht übermorgen, sondern morgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Heinold. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Frank Sauter.

**Frank Sauter [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Soweit Sie hier alle noch anwesend sind nach einem so aufreibenden Abstimmungsmarathon, bedanke ich mich, dass zumindest einige Abgeordnete dem Thema die notwendige Aufmerksamkeit geben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, das deutsche Steuerrecht ist seit Jahrzehnten auch Spiegelbild gesellschaftspolitischer Entwicklungen wie auch gesellschaftspolitischer Überzeugungen der jeweiligen politischen Mehrheiten. Das ist letztlich auch ein Grund dafür, warum unser Steuerrecht insgesamt als sehr komplex, sehr vielschichtig und auch recht schwer zu durchschauen gilt. So manch eine gute Idee, das **Steuerrecht** zu verändern, beginnt damit, dass am Anfang der Debatte an einer Schraube gedreht wird und man sich am Ende einer Debatte dann wundert, was tatsächlich dabei herauskommt. Da passen dann Dinge, die man ursprünglich wollte, mit den Ergebnissen, die man tatsächlich erzielt hat, nicht mehr zusammen. Hierüber wissen auch die Antragsteller sicherlich ein Lied zu singen, denn während in der Antragsbegründung die Bundesregierung aufgefordert wird, das Recht auf Bildung und Existenzsicherung aller Kinder zu gewährleisten und nicht über die steuerliche Gestaltung sogenannte Besserverdienende besser zu stellen, fordert der Antrag nun genau das Entgegengesetzte zu dem, was in der Begründung steht, nämlich eine Veränderung einer steuerlichen Gestaltung.

Der Antrag fordert die **Abschaffung des Ehegattensplittings** und die Einführung eines individuellen Steuerfreibetragsmodells, verknüpft mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten, das natürlich in der Wirkung dann auch wieder diejenigen besonders begünstigt, die hohe Einkommen erzielen und deswegen auch hohe Steuern bezahlen. Deswegen steht der Antrag der Grünen im Widerspruch zur eigenen Antragsbegründung. Das Parlament muss sich fragen, worüber überhaupt beraten werden soll, über das, was beantragt wird, oder über das, was die Grünen tatsächlich wirklich wollen. Möglicherweise müssen sich die Grünen selbst auch erst einmal Klarheit darüber verschaffen. Das sollten sie dann auch tun, bevor sie andere dazu auffordern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

(Frank Sauter)

Meine Damen und Herren, wir kennen das von den Grünen hier geforderte **Grundfreibetragsmodell** in ähnlicher Form aus den Beiträgen zur steuerpolitischen Debatte von Friedrich Merz und Professor Kirchhoff. Ich bin deswegen weit davon entfernt, diese Modelle negativ zu beurteilen. Ganz im Gegenteil! Man muss allerdings sehen, dass die bisherige Diskussion auch in einem anderen großen Gesamtzusammenhang geführt worden ist, im Zusammenhang einer umfassenden Reform des Einkommensteuerrechts mit niedrigen Steuersätzen, das heißt, mit niedrigen Stufentarifen oder mit einer stark abgeflachten Progressionskurve. Auf der Grundlage des heutigen Einkommensteuerrechts und der heute bestehenden hohen **Progressionsätze** wäre die Einführung dieses Grundfreibetragsmodells natürlich auch überproportional von steuerlich positiven Effekten begleitet, die einkommensbedingt bei den gut verdienenden Eltern sind.

Deshalb haben wir diesen Widerspruch zur Antragsbegründung, denn der Antrag gibt keine Antwort auf die Frage der Förderung von Kindern in Familien beziehungsweise Haushalten, in denen überhaupt kein **steuerpflichtiges Einkommen** erzielt oder nur ein sehr geringes Einkommen erwirtschaftet wird. Das heißt, die große politische Fragestellung in unserer Gesellschaft, die Sie mit dem Antrag aufwerfen, Frau Heinold, ob nämlich all die Gelder, die die Gesellschaft zur Verfügung stellt, um Familien und Kinder zu fördern, am Ende auch tatsächlich da ankommen, wo sie hin sollen, diese große Fragestellung wird mit einer Veränderung der steuerrechtlichen Parameter in der Familien- und Kinderförderung nicht erreicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das muss man sehen als familienpolitische Komponente. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum ich als Finanzpolitiker zu Ihrem Antrag spreche und nicht die Familienpolitiker meiner Fraktion. Die Diskussion greift zu kurz, aber wir gestehen Ihnen gern zu, dass die Meinungsbildungsprozesse laufen, die mit Sicherheit nicht mehr von der bestehenden Bundesregierung tatsächlich in Gesetzgebungsverfahren oder Gesetzgebungsvorhaben umgewandelt werden.

Wir alle wissen, auf der Agenda der Bundesregierung steht nicht mehr das umfassende Ändern des **Ertragsteuerrechts**. Die Parteien positionieren sich, die Geschichte ist noch nicht zu Ende erzählt. Deshalb meine ich, es macht Sinn, im Finanzausschuss hierüber weiter zu diskutieren und zu beschließen. Ich beantrage Überweisung und Beschlussfassung im Finanzausschuss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Sauter. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel.

**Anna Schlosser-Keichel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt habe ich im ParlaNet das Stichwort Splitting eingegeben. Erwartungsgemäß hat mein Computer eine lange Liste von Treffern ausgespuckt. Wir haben uns wiederholt und unter den unterschiedlichsten Gesichtspunkten mit dem **Ehegattensplitting** befasst, auch hier in diesem Haus. Wir haben das Splitting durch die Brille der Frauenpolitikerinnen betrachtet, durch die der Familienpolitiker und nicht zuletzt natürlich durch die Brille der Finanzpolitiker. Immerhin kostet diese Subventionierung des Ehestandes jährlich rund 19 bis 20 Milliarden € oder - Sie sagten das, Frau Heinold - auf den Schleswig-Holsteinen Landeshaushalt gerechnet - 217 Millionen €. Das Geld wäre, auch nach unserer Auffassung, besser gezielt für eine **kinder- und familiengerechte Infrastruktur** einzusetzen.

Es wäre allerdings blauäugig, wenn man sich diese Beträge betrachtet, diese im Falle einer Umgestaltung des Splittings voll auf der **Einnahmeseite** verbuchen zu wollen. Ich denke, dass es wohl unstrittig ist, dass die gegenseitigen Unterhaltsansprüche der Partner und die zurückliegenden langjährigen Erziehungsleistungen für heute erwachsene Kinder auch gegenüber den Eheleuten steuerlich gewürdigt werden müssten. Dennoch wären schon bei einem Teilumbau des Ehegattensplittings plötzlich gebührenfreie Kindergärtenplätze „kinderleicht“ zu finanzieren, wie das kürzlich „Die Zeit“ vorgerechnet hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schleswig-holsteinische SPD und die SPD-Landtagsfraktion vertreten dazu eine ganz klare Position. Ich erinnere unter anderem an das 10-Punkte-Programm zur Steuerpolitik, das wir auch in die Diskussion um unser Bundestagswahlprogramm eingebracht haben, und an diverse Parteitagebeschlüsse. Frau Heinold, Sie hätten uns also gern in Ihre Liste der Befürworter einer Reform der Ehegattenbesteuerung aufnehmen können. Wir wollen in der Tat weg von einer steuerlichen Begünstigung der Institution Ehe hin zu einer gezielten **Förderung von Familien mit Kindern**. Das Ehegatten-

(Anna Schlosser-Keichel)

splitting ist einer der alten Steuerzöpfe, die abgeschnitten werden müssen. Da sind wir ganz auf Ihrer Seite.

Wir haben nur ein winzig kleines Problem: Unser Koalitionspartner ist da noch nicht ganz so weit. Das hat auch der Redebeitrag von Herrn Sauter gezeigt. Ich muss Ihnen die Spielregeln in einer Koalition nicht erläutern: Initiativen werden nur gestartet, wenn beide Partner dahinterstehen. Ich will der Ausschussberatung nicht vorgreifen - das wird sicherlich eine interessante Diskussion -, aber ich kann schon jetzt sagen, dass wir dem Antrag möglicherweise nicht werden zustimmen können.

Ich teile im Übrigen Ihre pessimistische Einschätzung nicht, dass sich ohne die Schützenhilfe aus Schleswig-Holstein in Berlin in Sachen Ehegattensplitting nichts tun würde. Wie man lesen kann, wird das Thema auch in der CDU - zumindest auf Bundesebene - heftig diskutiert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich Anfang des kommenden Jahres mit den Ergebnissen einer Arbeitsgruppe befassen, die die Aufgabe hatte, alle familienpolitischen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen und Vorschläge für eine Neuausrichtung der Familienförderung zu unterbreiten. Dabei wird es natürlich auch um die Frage des Ehegattensplittings gehen.

Grundlage dieser Diskussion ist unter anderem ein Gutachten der Universität Köln, das die unterschiedlichen Auswirkungen einer Kappung des Ehegattensplittings zugunsten eines **Familienplittings** oder aber einer **Individualbesteuerung** untersucht und durchgerechnet, und zwar mit ganz differenziertem Blick auf die verschiedenen Einkommensschichten. Das ist eine sehr interessante Lektüre, die leider in der Kürze der Zeit in ihrer Vielschichtigkeit hier nicht aufgearbeitet werden kann. Die Studie verdeutlicht und bestätigt aber, dass die verschiedenen Varianten eines Familienplittings nach wie vor insbesondere **einkommensstarke Haushalte** begünstigen würden. Als Frauenpolitikerin möchte ich nebenbei sagen: Ein Familienplitting würde auch nicht die Hürden abbauen, die Frauen heute angesichts der vermeintlichen Vorteile eines Ehegattensplittings davon abhalten, sich gleichberechtigt in das Berufsleben einzugliedern.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Unser Ziel ist, die Umgestaltung der Ehegattenbesteuerung in Richtung einer Individualbesteuerung natürlich so vorzunehmen, dass sie den Vorgaben unserer **Verfassung** entspricht. Das wird eine komplizierte Geschichte, das ist klar. Wir werden diese Position - wie auch in der Vergangenheit schon - in

unserer Partei und in der Diskussion mit unseren Bundestagsabgeordneten vertreten. Ich denke, dass das zurzeit die Ebene ist, auf der wir am wirkungsvollsten agieren können. An der einen oder anderen Stelle ist bei den Genossinnen und Genossen in Berlin auch noch einmal Überzeugungsarbeit zu leisten. Darauf werden wir uns konzentrieren. Wir sind aber natürlich gern bereit, den Antrag in den Ausschüssen weiter zu beraten. Möglicherweise ergibt sich eine gemeinsame Initiative. Ich denke aber, dass die Arbeit in den Parteigremien nicht weniger wichtig ist.

Noch eine kurze Bemerkung: Das Ehegattensplitting wird nächstes oder übernächstes Jahr 50 Jahre alt. Ich hoffe, dass es der letzte runde Geburtstag dieses Splittings ist und dass das Ehegattensplitting bald der Vergangenheit angehört.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Schlosser-Keichel. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Heinold, liebe Kollegin Schlosser-Keichel, bestimmte Formen der Auseinandersetzung beziehungsweise bestimmte Hinweise taugen in der Debatte nicht richtig. Ich glaube, es ist ein bisschen zu einfach, auf den Koalitionspartner zu verweisen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstellen mit dem vorgelegten Antrag, dass das Ehegattensplitting eine einseitige Förderung von Lebensgemeinschaften sei, deren Partner verheiratet sind. Das ist aber nicht das primäre Ziel des Ehegattensplittings.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gefördert und geschützt werden soll durch das **Ehegattensplitting** grundsätzlich das Institut der **Ehe**, nicht aber die Familie. Denn der Schutz der Ehe - und auch daran kommen auch Sie nicht vorbei, Frau Birk, auch wenn Sie dazwischenrufen - ist ein selbstständiges Gewährleistungsinstrument im Rahmen des **Artikel 6 Grundgesetz**.

Man hat sich bei der Einführung des Ehegattensplittings durchaus etwas gedacht, und zwar nicht nur dahingehend, dass man die Ehe privilegieren will, sondern dass es der Staat auf diese Weise den Eheleuten überlässt, wie sie ihre Ehe führen. Das kann

(Dr. Heiner Garg)

der Staat nur, wenn er nicht über alle möglichen Transferleistungen steuernd eingreift, sondern den Ehegatten genügend Einkommen belässt, damit sie frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn aber das Ehegattensplitting nicht unmittelbar der Förderung von Familien mit Kindern dient, wie kann dann ein **Ausgleich** gefunden werden, um **Familien** nicht schlechter zu stellen? Das muss die eigentliche Frage sein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie kann denjenigen Verantwortungsgemeinschaften von Menschen geholfen werden, in denen Kinder leben und den Mittelpunkt dieser Gemeinschaft bilden? Das kann zum Beispiel dadurch erfolgen, dass man das Ehegattensplitting vollständig abschafft und das Geld an diejenigen umverteilt, die für Kinder sorgen. Bei diesem Weg würde dann allerdings außer Acht gelassen werden, dass dem von der Verfassung vorgegebenen **Schutz der Ehe** nicht mehr genügend Rechnung getragen wird. Daran kommen wir nicht vorbei, auch wenn wir - oder im Zweifel Sie - es gern hätten. Ein solcher Weg würde durch den Antrag auch gar nicht verfolgt.

Konkret wird die Einführung des Modells des sogenannten **Realsplittings** gefordert, kombiniert mit einem **Grundfreibetrag**. Das hat die Kollegin Heinold dargestellt.

Einen ähnlich lautenden Antrag hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im April dieses Jahres in dem Deutschen Bundestag eingebracht. Grundsätzlich könnte das Modell des Realsplittings ein gangbarer Weg sein, aber nur dann, wenn der **Freibetrag** eine gewisse Höhe erreicht, die einen solchen Ausgleich tatsächlich möglich macht. Denn es muss sichergestellt werden, dass die **Unterhaltungspflichten der Ehepartner** auch weiterhin untereinander abgegolten werden können.

Das Splittingverfahren ist auch nach der Rechtsprechung des **Bundesverfassungsgerichts** keine beliebig veränderbare Steuervergünstigung, sondern eine an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ehepartner orientierte, sachgerechte Besteuerung. Wenn aber der Freibetrag eine gewisse Höhe erreichen muss, dann sehe ich im Ergebnis nur wenig Unterschied zum bisherigen Verfahren, denn bereits heute entfallen rund 70 % des Splittingvolumens auf verheiratete Einkommensbezieher mit

Kindern. Wenn diese nicht schlechter gestellt werden dürfen und gleichzeitig auch Ehepartner ohne Kinder einen entsprechenden Grundfreibetrag geltend machen können, dann bliebe unterm Strich nur noch sehr wenig übrig, um den übrigen **Verantwortungsgemeinschaften mit Kindern**, die keinen Trauschein vorweisen können, eine entsprechende finanzielle Förderung zukommen zu lassen oder gar **Betreuungsangebote** für Kinder zu schaffen. Stattdessen hätten wir das Steuerrecht erneut verkompliziert und womöglich neue Ungerechtigkeiten geschaffen.

Welche Strukturen, welche Förderung brauchen Kinder, unabhängig davon, ob deren Eltern mit oder ohne Trauschein miteinander verbunden sind? - Bundespräsident Köhler hat zu Recht bemängelt, dass unsere Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik und unsere Infrastruktur den Veränderungen der Familie hinterherhinken, weil sie an überholten Familienbildern ausgerichtet sind. Das haben wir in der letzten Landtagsdebatte ausgiebig debattiert. Sie wissen doch ganz genau, dass es hier kaum noch Differenzen im Landtag gibt. Die zentrale Frage lautet deshalb: Wie können trotzdem Kinder gezielt gefördert werden oder gezielter als bislang?

Eine Alternative wäre die Einführung eines **Familien-splittings** - da bin ich in der Beurteilung anderer Auffassung als die Kollegin Heinold -, das unabhängig vom rechtlichen Status der Eltern die Zahl der zu **betreuenden Kinder** steuerlich begünstigt. Diese Alternative wird von den Antragstellern abgelehnt, obwohl beispielsweise Frankreich ausgezeichnete Erfahrungen derzeit hiermit macht. Eine andere Möglichkeit wäre, die derzeit gut 145 verschiedenen Leistungen des Staates zur Förderung von Familien mit einem Gesamtvolumen von mehr als 180 Milliarden € auf deren Effizienz hin zu überprüfen und zugunsten der Kinderförderung neu zu bündeln. Das ist ein Weg, den auch die Kollegin Schlosser-Keichel vorgeschlagen hat. Neben einer zentralen Anlaufstelle, wie das mit der Einführung von Familienbüros in Schleswig-Holstein versucht wird, erhielten Familien damit eine gezielte Förderung ohne Ansehen des rechtlichen Status der Gemeinschaft, in der Kinder leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich über den Antrag, weil er die Gelegenheit gibt, im Sozialausschuss und im Zweifel auch im Finanzausschuss ernsthaft über die aus meiner Sicht zentrale Frage zu reden: Wie können wir in Zukunft Kindern unabhängig davon, in welcher **Verantwortungsgemeinschaft** sie großgezogen werden, wirklich helfen? Ich glaube aber trotzdem, dass wir nicht den Eindruck erwecken dürfen, dass wir mit

(Dr. Heiner Garg)

einer Abschaffung oder mit einer Kappung des Ehegattensplittings unendlich hohe Geldbeträge zur Verfügung haben, um das finanzieren zu können, was wir zum Teil gerade durch Haushaltsänderungsanträge für wünschenswert gehalten haben.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Lars Harms [SSW])

Das **Bundesverfassungsgericht** zieht hier ganz klare Linien, die wir einhalten müssen und die wir auch einhalten wollen. Insofern freue ich mich auf die Debatte, die aber - glaube ich - schwieriger wird, als wir uns das heute an der Stelle vielleicht vorstellen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile nun das Wort für den SSW im Landtag dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ehegattensplitting ist eine Subventionierung von einkommensstarken Ehepaaren, die überwiegend in den alten Bundesländern wohnen. 93 % der Mittel fließen in die alten Bundesländer. 43 % der Splittingprofiteure haben überhaupt keine Kinder. Beide Daten stammen aus einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2005. Auf diese **Ungerechtigkeiten** hat der SSW wiederholt hingewiesen und für die Abschaffung des Ehegattensplittings plädiert. **Ehegattensplitting** ist für Großverdiener nur ein zusätzlicher Steuerkniff. Haben Sie sich schon einmal die Mühe gemacht zu ermitteln, wie viele Steuertipps es allein im Internet für die Großverdiener gibt, die mit einer Hausfrau verheiratet sind? Dutzende, wenn nicht sogar Hunderte! Das Ehegattensplitting ist ein grandioses Steuergeschenk für **Großverdiener**. Darum muss es abgeschafft werden. Ich bin überzeugt, dass der Schutz der Ehe nach unserem Grundgesetz auch ohne Steuersubvention möglich ist.

Ich plädiere dafür, innerhalb des Systems der Geldleistungen umzusteuern: Weg mit dem Ehegattensplitting, her mit mehr Kindergeld. Wenn wir über Geldleistungen zur Unterstützung der Familien reden, dann kann es sich nur um gedeckeltes Kindergeld handeln. Der Staat stockt das **Familieneinkommen** nach der **Anzahl der Kinder** auf, wobei eine Einkommensgrenze Mitnahmeeffekte bei Spitzenverdienern begrenzt. Kindergeld kommt Eltern

zugute, deren Kinder noch nicht auf eigenen Beinen stehen.

Der SSW steht für eine gerechte, moderne Familienpolitik, bei der jedes Kind, egal ob es aus der Flensburger Neustadt kommt oder in einer Villa mit Fördeblick wohnt, die gleichen Chancen bekommt. In **Skandinavien** wird die zweite Säule der Familienförderung, nämlich ein flächendeckendes Angebot an **Kinderbetreuung** und **Familienunterstützung**, seit vielen Jahren den Steuervorteilen vorgezogen. Die Steuervorteile liegen auf der Hand: Leichte Erreichbarkeit für alle und gute Steuermöglichkeiten. Ich meine, dass unserem Bildungssystem, insbesondere der Frühförderung im Kindergarten, die zusätzlichen Mittel gut bekommen würden. Diese müssen aber wie bisher von woanders herkommen.

In Deutschland haben dagegen Großverdiener mehr Abschreibungsmöglichkeiten als einkommensschwache Familien. Das ist ungerecht. Wenn wir über Geldleistungen sprechen, sind nicht Abschreibungsmodelle, sondern **direkte Transferleistungen** das Gebot der Stunde. Eine Subventionierung der Ehe mag in den 1950er-Jahren einem gesellschaftlichen Grundkonsens entsprochen haben. Heute entscheiden sich immer weniger Eltern für die Ehe. Jede vierte Familie kann überhaupt nicht auf Splittingvorteile hoffen, weil die Eltern nicht verheiratet sind.

Das vorgelegte Modell versucht sich in einem Spagat zwischen verfassungsrechtlichem Schutz der Ehe und einer besseren Familienförderung. Die Verbände schlagen einen übertragbaren **Grundbetrag** für jeden vor. Jeder Ehepartner erhält einen Grundfreibetrag, der das Existenzminimum von der Einkommensteuer freistellt. Schöpft ein Partner den persönlichen Freibetrag nicht aus, kann er ihn auf den anderen übertragen. Die Ehe bliebe steuerlich privilegiert, allerdings würde der Vorteil künftig geringer ausfallen. Das gilt vor allem bei Einverdiensten mit hohem Einkommen. Dem Staat würde die Umstellung Steuer Mehreinnahmen von 7,5 bis 8 Milliarden € einbringen.

Warum der Spagat? - Die Argumente gegen die Abschaffung des Ehegattensplittings sind bekannt: Hohe Kosten und der **verfassungsrechtliche Rang der Ehe**. Im vorliegenden Modell würde der übertragbare Grundbetrag Verheiratete weiter privilegieren. Ich bin der Überzeugung, dass wir darüber hinausgehen müssen und unsere Unterstützung an das Vorhandensein von Kindern koppeln sollten.

Bleiben wir aber erst einmal bei dem Vorschlag. So, wie er auf dem Tisch liegt, ist er eine verkappte

(Lars Harms)

Reichensteuer, anstatt, wie die Überschrift des Antrages suggeriert, fehlgeleitete Finanzströme zu korrigieren. Die Grünen wollen nicht länger, dass der Staat das Verheiratetsein zweier Erwachsener finanziell unterstützt, sondern er soll infrastrukturelle Defizite, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, ausgleichen. Die freigesetzten Mittel durch die Abschaffung des Ehegattensplittings müssen aber eher für diese Kinder direkt wieder eingesetzt werden. Ansonsten würden mit den gesparten Milliarden andere Steuerlöcher gestopft. Damit würde ein große Chance vertan.

Ich plädiere für eine systemimmanente Lösung, also ungerechte Abschreibungsmodelle durch ein gerechteres **Transfermodell** zu ersetzen. Das ist die Kindergeldlösung. Sie ist einfacher zu administrieren und leichter nachzurechnen als eine institutionelle Förderung, die der Bund an Länder und Kommunen weiterreicht.

Wie bei solchen Lösungen Geld verloren gehen kann, erleben wir derzeit bei Hartz IV, wo Einsparungen der kommunalen Kinderbetreuung zugute kommen sollten. Auch zwei Jahre nach Gesetzesverabschiedung warten viele Kommunen immer noch auf ihr Geld. Der SSW setzt sich daher für direkte Kinderförderung ohne Umwege ein. Diese hilft allen Kindern, egal ob die Eltern einen Steuerberater brauchen oder nicht, egal ob die Eltern verheiratet sind oder nicht. Kinderbetreuung und Bildung ist eine andere Baustelle. Auch hier gilt es dann, Prioritäten zu setzen. Auf jeden Fall müssen wir aber sicherstellen, dass die Einsparungen durch den Wegfall des alten Splittingmodells nicht einfach in den Haushalt des Bundes oder des Landes oder der Kommunen fließen, sondern gezielt für die **Förderung von Familien mit Kindern** ausgegeben werden. Das muss das Ziel sein. Ansonsten geht das Ganze in die Hose. Das finde ich sehr bedenklich.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-  
donk [SSW])

#### Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

#### Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass ich für eine Abschaffung des Ehegattensplittings bin und dafür seit zehn Jahren kämpfe. Wer aber die Debatte kennt, weiß auch, dass insbesondere von SPD und CDU - sehr stark von der

CDU - immer wieder unser Grundgesetz und unsere Verfassung ins Feld geführt werden und dass überhaupt nicht daran zu denken ist - ich glaube es jedenfalls nicht -, dass SPD und CDU das **Grundgesetz** ändern und damit eine Abschaffung des Ehegattensplittings ermöglichen. Wir müssen es ändern, um das **Privileg der Ehe** herauszunehmen.

Wenn es an dieser Stelle keine Bewegung gibt, muss es doch wenigstens eine Bewegung beim jetzigen Splitting geben. Es kann nicht sein, dass wir uns seit Jahren immer wieder gemeinsam, mehr oder weniger in großer Verbundenheit, über das jetzige **Ehegattensplitting** und seine Ungerechtigkeit aufregen, aber keine Möglichkeiten vorsehen, wie es verfassungskonform ändern können. Die CDU hat auf Bundesebene ein **Familienplitting** vorgeschlagen. Dies, Herr Sauter, führt tatsächlich nach den Berechnungen dazu, dass die Besserverdienenden oder Gutverdienenden noch weiter privilegiert werden. Das will ich nicht. Der Alternativvorschlag ist der der **Individualbesteuerung** mit dem **übertragbaren Grundfreibetrag**. Lars Harms hat die Zahlen genannt; das sind zwischen 5 Milliarden und 8 Milliarden €, die eingespart werden können. Das ist für Schleswig-Holstein - und das ist durchaus relevant - ein Betrag zwischen 50 Millionen und 80 Millionen € jährlich. Damit könnten wir ein kostenloses Kindergartenjahr finanzieren und damit könnten wir deutlich mehr Qualität in unsere Kindertagesstätten bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

Ich glaube, dass es auch ein pragmatischer Vorschlag ist. Es ist nicht das rein grüne Modell, das wir immer wollten, es ist ein Modell, das es auch der CDU sozusagen ermöglicht, zu sagen: Okay, wir müssen das Privileg der Ehe, die Bevorzugung, die im Grundgesetz steht, herausnehmen. Es ist also ein Modell, das für viele tragbar ist und das dazu führen würde, dass wir in einem ersten Schritt mehr Geld in relevanter Größenordnung für die Kinderbetreuung hätten.

Ich freue mich, dass Sie es nicht gleich ablehnen, sondern an den Ausschuss überweisen. Ich hoffe, dass es dort nicht gleich abgelehnt wird. Ich fände es Klasse, wenn Schleswig-Holstein hier ein Signal setzen würde und die Berliner an dieser Stelle ein Stückchen treiben würde. Herr Sauter hat es gesagt, es steht überhaupt nicht auf deren Agenda. Das kann nicht sein. Wir können nicht warten, bis das Ehegattensplitting 60 wird. Also mutig voran!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Heinold. - Das Wort für die Landesregierung hat der Finanzminister, Herr Rainer Wiegard.

**Rainer Wiegard, Finanzminister:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weil wir kurz vor Weihnachten sind, könnte man sagen: „Alle Jahre wieder“, aber das stimmt nicht: „Alle halbe Jahre wieder“. Denn zuletzt haben wir uns vor sechs Monaten mit einem ähnlichen Antrag befasst. Da ging es noch darum, die Diskriminierung der Frauen durch das Ehegattensplitting zu beseitigen. Uns fällt schon wirklich alle paar Monate etwas Neues ein.

Wenn Sie die Fragen einfach einmal in der richtigen Reihenfolge sortieren würden, hätten wir es viel einfacher, miteinander zu reden. Bei Ihnen geht es mehr um die Abschaffung des Ehegattensplittings als um die Familienförderung. Wir müssen die Reihenfolge genau umkehren. Die **Familie** ist keine Ansammlung von Einzelunternehmern, die nebeneinander leben, sondern das ist eine **eheliche Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft**. Das Ehegattensplitting ist eben die steuerliche Abbildung eben dieser Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist schon länger her, als es bei Ihnen der Fall ist.

Es gibt natürlich verschiedene Modelle, über die man getrost miteinander diskutieren kann. Das Problem, das wir haben, ist, dass immer sequenziell über einzelne Bausteine von Familienförderung diskutiert wird. Wir müssen das beenden und über ein ganz komplexes, vollständiges und umfassendes Programm zur Familienförderung diskutieren,

(Beifall bei CDU und FDP)

das mindestens drei Bestandteile, vielleicht sogar ein paar mehr, hat. Ein Bestandteil ist die steuerliche Förderung, ein anderer Bestandteil die unmittelbare Transferleistung, und ein wesentlicher Bestandteil ist der Ausbau der Infrastruktur, um Kinderbetreuung überhaupt gewährleisten zu können,

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler  
[CDU] und des Abgeordneten Dr. Heiner  
Garg [FDP])

insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Da meine ich nicht die von Kindern, sondern die **demografische Entwicklung** bei denen, die in Lohn und Brot stehen, bei der arbeitsfähigen

Bevölkerung. Was hier nicht erst im Jahr 2050 und folgende, sondern in den nächsten zehn Jahren auf uns zukommt, davon machen sich die Wenigsten ein Bild. Schleswig-Holstein wird in den nächsten zehn Jahren etwa 100.000 Menschen im arbeitsfähigen Alter weniger haben. Das bedeutet, dass die Unternehmen auf der Jagd nach gut ausgebildeten Menschen sind, und das sind viele junge Frauen. Wenn wir diesen jungen Frauen und vielen jungen Familien nicht eine leistungsfähige **Infrastruktur** anbieten, damit sie sicher sein können, dass ein Kind, das sie gern haben möchten, auch versorgt ist, wenn sie gleichzeitig ihrem Job nachgehen, dann werden wir nicht erreichen, dass sich diese jungen Familien für Kinder entscheiden. Deshalb müssen wir mindestens diese drei Säulen, vielleicht gibt es ein paar mehr, gemeinsam in die Betrachtung einbeziehen und uns nicht immer irgendwo ein kleines Päckchen herauspicken und draufschlagen.

Es wird zu dem Antrag, so wie Sie ihn gestellt haben, dass die Landesregierung eine **Bundsratsinitiative** in Ihrem Sinne zu diesem kleinen Einzelpunkt ergreifen möge, nicht geben, weil wir in diesem kleinen Einzelpunkt so weit auseinander sind, dass wir einfach keine einvernehmliche Lösung hinbekommen. Ich plädiere dafür, den Balken aus den Augen zu nehmen, das gesamte Spektrum von **Familien- und Kinderförderung** ins Visier zu nehmen und hier zu versuchen, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Sehen wir in andere Länder! Bei uns haben die vielen, vielen unmittelbaren finanziellen Transferleistungen, die doppelt so hoch sind wie in Skandinavien, nicht dazu geführt, dass hier mehr Kinderwagen in den Mittelstädten rollen, sondern weniger,

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler  
[CDU] und des Abgeordneten Dr. Heiner  
Garg [FDP])

weil diese Leistungen im Wesentlichen bei Vodafone oder an der Tankstelle landen. Deshalb ist es notwendig, darüber als Gesamtkomplex zu diskutieren. Da kann Familiensplitting eine Rolle spielen, es kann der einheitliche Grundfreibetrag eine Rolle spielen, aber insbesondere gehört dazu, dass Steuerförderung, Transferleistung und Infrastruktur gemeinsam behandelt werden.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

denke, der Antrag Drucksache 16/1138 könnte federführend dem Finanzausschuss, mitberatend dem Sozialausschuss überwiesen werden. Wenn Sie so abstimmen möchten, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so passiert.

Ich schaue auf die Uhr und finde, dass alle Abgeordneten mit den Haushaltsberatungen einen anstrengenden Tag haben. Ich mache den Vorschlag, entweder noch Tagesordnungspunkt 24 aufzurufen - dann tagen wir bis nach 18:00 Uhr - oder diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

(Zuruf: Ohne Aussprache!)

**Lothar Hay [SPD]:**

Frau Präsidentin! Wir haben vereinbart, dass wir in der Tagesordnung fortfahren. Je eher wir damit anfangen, desto eher sind wir fertig.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Sie wissen, dass ich auf richtige Anregungen immer warte.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**a) Vorfahrt für Kinder - Ausbau von Frühförderung und Einführung einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/518

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 16/1087

**b) Gesundheit von Kindern schützen - Gesundheitsvorsorge ganzheitlich und verbindlich organisieren**

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 16/1089

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky.

**Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Sozialausschuss hat dem ihm durch Plenarbeschluss vom 26. Januar 2006 überwiesenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Vorfahrt für Kinder - Ausbau von

Frühförderung und Einführung einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige in Schleswig-Holstein“ in drei Sitzungen, zuletzt am 16. November 2006, beraten. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, den Antrag abzulehnen.

Im Zusammenhang mit dem oben genannten Antrag und vor dem Hintergrund der jüngsten Vorfälle von Kindesmisshandlung haben sich die Mitglieder des Sozialausschusses auch grundsätzlich mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Gesundheit von Kindern in Zukunft besser geschützt werden kann. Die Fraktionen von CDU und SPD haben dazu einen Antrag vorgelegt, dem alle Abgeordneten zugestimmt haben. Den Text dieses Antrags können Sie der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses in der Drucksache 16/1089 entnehmen. Die Mitglieder des Sozialausschusses empfehlen Ihnen einstimmig, dieser Beschlussempfehlung Ihre Zustimmung zu geben.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Ursula Sassen.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Über das Thema Frühförderung und Verhinderung von Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern haben wir in vielen Sitzungen diskutiert. Wir haben Anhörungen durchgeführt, schriftliche Stellungnahmen von Gesundheitsämtern angefordert oder diese besucht und in unseren Wahlkreisen Gespräche geführt. Wir sind mit unserem Bemühen, Kinder besser zu schützen und zu fördern, nicht allein. Auch in anderen Bundesländern wird nach Problemlösungen gesucht. Viele gute Ansätze lassen sich auf Schleswig-Holstein übertragen und umgekehrt.

Auch die Bundesregierung arbeitet mit Frau von der Leyen an einem wirkungsvollen **Frühwarnsystem**. Wenn jedoch die Erziehungsberechtigten Untersuchungen nicht wahrnehmen, Hilfsangebote nicht wahrnehmen, Hilfsangebote nicht annehmen oder gar selbst ihren Kindern Leid zufügen, treffen unsere Bemühungen ins Leere. In den ersten vier Lebensjahren sind kleine Kinder besonders gefährdet, Opfer von **Misshandlung** und **Vernachlässigung** zu werden. Da aber die ersten Jahre auch be-

(Ursula Sassen)

sonders wichtig für die geistige und körperliche Entwicklung sind, besteht in doppelter Hinsicht dringender Handlungsbedarf. Jede Möglichkeit muss in Betracht gezogen werden. Es ist daher verständlich und richtig, wenn, wie mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschehen, auch über die Einführung einer **verbindlichen Vorsorgeuntersuchung** für Zweijährige nachgedacht wird.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anhörung von Experten hat jedoch mehrheitlich ergeben, dass mit diesem von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes und der Einführung einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung das Problem nicht wirklich gelöst werden kann.

Der heute vorliegende Antrag von CDU und SPD „Gesundheit von Kindern schützen - Gesundheitsvorsorge ganzheitlich und verbindlich organisieren“ ist im Grunde die Konkretisierung unseres Vorläuferantrags „Früher wahrnehmen - besser kooperieren - zum Wohle unserer Kinder“.

Im Laufe der Diskussion in der Öffentlichkeit sind eine Fülle wichtiger Anregungen auch aus anderen Bundesländern, aus dem Gesundheitswesen, von sozialen Einrichtungen, von Vereinen, von Verbänden, von Behörden und von ehrenamtlich Tätigen eingegangen, die es uns leichter machen, die Anforderungen an ein effizientes Frühwarnsystem zu formulieren. Auch Krankenkassen haben Unterstützung zugesagt.

Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wird nicht mehr nur - wie sonst häufig - in sozialen Gremien diskutiert. In einer gemeinsamen Presseerklärung vom 24. November 2006 haben Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund anlässlich der Sonderkonferenz der Jugendminister klare Aussagen gemacht. Ich zitiere:

„Die kommunalen Jugendämter sind sich der Verantwortung bewusst, die sie für den Schutz des Kindeswohls haben, wenn die Eltern überfordert sind. Wirksamer Kinderschutz erfordert ein vernetztes Vorgehen aller Beteiligten, um frühzeitig bestehende Problemlagen erkennen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können.“

Die Ergebnisse der Konferenz sind sicher auch für unsere Diskussion interessant. Wir werden hoffentlich von der Ministerin darüber hören.

Der Antrag von CDU und SPD endet mit der Bitte an die Landesregierung, einen entsprechenden Bericht vorzulegen, der unter anderem Auskunft geben soll über die Maßnahmen der Landesregierung, um den Beschluss des Bundesrates für eine höhere Verbindlichkeit der **Früherkennungsuntersuchungen** im Sinn des Kindeswohls mit Nachdruck umzusetzen, und welche Möglichkeiten es gibt, wie eine Verbindlichkeit zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst festgeschrieben werden kann.

Interessant: Das Saarland hat im November einen Gesetzentwurf zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung eingebracht, der es verdient, in unsere Überlegungen einzufließen. Wir müssen endlich über das Stadium vager Formulierungen hinauskommen. Wir sollten unsere Energie zunächst darauf verwenden, bewährte bestehende Beratungs- und Hilfsangebote zu unterstützen und zu vernetzen. Ein Handlungskonzept ist überfällig -

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

unabhängig von einer verbindlichen Vorsorgeuntersuchung für Zweijährige.

Wenn sich allerdings herausstellt, dass es Möglichkeiten gibt, eine Umsetzung so vorzunehmen, dass wir die gefährdeten Kinder wirklich erreichen, sind wir mit im Boot.

(Frauke Tengler [CDU]: Sehr richtig!)

Letzter Satz, Frau Präsidentin! - Für einen Punkt gibt es allerdings kein Handlungskonzept: Das ist die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger. Hinschauen und Handeln, wenn es um das Wohl unserer Kinder geht!

(Beifall bei CDU und SPD)

### Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Sassen. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Frau Abgeordnete Jutta Schümann.

### Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die Zeit und auf den vergangenen Tag fasse ich mich kürzer. Es ist sehr zu begrüßen, dass im Sozialausschuss die jetzt vorliegenden Beschlussempfehlung einheitlich getragen wird. Somit steht für uns alle fest, dass **medizinische Vorsorgeuntersuchungen** eine wichtige Bedingung für ein gesundes Aufwachsen von Kindern in unserer Gesellschaft sind. Eigentlich eine Selbstverständlich-

(Jutta Schümann)

keit. Dennoch: Wiederholung ist dringend erforderlich. Für uns ist wichtig, dass ein entsprechendes Netz von Vorsorgeuntersuchungen angeboten wird und alle Kinder von Geburt an regelmäßig an diesen Untersuchungen teilnehmen, dass außerdem Ergebnisse und Erkenntnisse aus unterschiedlichen Quellen und Untersuchungen zusammengeführt werden, um bis zum Kindergartenalter ein einheitliches Bild über die Entwicklung des Kindes zu erhalten.

Wir sind uns einig, dass Krankheiten, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen sehr frühzeitig zu erkennen sind und dass wir die Notwendigkeit sehen, Behandlungsschritte rechtzeitig einzuleiten. Wir wissen auch, dass die Gewährleistung frühzeitiger und regelmäßiger ärztlicher Untersuchungen viele rechtliche und praktische Fragen aufwirft und dass diese mittelfristig mit unterschiedlich Beteiligten und Vertretern des Kinderschutzes, der Ärzteschaft, den Kommunen und den Trägern der Jugendhilfe zu diskutieren und aufeinander abzustimmen sind. Dabei hat die Sicherung des Kindeswohls einen absoluten Vorrang. Wir haben das in mehreren Sitzungen im Detail diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns auch einig, dass es zur **Pflicht von Eltern** gehört, die Teilnahme ihrer Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen sicherzustellen. Die Eltern sind in erster Linie Garanten für die Gesundheit und die Unversehrtheit ihrer Kinder. Sie sollen bei dieser Arbeit und bei der Wahrnehmung dieser Pflichten öffentlich und privat unterstützt werden.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Es geht um eine sehr frühzeitige Unterstützung der Eltern, die durch eine aufsuchende Gesundheits- und Sozialberatung erfolgen kann, und zwar so früh wie möglich, wie es zum Beispiel durch Familienhebammen möglich ist, die bereits vor der Geburt Eltern unterstützen können.

Es ist zu begrüßen, dass es in Schleswig-Holstein bereits **Programme** wie zum Beispiel „Schutzengel Schleswig-Holstein“ gibt, die sehr Erfolg versprechend sind und eine frühzeitig ansetzende Prävention gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten  
Ingrid Franzen [SPD])

Wir haben in Schleswig-Holstein inzwischen gute **Projekte** etabliert. Wir alle sind uns einig, dass wir diese Projekte erhalten, ausbauen und erweitern wollen.

Die Beschlussempfehlung sieht vor, dem Landtag bis zum März 2007 erneut einen Bericht über den aktuellen Sachstand unterschiedlicher Projekte und Maßnahmen vorzulegen. Es ist sicherlich notwendig, dass wir immer wieder Instrumente, Maßnahmen und Projekte auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Es ist aber ebenso notwendig, falls es sich als umsetzbar herausstellt, auch rechtlich verbindliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen, und zwar auf Bundesebene für alle Länder gleichermaßen.

Gerade das Thema Raucherschutz und Rauchererlass hat uns bewiesen, dass der Föderalismus von uns neu und anders bewertet werden muss. Insofern rege ich an, nicht nur bis zum März zu warten, sondern mit Blick auf den Föderalismus und das uns auf **Landesebene** zur Verfügung stehende Instrumentarium zum Beispiel durch das **Gesundheitsdienstgesetz** zu überprüfen. Das haben die Grünen vorgeschlagen. Das ist sicherlich ein möglicher Weg. Ich schlage vor, dass wir uns nicht punktuell auf eine Untersuchung für Zweijährige stützen, sondern dass wir uns überlegen, ob es nicht möglich ist, Eltern im Prozess der Untersuchung von U1 bis U9 durch Maßnahmen zu begleiten. Die Kollegin Sassen hat darauf hingewiesen, dass es bereits Ansätze eines Gesetzgebungsverfahrens in anderen Bundesländern gibt. Wir sollten uns diese Maßnahmen und Vorhaben ansehen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir sollten dann kurzfristig überprüfen, ob wir nicht schon parallel zu der Erarbeitung eines Berichts auch für Schleswig-Holstein neue Instrumente einleiten können. Das wäre unter Föderalismusgesichtspunkten eine Chance. Es wäre fatal, wenn hier in Schleswig-Holstein in einem Vierteljahr etwas passiert. Überall kann ähnlich wie in Bremen etwas passieren. Es wäre schrecklich, wenn wir uns dann darauf besinnen würden, dass wir nicht alles getan haben, um die Kinder und die Eltern zu schützen. Insofern schlage ich vor - die Sprecher haben sich schon einmal entsprechend abgestimmt -, uns im Januar zusammensetzen und zu überprüfen, ob wir nicht konkret an so einem Gesetzesvorhaben weiterarbeiten können.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Abgeordneten Schümann. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frau Vorsitzende des Sozialausschusses, die Kollegin Schümann und auch die Kollegin Sassen haben ausgiebig dargestellt, erstens welche Möglichkeiten wir bislang haben und zweitens welche Defizite wir nach wie vor haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit ihrem Gesetzentwurf ganz klar nicht nur auf die Defizite hingewiesen, sondern auch einen Lösungsvorschlag eröffnet, wie man das Defizit beseitigen kann. Selbst wenn dieser Vorschlag suboptimal sein sollte, wie die Anhörung ergeben hat, wie die Antragsteller selber eingeräumt haben, hat er zumindest Anlass dafür gegeben, dass ausgiebig darüber diskutiert wurde. Der Vorschlag, den die Kollegin Schümann gerade unterbreitet hat, ist daraus entstanden. Deswegen - auch wenn sie nicht angenommen wird - ein herzliches Dankeschön für die Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, es war richtig, dass sie uns so ernst und, wie Frau Tenor-Alschausky vorhin auch dargestellt hat, im Sozialausschuss am Schluss auch so einig mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Auch wenn die **Gesetzesinitiative** keine Mehrheit gefunden hat, besteht Einvernehmen in der Sache, wenn es darum geht, das Wohl von Kindern stärker zu fördern beziehungsweise Fehlentwicklungen vorzubeugen. Da gab es überhaupt keine widersprüchlichen Auffassungen im Sozialausschuss.

Die zentrale Frage, vor der wir stehen, vor der wir auch bei einer neuen Lösung des Problems stehen, ist: Wie können wir Eltern von Kindern erreichen, die wir mit all dem, was gerade geschildert wurde, bislang nicht erreicht haben? Hier werden zahlreiche Probleme aufgeworfen, die in diesem Zusammenhang artikuliert werden. Das erste Problem ist unter dem Stichwort Datenschutz der **Datenaustausch**. Das zweite Problem, das immer wieder gern herangezogen wird, ist das **Konnexitätsprinzip**. Die dritte Frage, die immer wieder gestellt wird, ist: Ist es gerechtfertigt, alle Eltern in ihrer Entscheidungsfreiheit einzuschränken, um eine kleine Zahl von Kindern vor Erziehungsohnmacht, Gewalt und Verwahrlosung zu schützen? - Ich glaube schon, dass es unsere Aufgabe ist, diese Frage letztlich mit Ja zu beantworten und ein Instrument zu finden, das dem gerecht wird. Ich glaube, jedes einzelne Kind ist es wert, dass wir uns in den nächsten Monaten ernsthaft mit einem Instrumentarium auf Landesebene beschäftigen, das ganz konkret auf Landesebene wirkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Schümann, ich teile die Einschätzung, dass wir dann, wenn wir uns auf die Föderalismusreform verlassen, möglicherweise in zwölf Monaten hier wieder stehen und wieder bestimmte Umstände und Einzelfälle beklagen. Hoffentlich müssen wir dies nicht in Schleswig-Holstein tun. Genauso wenig wie Sie will ich dafür verantwortlich sein, dass möglicherweise auch in Schleswig-Holstein ein ähnlicher Fall wie der des kleinen Kevin in Bremen passiert.

Ich möchte aber auch eines sagen: Es wäre in der **Rechtsgüterabwägung** hilfreich gewesen, wenn man tatsächlich eine Abwägung zwischen **Elternrecht** und **Kindeswohl** hätte treffen können. Das hätten wir mit der Änderung der Landesverfassung erreichen können, die FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW vorgeschlagen haben.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das soll an dieser Stelle kein Vorwurf sein, sondern das hätte die Abwägung und die Lösung des Problems, das wir im Januar angehen wollen, wesentlich erleichtert, weil man dann den Rückgriff auf die **Landesverfassung** gehabt hätte. Ich schenke Ihnen an dieser Stelle eine Minute und 35 Sekunden, weil ich mich auf die intensiven Ausschussberatungen freue. - Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg. - Für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Wortmeldung der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Pardon! Das kommt daher, weil er so flott kommt. Nein, jetzt hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es freut mich, dass auch ich noch zu diesem Thema reden darf. Es ist so, dass die Beschlussfassung des Sozialausschusses recht erfreulich ist. Ich gehe nicht auf den überflüssigen Teil eines erneuten Berichtsantrags ein. Sie nimmt auch eine Reihe von Punkten auf, die wir mit unserem Antrag vor einem

(Monika Heinold)

Jahr eingebracht haben. Deshalb stimmen wir der Beschlussfassung des Sozialausschusses zu.

Es ist so, dass mir die Beratung über die Frage, ob wir Vorsorgeuntersuchungen verpflichtend machen oder nicht, eindeutig zu lange dauert. Wir sind nun schon ein Jahr dabei. Ich finde, wir sollten uns selbst ein Stück in die Pflicht nehmen und uns sozusagen ein Enddatum setzen, indem wir meinetwegen sagen, wir verständigen uns im ersten Quartal auf eine gemeinsame Gesetzesinitiative, oder aber indem wir sagen, das wird nichts. Ich finde schon, dass wir nicht die ganze Legislaturperiode darüber beraten sollten, sondern dass wir zu Potte kommen sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die Landesregierung mit dem heutigen Beschluss des Sozialausschusses auf,

„Möglichkeiten aufzuzeigen, wie eine erhöhte Verbindlichkeit zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst festgeschrieben werden kann.“

Natürlich freue ich mich darüber, dass wir die Landesregierung auffordern, dies zu tun. Ich hätte allerdings erwartet, dass die Landesregierung dies auch ohne unseren heutigen Beschluss tut. Wir beraten seit einem Jahr über die Frage, ob wir unser **Gesundheitsdienstgesetz** nehmen können oder wollen, um eine **Vorsorgeuntersuchung** verpflichtend zu machen. Nun müssen wir heute noch einmal dazu auffordern, einen Vorschlag zu unterbreiten; sei es drum. Wenn es hilft, dann stimmen wir natürlich auch dieser Passage zu.

Ich finde es richtig, dass wir nicht mehr auf die Bundesebene warten. Es ist so, dass das Gesundheitsdienstgesetz ein Landesgesetz ist. Es hindert uns also niemand daran, in dem Gesundheitsdienstgesetz auf Landesebene etwas zu verändern. Wir hatten gehofft - und es war auch immer die Perspektive der Großen Koalition -, dass es eine bundesweite Lösung gibt, und zwar nicht über das Gesundheitsdienstgesetz, sondern im Rahmen einer anderen Lösung. Nun hat sich aber die Jugendministerkonferenz schon im Mai darauf verständigt, dass sie keine bundesweit verpflichtende Vorsorgeuntersuchung haben möchte. Das war vor einem halben Jahr.

Auch der Bundesrat, der im November noch einmal getagt hat, hat auf einen Antrag des Saarlands und Hessen hin gesagt, dass er sich zurzeit nicht damit beschäftigen möchte und auf **Bundesebene** keinen Beschluss dazu fassen möchte. So sehr ich mich

darüber freue, dass der CDU-Bundesparteitag jetzt auch an meiner Seite ist und sagt, er möchte auch verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, was sehr zu begrüßen ist,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW])

so befürchte ich auch ein wenig, dass die Bundesfamilienministerin dies nicht zu ihrer höchsten Priorität macht, weil sie immer dagegen war. Lassen Sie uns einfach die Landesgesetze, die wir haben, nutzen.

Nun zur Anhörung! Es ist richtig beschrieben worden, dass die eingeladenen Fachverbände einschließlich des Kinderschutzbundes gesagt haben, sie unterstützen unseren Gesetzentwurf nicht, weil er ihnen nicht weit genug geht. Das muss man wissen. Er reicht ihnen nicht aus. Sie haben einheitlich gesagt, sie wollen eine verpflichtende Untersuchung für alle dreijährigen Kinder beim Gesundheitsamt. Ich finde, das ist ein Supervorschlag. Darauf hat die Landesregierung aber geantwortet, dies sei schlicht nicht zu finanzieren. Das wäre mit allem Aufwand praktisch eine zweite **Schuleingangsuntersuchung**. Wir müssen also feststellen, dass das, was bei der Anhörung herausgekommen ist, scheinbar relativ teuer und schwer zu finanzieren ist. Nun müssen wir gucken, ob es noch andere vernünftige Lösungen gibt.

Es ist gut, dass wir mit dem Vorschlag aus dem **Saarland** auch einmal einen anderen Vorschlag vorliegen haben. Ich finde es absolut hilfreich, mehrere Möglichkeiten und vielleicht auch schon einmal datenschutzrechtlich durchgeschickte Möglichkeiten zu haben, weil die Frage des Datenschutzes immer schwierig war. Der Vorteil bei dem Gesetz aus dem Saarland von der CDU ist der, dass er nicht nur die zweijährigen Kinder umfasst. Vielmehr umfasst er alle Kinder bei allen Vorsorgeuntersuchungen. Wenn das tatsächlich ein Modell ist, das sicherstellt, dass bei jeder Vorsorgeuntersuchung kontrolliert wird, ob das Kind mit seinen Eltern zum Arzt geht oder nicht, dann wäre das super. Wenn dies nicht der Fall ist, gibt es eine Aufforderung. Zur Not schreitet das **Jugendamt** ein. Ich finde das ausgesprochen gut, hier werden wir uns schnell einig werden. Vielleicht gelingt es uns dann ja doch noch miteinander, die Landesverfassung in der Frage der Kinderrechte zu verändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vielleicht stellen wir ja alle miteinander fest, dass dies hilfreich ist. Vielleicht springen wir alle in der

(Monika Heinold)

Debatte über unseren Schatten. Es wäre in jedem Fall im Interesse der Kinder in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Frau Abgeordneter Monika Heinold. - Nun hat für den SSW Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Er hat lange gewartet, aber er kommt doch. Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Überforderte Eltern machen einen großen Bogen um alles, was ihnen weitere Probleme beschert. Darum schließen sie auch die Augen vor Defiziten ihrer Kinder. Dabei kann eine **frühzeitige Förderung** und Unterstützung viele Defizite ausgleichen. Wir haben darüber schon oft gesprochen. Wir sind uns alle einig darin, dass wir im Interesse der Kinder die aufsuchende Sozialberatung verstärken wollen. Niemand im Landtag wird dem widersprechen.

Aufsuchende Sozialberatung allein einem Projekt wie dem Schutzengel zu überlassen, ist eine Bankrotterklärung staatlicher Sozialpolitik. Die Jugendämter gehören in die Familien, und zwar nicht nur als Sanktionsbehörde, sondern unterstützend und beratend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zweiteilung zwischen strafendem Jugendamt und beratendem Schutzengel ist falsch. Wer von **aufsuchender Sozialarbeit** überzeugt ist, muss staatliche Institutionen stärken, damit diese genau das tun können, und zwar unabhängig von der Laufzeit eines Projektes. Eine Politik im Sinne der Kinder kommt jedoch manchmal nicht um Sanktionen herum. Über 1.700 Kinder und Jugendliche leben in Schleswig-Holstein in einem Heim, weil sie in der eigenen Familie nicht adäquat betreut werden können. Diese Zahl zeugt von einem Engagement unserer Behörden. Vielleicht läge die Zahl niedriger, hätten die Eltern früher um Unterstützung nachgesucht. Vielleicht läge die Zahl auch niedriger, wenn den Eltern, was noch besser wäre, früher Unterstützung angeboten worden wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum unterstützt der SSW die Zielrichtung des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer noch, nämlich die Idee, die Untersuchung beim Gesundheitsamt kostenpflichtig zu machen, damit die Eltern den für sie kostenfreien Kinderarzt aufsu-

chen. Dies findet immer noch unsere Unterstützung!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In vertrauensvollem Gespräch mit dem **Kinderarzt** lässt sich sicherlich viel offener über Probleme sprechen als mit einem Amt.

Ich verhehle nicht die Probleme. Erstens. Wie gehen wir mit Eltern um, die sich weigern, ihre Kinder untersuchen zu lassen? Das wird auch bei einer möglichen konsensualen Folgelösung wird dies ein Problem sein. Weder Bußgeld noch staatliche **Zwangsvorführung** sind erstrebenswerte Mittel und höchstens die allerletzte Konsequenz. Wenn wir es wirklich ernst meinen, kommen wir wohl um Hausbesuche nicht herum. Eine entsprechende Infrastruktur müsste dann aber erst geschaffen werden.

Zweitens. Die Ärzte beurteilen zwar die Gesamtentwicklung eines Kindes, sind aber keine Sozialberatungsstellen. Dafür werden die Kinderärzte - übrigens die am schlechtesten verdienende Facharztgruppe überhaupt - nicht bezahlt. Wenn wir uns für eine Zwangsuntersuchung entscheiden, dann müssten die **Kinderärzte** unterstützt und entsprechend weitergebildet werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke aber, dass wir vor allem die Arbeit der **Hebammen** finanziell besser absichern können. Während die Schwangerschaftsvorsorge dank ärztlicher Dominanz in Deutschland zur europäischen Spitzenklasse gehört, hapert es an Unterstützung, wenn das Kind dann geboren ist. Hier kommen die Hebammen ins Spiel. Sie werden von den Krankenkassen bezahlt, führen aber bei ihren nachgeburtlichen Hausbesuchen in der Regel eine komplette Mütterberatung durch.

Der Staat muss sich an der Arbeit der Hebammen beteiligen, damit diese über das Finanzkorsett der Krankenkassen hinaus tätig sein können.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Entsprechendes gilt im Übrigen für **Mütterberatungsiniciativen**, vornehmlich an Krankenhausstandorten, die von Hebammen und Stillberaterinnen betreut werden. Auch hier lohnt sich eine feste Unterstützung seitens des Landes und der Kommunen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lars Harms)

Die Sozialministerin schreibt in ihrer Antwort zur Großen Anfrage der CDU zur Familienpolitik, dass zwar die Einrichtung von Mütterzentren keine Landesaufgabe sei, die Finanzierung von Mütterberatung allerdings schon. Da müssen wir ansetzen. Wir sollten über eine stärkere Förderung der Hebammenarbeit und der Mütterberatungsinitiativen nachdenken. Die Hebamme kommt zu jeder Frau ins Haus. Darum muss keine Familie ihren Besuch rechtfertigen. Das ist immens wichtig, um wirklich ein niederschwelliges Angebot zu etablieren.

Die **Frühförderung** braucht eine stabile, institutionelle Struktur. Anderenfalls sind weder das flächendeckende Angebot noch eine kontinuierliche Arbeit gewährleistet.

Ich danke der Kollegin Schümann für das Angebot, zu einer gemeinsamen Initiative zu kommen, und freue mich auf die Zusammenarbeit zum Wohle unserer Kinder.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Harms. - Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Dr. Gitta Trauernicht das Wort.

**Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße die intensive Debatte um die Verbesserung des Kinderschutzes in Schleswig-Holstein, möchte aber feststellen, dass es bereits jetzt ein aktives und großes Netz an Hilfen für Kinder gibt, und dies nicht nur durch aktive, moderne Träger wie dem **Kinderschutzbund** und die **Kinderschutzzentren**. Vielmehr gibt es auch **Jugendämter** in unserem Land, die qualitativ gut aufgestellt sind und gute Arbeit für diese Kinder machen.

Ich denke, es ist wichtig, dass die vorhandenen Angebote gestärkt und stabilisiert werden. Deswegen bin ich dankbar für die heutige Entscheidung des Landtages zum Haushalt. Denn wir haben im Bereich des **Kinderschutzes** keinen Euro gespart. Im Gegenteil geben wir zukünftig mehr Geld für den Kinderschutz aus.

(Beifall)

Auch die Jugendministerkonferenz hat ein Signal gesetzt und erstmalig eine Sonderkonferenz zum Thema Kinderschutz durchgeführt. Ich werde gern die Möglichkeit wahrnehmen, über die intensiven Beratungen und Beschlüsse der Jugendministerkonferenz zu berichten.

Eines ist jedenfalls klar: Die **Jugendministerkonferenz** ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es Mängel gibt, die es zu beheben gilt. Es wird zu spät informiert, es wird nicht konsequent genug gehandelt, es wird nicht wirksam vernetzt, es gibt guten Grund, über die vorhandene Infrastruktur nachzudenken und sie zu verbessern.

Eine Quintessenz, die wir schon früher herausgearbeitet haben, die aber auch die Jugendministerkonferenz herausgearbeitet hat, lautet, dass wir **soziale und gesundheitliche Frühwarnsysteme** entwickeln müssen und dass wir die vorhandenen Hilfen besser auf einander beziehen müssen.

Wir sind - das ist nicht nichts - schneller als andere Länder mit dem „Schutzengel“-Programm auf den Weg gekommen, und wir haben als einziges Land ein flächendeckendes Programm auf den Weg gebracht. Innerhalb dieses „**Schutzengel**“-Projekts spielen, lieber Herr Harms, die Hebammen eine Schlüsselrolle. Sie haben völlig recht, dass die Qualifikationen der **Hebammen** außerordentlich wichtig sind.

Ich wäre froh, wenn wir miteinander sagen könnten, dass wir überall noch die gute alte Gemeindegewester haben und dass **Hausbesuche** selbstverständlich sind. Dann wären wir ein deutliches Stück weiter. Dahin werden wir wieder kommen müssen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Ich glaube aber auch, dass wir uns einig darin sind, dass das sozialpädagogische Prinzip „Hilfe statt Kontrolle“ etwas ist, was wir uns erarbeitet haben und was richtig war, weil wir damit viel mehr Menschen erreichen als mit dem obrigkeitsstaatlichen Konzept vergangener Jahrzehnte. Vor diesem Hintergrund müssen wir, wenn wir Kontrollsysteme weiterentwickeln, Pflichtuntersuchungen auf den Weg bringen, dafür Sorge tragen, dass dieses Prinzip nicht kippt, sondern gestärkt wird. Das bedeutet für mich, dass das Prinzip „Kindeswohl vor Elternrecht“ gilt, dass wir aber in erster Linie Vertrauen herstellen und Eltern und Kindern Hilfen anbieten müssen, die sie annehmen können.

(Beifall)

Wenn man das in einem solchen Licht sieht, dann sind Debatten darüber, dass 94 % der Eltern diese **Früherkennungsuntersuchungen** ja schon annehmen und dass es deswegen unverhältnismäßig wäre, sie zur Pflicht zu machen, völlig unsinnig und ein typisch deutsche Debatte. Man kann es auch umdrehen und sagen: Wenn es denn so ist, dass schon so viele diese Früherkennungsuntersuchungen wahrnehmen, dann kann es doch auch selbstver-

**(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)**

ständig sein, dass es für den Rest und für jene, die es am ehesten brauchen, vom Staat durch eine Verbindlichkeit oder Pflicht organisiert wird.

Lassen Sie mich ein Wort zum Thema höhere Verbindlichkeit, Pflicht oder Zwang sagen. Wir haben aufgrund dieser Zuspitzungen ideologische Debatten vom Zaun gebrochen, die dazu geführt haben, dass der Blick nicht frei war für das, was real zu tun war und was man im letzten Jahr schon hätte auf den Weg bringen können.

Wir werden auch Morgen im Bundesrat wieder eine Debatte haben, bei der sich CDU-Länder untereinander nicht einig sind und wieder verschiedene Anträge einbringen. Die einen wollen mehr Verbindlichkeit, die anderen wollen mehr Pflicht, und es wird zu keiner Lösung kommen. Nach den Erfahrungen des letzten halben Jahres bin ich der Ansicht, dass wir uns jetzt aufgrund der Diskussionen, der Erfahrungen und der Konzepte, die vorliegen, tatsächlich aufmachen können, in Schleswig-Holstein einen eigenen Weg zu gehen,

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der allerdings dem Prinzip „Hilfe statt Kontrolle“ Rechnung trägt und auch das deutliche Signal setzt: Wenn Kinder gefährdet sind, sind wir da, dann nehmen wir unser Wächteramt auch tatsächlich wahr und geben diesen Kindern eine andere und bessere Perspektive.

Lassen Sie mich noch abschließend sagen, dass wir bereits auf einem guten Weg sind. Es ist keineswegs Zeit verlorengegangen. Es haben Gespräche mit Krankenkassen, Kommunen und Trägern stattgefunden, im letzten halben Jahr haben mehrere Großveranstaltungen zum Thema Kinderschutz in unserem Land stattgefunden. Wir haben eine gute Basis gelegt. Das zeigt sich daran, wie viele Kinder inzwischen diese Frühuntersuchungen wahrnehmen. Ich will das noch einmal sagen: Im ersten Jahr nehmen 99 % bis 97 % der Kinder die Früherkennungsuntersuchungen wahr. Im zweiten Jahr nehmen 95 % bis 87 % der Kinder diese Untersuchungen wahr. Aber wir wollen, dass allen Kindern diese Untersuchung zugute kommt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings wollen wir nicht, dass die Diskussion über diese Untersuchung den Blick dafür verstellt, dass es darum geht, ein **ganzheitliches Kinderschutzkonzept** auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Deswegen begrüße ich den Antrag und ich begrüße es außerordentlich, dass sich alle Fraktionen bei einem so sensiblen und wichtigen Thema auf eine Stoßrichtung verstehen können. Ich freue mich, anhand des Antrages noch ausführlich darüber berichten zu können, was die Landesregierung auf den Weg gebracht hat, was sie vorhat, wo sie gestört wird und wo wir uns wünschen würden, dass Sie uns unterstützen, damit wir dann den letzten Schritt auch noch gehen können.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke der Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Nun müssen wir über die Tagesordnungspunkte 24 a) und 24 b) getrennt abstimmen.

Kommen wir zunächst zu Tagesordnungspunkt 24 a)! Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/518. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Kommen wir nun zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 24 b)! Die Mitglieder des Sozialausschusses haben dem Landtag im Rahmen des Selbstbefassungsrechts mit der Drucksache 16/1089 einen Berichtsantrag mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Dies haben Sie, Frau Vorsitzende, auch vorgetragen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Ich schließe die heutigen Beratungen. Wir setzen die Tagung morgen mit dem Tagesordnungspunkt 16 fort.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:19 Uhr**

**Namentliche Abstimmung**  
47. Sitzung am 14. Dezember 2006  
**Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushalts-**  
**plan 2007/2008**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1144 (neu) Nr. 74  
(Seite **3433** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Henning Höppner	Nein
Hans-Jörn Arp	Nein	Anette Langner	Nein
Axel Bernstein	Nein	Hans Müller	Nein
Johannes Callsen	Nein	Konrad Nabel	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Günter Neugebauer	Nein
Claus Ehlers	Nein	Regina Poersch	Nein
Sylvia Eisenberg	Nein	Klaus-Peter Puls	Nein
Jürgen Feddersen	Nein	Sandra Redmann	-
Heike Franzen	Nein	Ulrike Rodust	Nein
Torsten Geerds	Nein	Thomas Rother	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anna Schlosser-Keichel	Nein
Niclas Herbst	Nein	Bernd Schröder	Nein
Susanne Herold	Nein	Olaf Schulze	Nein
Karsten Jasper	Nein	Jutta Schümann	Nein
Werner Kalinka	-	Dr. Ralf Stegner	-
Martin Kayenburg	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Nein
Tobias Koch	Nein	Jürgen Weber	Nein
Peter Lehnert	Nein		
Jens-Christian Magnussen	Nein	<b>FDP</b>	
Manfred Ritzek	Nein	Dr. Heiner Garg	Ja
Ursula Sassen	Nein	Günther Hildebrand	Ja
Frank Sauter	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Monika Schwalm	Nein	Wolfgang Kubicki	Ja
Peter Sönnichsen	-		
Thomas Stritzl	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Frauke Tengler	Nein	Angelika Birk	Nein
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	Monika Heinold	Nein
Dr. Johann Wadephul	Nein	Karl-Martin Hentschel	Nein
Wilfried Wengler	Nein	Detlef Matthiessen	Nein
Rainer Wiegard	Nein		
		<b>SSW</b>	
<b>SPD</b>		Lars Harms	Ja
Holger Astrup	Nein	Anke Spoorendonk	Ja
Wolfgang Baasch	Nein		
Detlef Buder	Nein		
Peter Eichstädt	Nein		
Ute Erdsiek-Rave	Nein		
Rolf Fischer	Nein		
Ingrid Franzen	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Lothar Hay	Nein	Abgegebene Stimmen	65
Birgit Herdejürgen	Nein	davon	
Astrid Höfs	Nein	Jastimmen	6
Thomas Hölck	Nein	Neinstimmen	59
		Enthaltungen	-

## Anlage 2

**Namentliche Abstimmung**  
47. Sitzung am 14. Dezember 2006  
**Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushalts-**  
**plan 2007/2008**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1144 (neu) Nr. 67  
(Seite **3433** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Henning Höppner	Nein
Hans-Jörn Arp	Nein	Anette Langner	Nein
Axel Bernstein	Nein	Hans Müller	Nein
Johannes Callsen	Nein	Konrad Nabel	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Günter Neugebauer	Nein
Claus Ehlers	Nein	Regina Poersch	Nein
Sylvia Eisenberg	Nein	Klaus-Peter Puls	Nein
Jürgen Feddersen	Nein	Sandra Redmann	-
Heike Franzen	Nein	Ulrike Rodust	Nein
Torsten Geerds	Nein	Thomas Rother	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anna Schlosser-Keichel	Nein
Niclas Herbst	Nein	Bernd Schröder	Nein
Susanne Herold	Nein	Olaf Schulze	Nein
Karsten Jasper	Nein	Jutta Schümann	Nein
Werner Kalinka	-	Dr. Ralf Stegner	-
Martin Kayenburg	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Nein
Tobias Koch	Nein	Jürgen Weber	Nein
Peter Lehnert	Nein		
Jens-Christian Magnussen	Nein	<b>FDP</b>	
Manfred Ritzek	Nein	Dr. Heiner Garg	Ja
Ursula Sassen	Nein	Günther Hildebrand	Ja
Frank Sauter	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Monika Schwalm	Nein	Wolfgang Kubicki	Ja
Peter Sönnichsen	-		
Thomas Stritzl	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Frauke Tengler	Nein	Angelika Birk	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	Monika Heinold	Ja
Dr. Johann Wadephul	Nein	Karl-Martin Hentschel	Ja
Wilfried Wengler	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Rainer Wiegard	Nein		
		<b>SSW</b>	
<b>SPD</b>		Lars Harms	Ja
Holger Astrup	Nein	Anke Spoorendonk	Ja
Wolfgang Baasch	Nein		
Detlef Buder	Nein		
Peter Eichstädt	Nein		
Ute Erdsiek-Rave	Nein		
Rolf Fischer	Nein		
Ingrid Franzen	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Lothar Hay	Nein	Abgegebene Stimmen	65
Birgit Herdejürgen	Nein	davon	
Astrid Höfs	Nein	Jastimmen	10
Thomas Hölck	Nein	Neinstimmen	55
		Enthaltungen	-